

Abonnements-Bedingungen:

Abonnementspreis: Vierteljahrsabonnement 3,00 RM., monatlich 1,10 RM., wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage 'Die Neue Welt' 10 Pf. Postabonnement: 1,10 RM. pro Monat, eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 RM., für das übrige Ausland 3 RM. pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt Moriaplatz, Nr. 1983.

Mittwoch, den 27. März 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt Moriaplatz, Nr. 1984.

#### Die Inflation-Gebühr

Beträgt für die sechsgelaltene Anononzelle über deren Raum 60 Pfg. für politische und gewerkschaftliche Vereine- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das fertige Gedruckte Wort 30 Pfg. (zulässig 2 fertige gedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellenangebote und Stellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

## Teddy kandidiert wieder.

New York, Mitte März. (Fig. Ver.)

Theodore Roosevelt, der politische Barnum, wird sich dieses Jahr um die republikanische Präsidentschaftskandidatur und damit im Widerspruch mit dem Herkommen um den dritten Amtstermin als Präsident der Vereinigten Staaten bewerben. In verschiedenen Versammlungen entwickelte er in der letzten Zeit sein Programm. Er sprach sich für die Initiative, das Referendum, die Abberufung der Beamten einschließlich der Richter durch das Volk und das Recht der Wähler aus, als höhere Instanz über die Urteile zu entscheiden, in welchen die obersten staatlichen Gerichtshöfe Gesetze für verfassungswidrig und daher ungültig erklärten. Wie man sieht, für einen bürgerlichen Politiker ein fortschrittliches Programm! Nun aber die Rehrseite! Die Befugnis des Oberbundesgerichts, des höchsten Gerichtshofes der Vereinigten Staaten, dieser gefährlichsten Zwingsburg jeglicher Reaktion, will Roosevelt ganz unangefastet lassen, die Abberufung der Richter durch die Wähler nur unter gewissen behnbaren Bedingungen, mit anderen Worten: niemals eingeführt wissen.

Während er für die Trujis eine Lanze bricht, hat „Teddy“ für die Arbeiterklasse nur die allgemeine und nichtsagende Redensart übrig: „Wir hatten bisher nur die Erwerbungs von Reichthümern im Auge, künftig müssen wir uns auch um die Verteilung desselben kümmern“. Das beweist für sich allein schon, daß der von Roosevelt zur Schau getragene Radikalismus nur eine Maske ist.

Alle wirkungsvollen Schlagwörter der sogenannten Progressiven hat Roosevelt, zweifellos ein guter Kenner der amerikanischen Volkspolizei, in sein „Programm“ aufgenommen. Den ökonomischen Bedürfnissen des Proletariats stehen aber die Demokraten Wilson und Bryan, die Republikaner La Follette, Cummins, McMurdox, Garfield und Pinchot wie der Allertweltscharlekin Hearst ohne Verständnis gegenüber. Von ihnen konnte Roosevelt keine sozialpolitischen Forderungen bergen. Und vermöchte er es, so wäre es noch fraglich, ob sein blinder Haß gegen den vierten Stand nicht stärker wäre als sein streberhafter Ehrgeiz. Wäre dem nicht so, könnte er ja schließlich bei den Sozialisten eine Anleihe machen. Rücksichten auf die mächtige Hochfinanz würden ihm einen Kotau vor der Arbeiterklasse nicht verwehren: Wall Street kennt seine Freunde auch unter der Maske.

Fast acht Jahre lang, seit seiner 1904 erfolgten Wiederwahl, beteuerte Teddy in Wort und Schrift immer wieder, er werde sich nicht zum drittenmal um das Amt des Präsidenten bewerben. Doch am 17. Februar d. J. schrieb der „Outlook“, zu dessen Redaktionsstab der frühere Präsident gehört: „Roosevelts Erklärungen bezogen sich selbstverständlich nur auf drei unmittelbare aufeinanderfolgende Amtsperioden“.

Roosevelt blieb so lange „Nichtkandidat“, als er nur geringe Aussichten hatte, die republikanische Nomination zu erlangen. Hat sich die Lage in dieser Hinsicht nunmehr geändert?

Die Delegaten, welche von den Südstaaten nach der republikanischen Nationalkonvention geschickt werden, sind mit Ausnahme derjenigen von Texas bedingungslos für die Wiederanstellung des gegenwärtigen Präsidenten Taft. Sie rekrutieren sich eben aus jederzeit absehbaren Bundesbeamten, welche ihre Stellung nicht riskieren wollen. Auch in den übrigen Staaten hat der jeweilige Präsident oder der von ihm begünstigte Kandidat infolge des Einflusses der „Bundespatronage“ an und für sich die besseren Aussichten. Aber Taft hat während seiner Amtszeit zu offen die Partei des Großkapitals ergriffen, die Kunst, aus seinem Herzen eine Mördergrube zu machen, ist ihm nicht recht geläufig. Und doch hat er es mit der Hochfinanz verstanden. Als steifseinerer, bureaukratischer Jurist lief er auf Grund des nach Sherman benannten Anti-Trust-Gesetzes eine Reihe von Klagen gegen Monopol-Korporationen betreiben. Geschadet haben die Urteile zwar der Standard Oil Co., der American Tobacco Co. usw. nicht, aber Rockefeller, Duke, Morgan usw. sind über die harmlose Nabelstichpolitik ärgerlich.

Durch das amerikanische Volk geht seit anderthalb Jahrzehnten ein fortschrittlicher Zug. Geradeum Zeit kamen sozialistische Agitation und revolutionäre Wirkung der wirtschaftlichen Entwicklung weniger in der Zunahme der „roten“ Stimmzettel als vielmehr in der Radikalisierung eines fortgeschrittenen Teiles der demokratischen und republikanischen Wähler zum Ausdruck. Eine sozialistische Gegenwartsforderung nach der anderen wurde von den bürgerlichen „Progressiven“ aufgenommen; nur die sozialpolitischen Postulate blieben das Kränlein Rührmichnichtan. Namentlich im fernem und mittleren Westen ist die radikale Strömung stark. Dort entwickelten auch die Republikaner Cummins, La Follette und Garfield, der Demokrat Wilson und das Chamäleon Hearst ihre größte Stärke. Cummins von Iowa zog sich von der Bewerbung um die Präsidentschaftskandidatur zurück; La Follette von Wisconsin verfehlte kürzlich durch eine Rede in Philadelphia seinen Chancen den Todesstoß; Garfield, der frühere Minister des Innern, wurde von dem gemäßigteren ehemaligen Bundesoberforstmeister Pinchot, einem Freunde Roosevelts, zu dessen Gunsten preisgegeben. Damit trat Teddy Roosevelt, der noch vor wenigen Monaten gar nicht ernstlich in Betracht zu kommen schien, als

„radikaler“ republikanischer Präsidentschaftskandidat in den Vordergrund. Vorausichtlich schlägt er Taft, wenn es ihm gelingt, auf der Nationalkonvention die Stimmen der Oststaaten, insbesondere New Yorks, auf seinen Namen zu vereinigen. Und warum sollte ihm das nicht gelingen? Erfreut er sich doch der Unterstützung der Wall Street! Zwar weiterte er als Präsident und späterhin bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit gegen die reichen „Mehlfäcker“ (malefactors of great wealth). Aber das trägt ihm die Hochfinanz nicht nach, wenn er nur durch die Tat ihre Interessen vertritt.

So lange Roosevelt als Präsident an der Spitze der Bundesregierung stand, wurde kein einziges Strafverfahren auf Grund des nach Sherman benannten Anti-Trustgesetzes eingeleitet. Da es 1904 fraglich erschien, ob er oder sein demokratischer Gegner Alton B. Parker als Sieger aus der Wahlurne hervorgehen werde, wendete sich Roosevelt bettelnd an den inzwischen verstorbenen Bahnmagnaten Harriman, der denn auch eine Viertel Million Dollar für den republikanischen Wahlfonds aufbrachte. Mit dem Gelde wurden im Staate New York 160 000 Stimmen für die Republikaner gekauft. Jahre hindurch nahm man an, Roosevelt habe an Harriman moralisch Erpressung verübt. Dem ist nicht so. Es handelte sich um ein „reelles“ Geschäft. Wie Wharton Barker, ein in die damaligen Verhandlungen eingeweihter Bankier aus Philadelphia, erst vor kurzem bekundete, erlangte Roosevelt vor nahezu acht Jahren durch Vermittlung Harrimans die Unterstützung der Wall Street gegen das Versprechen, das Verbot der Eisenbahn-Freifahrtarten und der Frachtrabatte und die Erlaubnis zum Eingehen von Bahnarbeitervereinbarungen mit Maximalfrachtsätzen durchzusetzen. Mit der Durchführung dieser Pläne mußten den Eisenbahnen jährliche Mehreinnahmen von 300—400 Millionen Dollars erwachsen.

Und Roosevelt hielt dem Bahnmagnaten Harriman gegenüber Wort; aber das Volk hinterging er, wie er es im Falle einer abermaligen Wahl wiederum verraten würde.

Aber gleichviel, ob Taft oder Roosevelt republikanischer, ob Wilson, Harmon, Champ Clark oder Underwood demokratischer Kandidat und im weiteren Verlauf Präsident wird: der rapidly erstarkende Sozialismus wird die Rolle des bösen Gewissens des Siegers spielen.

## Albert Träger.

Der Nestor der Fortschrittspartei ist am Dienstag dahingegangen: Albert Träger, der noch vor wenigen Wochen in frohlichster Laune und mit gutem Humor das Alterspräsidium im neu zusammengesetzten Reichstag führte. Bald darauf jedoch sah sich der scheinbar Unberührliche gezwungen, ein Sanatorium aufzusuchen, in dem ihn, dem bis zum letzten Tage geistig und politisch Regsamem, der Tod überraschte.

Albert Träger, der im 82. Lebensjahre stand — er wurde am 12. Juli 1830 geboren, besah in den beiden Parlamenten, denen er seit langen Jahrzehnten angehörte, schwerlich einen persönlichen Gegner. Ein glückliches Temperament, das aller fanatischen Leidenschaftlichkeit abhold war, ließ ihn allzu scharfes Anstößen nach irgend einer Seite hin vermeiden. Denn Träger gehörte zwar jederzeit der Linken des Freisinnigen an, allein es steckte zu wenig von einer Kampfnatur in ihm, als er es deshalb mit der einen oder anderen Richtung verstanden hätte. So war er vielleicht derjenige freisinnige Politiker, der nächst Theodor Barth am klarsten den korumpierenden Unfug der konservativ-liberalen Paarung erkannt hatte; aber während Barth die Konsequenz der reinlichen Scheidung zog und die Demokratische Partei gründete, blieb Albert Träger ruhig freisinniges Parteimitglied und Parlamentsmitglied. Zwar hatte er die verwerfliche Blockverbrüderung als „Paarung von Karpfen und Kaninchen“ verpöthet, aber selbst wenn er nicht bereits in den Jahren gewesen wäre, wo auch kampffreudigere und härtere Naturen schärferen Konflikten auszuweichen liebten, würde er wohl schwerlich mit Theodor Barth den Kampf gegen den Blockfreisinn aufgenommen haben. Ein wenig er jemals mit seiner Kritik zurückhielt, so wenig war er ein Konsequenzmüder. Er sagte entschieden und mit Humor seine Meinung — gingen dann die Dinge doch einen anderen Gang, als er es gewünscht hatte, so wußte er auch das mit der Gelassenheit eines heiteren lebensfreudigen Philosophen zu ertragen.

Als Redner gehörte der Verstorbene zu jenen Parlamentariern, die auf eine wohlpointierte, ästhetisch kultivierte Form Gewicht legen. Denn Träger war nicht nur Jurist, sondern auch Rhetor; war er in seinen jüngeren Jahren ein gefeierter Dichter der „Gartenlaube“ gewesen, so war er bis in die letzten Tage hinein ein schlagkräftiger Gelegenheitsdichter geblieben. Auch seine Festreden und seine zahllosen Toaste auf die Frauen erfreuten sich ihrer geistreichen, witzigen Form wegen eines wohlbedachten Rufes. Kein Wunder, daß gerade dieser Redner vom Freisinn namentlich in den letzten Jahren in Reichs- und Landtag meist dann vorgeführt wurde, wo es galt, eine Kulturforderung in reiflicher einbruchsreicher Form zu vertreten.

Den Verstorbenen verband eine alte Freundschaft mit einem anderen parlamentarischen Nestor, dem so ganz anders gearteten August Bebel. Wie Bebel selbst in seinen Memoiren und in einem Heftchen zu Trägers 80. Geburtstag im „Vorwärts“ erzählt hat, lernten sich die beiden so verschiedenartigen und einander gerade vielleicht deshalb angehenden Charaktere im Jahre 1869 kennen, um von da ab in gegenseitiger respektvoller Zuneigung miteinander freundschaftlich verbunden zu bleiben. Und wie es Bebel erging,

erging es vielen anderen sozialdemokratischen Parlamentariern. Mit den Worten Bebel's können wir darum auch heute von ihm sagen: „Wir Sozialdemokraten ehren in ihm einen Gegner, der in all den Kämpfen, die wir seit Jahrzehnten nicht zuletzt auch gegen seine Partei führen, stets sich als Gentleman benahm, dem nie ein beleidigendes Wort oder eine ungerechtfertigte Anklage über die Lippen kam.“

Der damalige Wunsch Bebel's, daß der lebensfrohe Achtzigjährige noch viele Jahre lang nach seiner Weise weiter kämpfen möge, hat sich leider nicht erfüllt. Aber der sympathische Mensch und achtungswürdige Politiker darf auch bei der Sozialdemokratie des freundlichsten Andenkens sicher sein!

Die durch den Tod Trägers nötig gewordene Nachwahl im zweiten oldenburgischen Wahlkreise bietet für uns günstige Aussichten. Bei der Hauptwahl 1912 wurden 13 014 sozialdemokratische, 12 204 freisinnige und 4335 nationalliberale Stimmen abgegeben.

## Die Bergarbeiterbewegung.

London, 25. März. (Fig. Ver.)

### Bergarbeiterstreik und Syndikalismus.

Die Scharfmacher Großbritanniens, denen nach einem gewaltsamen Unterdrückung des Generalstreiks der Bergarbeiter gelüftet, die aber zu ihrem Bedauern einsehen, daß die öffentliche Meinung des Landes gewalttätige Maßregeln gegen die Bergarbeiter nicht gutheißen würde, unternehmen jetzt den Versuch, dem Publikum mit dem Schreckgespenst des Syndikalismus Furcht einzujagen. Der Aufmarsch der Bergarbeiterarmee wird von der kapitalistischen Presse als eine Machprobe des Syndikalismus hingestellt und einige Blätter haben es sich schon angewöhnt, von den Streikführern als Syndikalisten zu reden. Dieser dreiste Humbug wird niemanden irreführen, der mit den hiesigen Verhältnissen auch nur einigermaßen vertraut ist, aber die tägliche Wiederholung derselben Behauptung kann doch den Anschein erwecken, als ob hinter dem wunderlichen Galimatias, den die reaktionäre Presse aufsticht, etwas Wahres stecke.

Nun muß zugegeben werden, daß der Syndikalismus, ähnlich wie er in Frankreich gepredigt wird, in Großbritannien nicht unbekannt ist. Bei den letzten Transportarbeiterstreiks spielte er eine gewisse Rolle und auch in Südwales hat er einige Anhänger. Bei den Transportarbeiterstreiks hatte man es mit einer großen Masse unorganisierter Arbeiter zu tun, denen die Methode der Ueberrumpelung, die die mühsame gewerkschaftliche Organisationsarbeit als unnötig erscheinen läßt, viel plausibler vorkam als die alten, sich auf frühere Erfahrungen stützenden Methoden des Klassenkampfes, und die sich nicht den Kopf darüber zerbrachen, wann und wie oft diese Ueberrumpelungsmethode anwendbar ist. In Südwales wiederum war der Boden dem syndikalistischen Ideen bis vor kurzem ziemlich günstig. Große wirtschaftliche Kämpfe hatten den südwalesischen Bergarbeiterverband sehr geschwächt. Seine Finanzen waren zerrütet und er mußte an eine Reorganisation denken. In diesen mißlichen Verhältnissen, in denen ein großer Kampf als nicht sehr aussichtsreich erschien, glaubten manche in dem Syndikalismus, der sich meist über den Finanzpunkt mit einigen Phrasen hinwegbilft, eine neue mächtige Waffe entdeckt zu haben. Aber es blieben immer doch nur eine Handvoll Leute, die den Lehren Tom Mann's huldigten. Dazu vertrat sich ihre Theorie, nebenbei bemerkt, immer noch ganz gut mit dem Parlamentarismus, den sie nicht aufgegeben haben.

Es wird nun von der kapitalistischen Presse Großbritanniens behauptet, daß diese südwalesischen Syndikalisten den Generalstreik der Bergarbeiter inszeniert haben. Als Beweis wird eine Broschüre angeführt, die in diesem Jahre in Tonypandy (Südwales) von einem syndikalistischen Komitee herausgegeben wurde. Die Schrift trägt den Titel: „The Miners' Next Step“ (Der nächste Schritt der Bergarbeiter). Sie enthält einen Plan zur Reorganisation der Bergarbeiterföderation nach syndikalistischem Muster und beauftragt den sogenannten Irritationsstreik, eine Art Sabotage, durch den der Unternehmerprofit geschmälert werden soll. Die Politik der Föderation soll darauf zielen, den Gewinn der Unternehmer systematisch zu verringern, bis die Gruben schließlich in die Hände der Bergarbeiter selbst übergeben. Da in derselben Schrift gegen die Verstaatlichung der Zechen gewarnt wird, ist die Prozedur — um sich milde auszudrücken — etwas nebelhaft. Die Scharfmacherpresse hat sich nun dieser Schrift bemächtigt und bemüht sich zu zeigen, wie notwendig es ist, daß die Gesellschaft den „verbrecherischen“ Plan der Bergarbeiterföderation, wie er in der erwähnten Broschüre an das Tageslicht gekommen ist, durchkreuzt.

Auf den ersten Blick mag es scheinen, als ob das Schriftstück und seine Verfasser wirklich etwas mit dem Generalstreik zu tun haben. Aber dieser Verdacht wird so gleich durch einen Blick auf das Datum der Veröffentlichung (1912) erstickt. Es liegt jedoch nichts desto weniger nahe, das Häuflein südwalesischer Syndikalisten mit der Bewegung in Verbindung zu bringen. Wie allgemein bekannt, ging die Minimallohnbewegung von Südwales aus. Dies hat jedoch nichts mit dem Vorhandensein syndikalistischer Ideen in diesem Landesteil zu tun. Die Minimallohnbewegung der



Bergarbeiter einprägung der Bewegung zur Regelung der Frage der abnormen Arbeitsstellen. Und diese Frage mußte in Südwales zuerst aufstehen, weil dort die Kohlenlöse weit mehr unregelmäßige, fehlerhafte Stellen aufweisen wie in den anderen Landesteilen. Die geologischen Verhältnisse von Südwales sind ein Faktor, den man nicht aus den Augen verlieren muß. In früheren Jahren, vor dem Achtstundengesetz, vor der Einführung einer intensiveren Betriebsmethode und dem Zustandekommen gewaltiger Zechenverbände, wurde die Frage der abnormen Stellen meist in friedlicher Weise durch Vereinbarungen gelöst. Seitdem ist es anders geworden, und das es gerade Südwales ist, wo sich Arbeiter und Scharfmacher zuerst und am heftigsten gegenüberstanden, liegt in der Hauptsache daran, daß es dort mehr Reibungspunkte gibt.

Die Unternehmerpresse sucht die syndikalistische „Verschöpfung“, von der sie berichtet, glaubwürdig zu machen, indem sie die sozialistischen Führer der Bergarbeiter, die die geistigen Führer der Bewegung sind, zu Syndikalisten stempelt. Aber die Genossen Smillie und Harris, der Generalfeldmarschall und sein Leutnant, wie sie von der Scharfmacherpresse genannt werden, sind alles andere als Syndikalisten. Sie sind beide tätige Mitglieder der I. L. P., und auch die übrigen Bergarbeiterbeamten, die der Bewegung Richtung und Ziel geben, gehören der einen oder der anderen Sektion des englischen Sozialismus an. Was schließlich die Masse der streikenden Bergarbeiter anlangt, so ist es fraglich, ob zehn Prozent der Streikenden das Wort Syndikalismus oder ein englisches Äquivalent je gehört haben, geschweige denn verstehen.

Hinter dem Versuch, den englischen Viehhändler mit dem syndikalistischen Gespenst zu erschrecken, steckt die Absicht, Stimmung zu machen zugunsten einer Gewaltpolitik, die man anzuwenden gedenkt, sobald es zu Auseinandersetzungen kommt zwischen den Organisierten und den Unorganisierten, die man jetzt auffordert, die Arbeit wieder aufzunehmen. Die konservative Presse will schon wissen, daß sich die Regierung entschlossen hat, in den Revieren eine Art Kriegszustand zu proklamieren, und die Haltung einzelner ministerieller Plätter läßt darauf schließen, daß die Meldung nicht ganz unbegründet ist.

#### Die Mindestlohn-Bill.

London, 26. März. Unterhaus. Obwohl die Unterhandlungen in Sachen des Kohlenstreiks noch fort-dauern, hat der Staatssekretär des Innern, Mac Kenna, angekündigt, daß die Regierung entschlossen sei, heute mit der Beratung der Mindestlohnbill fortzufahren. Die Beratung der Bill wurde infolgedessen vor überfülltem Hause wieder aufgenommen. Hierzu ergriß Long, einer der Führer der Kon-servativen, das Wort. Er beantragte Vertagung der Debatte, indem er auf die Schwierigkeit hinwies, die Bill zu erörtern, während die Konferenz außerhalb des Hauses noch fortgesetzt würde. In diesem Augenblick lehnte Asquith von der Kon-ferenz zurück und ergriß sofort das Wort. Er erklärte, die Re-gierung bleibe bei ihrem Beschluß, keine Zahlen in die Bill ein-zufügen. (Beifall.) Er glaube nicht, daß, wenn man das Land im ganzen nehme, ein Minimallohn von 5 Schilling für den Tag unvernünftig sei. Es sei jedoch besser, wenn der Lohn in jedem Distrikt gesondert festgesetzt würde. Er habe beiden Parteien den Vorschlag gemacht, daß diese Frage gesondert behandelt werde, doch sei sein Vorschlag von keinem der beiden Teile an-genommen worden. Die Regierung habe die Bill in der Hoffnung verschoben, daß, da man sich im wesentlichen so nahe gekommen sei, ein Uebereinkommen zwischen den beiden Parteien erreicht werden könne. Die Regierung habe mit Nachdruck und Aus-dauer gearbeitet, er bekenne aber mit schmerzlicher Enttäuschung, daß ihre Arbeiten bisher erfolglos gewesen seien. Er sage jetzt beiden Parteien, daß sie, wenn sie im allerletzten Augenblick nicht zu einem vernünftigen Uebereinkommen über einen Punkt gelangten, sie eine sehr schwere Verantwortung vor dem Lande auf sich nehmen würden.

Asquith schloß, die Regierung habe alles getan, was sie konnte und habe den gesetzgeberischen Eingriff bis auf den letzten nur möglichen Augenblick hinausgeschoben. Was auch das Ergebnis der Verhandlungen der jetzt tagenden Konferenz sein werde, es sei dringender erforderlich, daß die Bill Gesetz werde. Wenn die Bill angenommen werde, und wenn den Arbeitern unter Tage ein angemessener Mindestlohn garantiert werde, der von einer unparteiischen Stelle bestimmt werde, dann werde eine Fortsetzung des Streiks den dafür Verantwortlichen eine Verant-wortlichkeit auferlegen, der sie sich schwer würden entledigen können. Die Regierung habe alles, was sie an Ueberredung, an Gründen und an Einfluß in der Verhandlung zur Verfügung habe, erschöpft und empfehle jetzt diese Bill dem Hause dringend als die bestmögliche Lösung in dem großen Notstand. Sie beanspruche, daß sie im öffentlichen Interesse mit vollkommener Aufrichtigkeit und Unparteilichkeit ihr Bestes getan habe. (Asquith sprach im Tone tiefster Erregung; zeitweise sank seine Stimme zu einem Flüstern herab und das Haus hörte ihn im tiefsten Schweigen an.)

Bonar Law gab seiner tiefgefühlten Sympathie mit Asquith Ausdruck und erklärte, er hoffe, daß die Bill die Kritik beenden werde und die Arbeiter unter den in der Bill enthaltenen Bedingungen die Arbeit wieder aufnehmen würden. Aber wie wird sich die Lage gestalten, fragte er, wenn sie es nicht tun? Die Regierung hat sicherlich das Recht, den Mitgliedern des Berg-arbeiterverbandes vorzuschlagen, daß sie nicht bloß Ver-bandsmitglieder sind, sondern auch Staats-bürger. Wir verlassen uns darauf, daß sie dem Gesetz gehorchen werden, und wir erklären ferner: wenn nicht die Gesellschafts-ordnung in Stücke gehen soll, so müssen alle Hilfsmittel des Landes aufgebieten werden, um jeden, der dem Gesetz zu gehorchen wünscht, vor Belästigung zu schützen. Ramsay MacDonald erklärte, das Streben der Arbeiterpartei nach Frieden sei fortgesetzt be-hindert worden durch die Bergwerksbesitzer, deren Pflicht es jetzt sei, den Arbeitern entgegenzukommen und einem Uebereinkommen zu-willigen, das es den Arbeiterführern ermögliche, jene auszu-weisen, zur Arbeit zurückzuführen. Wenn sich die Bergwerksbesitzer dieser Pflicht entzögen, so würde die Verantwortung für jede hier-aus entstehende Störung der Arbeit auf ihnen lasten. (Beifall bei der Arbeiterpartei.)

Der Vorschlag der Arbeiterpartei, in die Bill den Mindestlohn-satz von 5 Schilling einzufügen, wurde mit 326 gegen 83 Stimmen abgelehnt.

#### Nach dem Kampf im Ruhrgebiet.

Der Vorstand des Bergarbeiterverbandes hatte am letzten Sonntag für das Ruhrrevier vier kombinierte Bezirks-konferenzen einberufen. Die Konferenzen waren zusammen von circa 1000 Verbandsfunktionären besucht. Der Zweck der

Konferenzen war, nach Abschluß des Kampfes eine Aussprache herbeizuführen und die Unterstufungsfrage sowie sonstige mit dem Kampf im Zusammenhang stehende Fragen zu erörtern und Richt-linien für die zukünftige Agitation festzulegen. In einem kurzen Referat wurde noch einmal der Verlauf des Bergarbeiterstreiks zusammengefaßt und als nächste Aufgaben für den Verband be-zeichnet, daß durch eine planmäßige Agitation der verräteri-schen Haltung der christlichen Gewerksvereins-leitung sowie der arbeitserfreundlichen Presse entgegengetreten werden müsse. Auf diese Art und Weise müsse es gelingen, den Verband weiter zu festigen und ihm neue Kämpfer zuzuführen. Ferner soll in den Mitglieder-versammlungen durchhalten von Vorträgen zur Schulung und Erziehung der Mitglieder beigetragen werden.

Die sich an die Referate anschließende Diskussion zeigte in allen Konferenzen ein höchst erfreuliches Bild innerer Festigkeit und Geschlossenheit. Ueberall kam zum Ausdruck, daß es zu begehren sei, daß der Verband den Kampf gewagt habe. Es habe sich jetzt gezeigt, wo die wahren Arbeiter-zersplitterer säßen. Aus allen Jahrestellen wurde berichtet, daß die Mitglieder die durch den Kampf geschaffene Situation zu würdigen wissen. Durch geschlossenes Eintreten aller Funktionäre würde es möglich sein, der wüsten und niederdrückenden Agitation der „Christlichen“ und der Zentrumspresse entgegenzuwirken. Aus allen Bezirken des Ruhrreviers wurde gemeldet, daß nach dem Streikabbruch zahlreiche Mitglieder des „Christ-lichen“ Gewerksvereins ihren Uebertritt zum Verband erklärten. Von Auslosigkeit könne unter den Verbandsmitgliedern keine Rede sein.

Im ferneren Verlauf der Konferenzen wurde die Unter-stufungsfrage erledigt; die näheren Bekanntmachungen werden in den einzelnen Jahrestellen erfolgen. Die in dieser Frage gefaßten Beschlüsse des Verbandsvorstandes wurden allseitig gut-gehehen.

Schließlich wurde noch vereinbart, daß am Sonntag, den 31. März, im ganzen Ruhrrevier große Versammlungen stattfinden sollen, um der Öffentlichkeit noch einmal das wahre verräterische Verhalten der Arbeiterzersplitterer vor Augen zu führen.

Der Verlauf dieser Konferenzen beweist, daß die Hoffnung der Arbeitserfreunde, der Bergarbeiterverband würde aus dieser Be-wegung geschwächt hervorgehen, nicht in Erfüllung geht. Die Drahtenarbeit der „Christlichen Arbeiterführer“ wird aufgegeben, sie werden aber wenig Freude daran erleben. Für die Bergarbeiter gibt es nur eine Parole und die lautet: Hinein in den Verband und heraus mit der arbeitserfreundlichen Presse aus den Arbeiterwohnungen!

#### Der Bergarbeiterverband und die Streikjustiz.

Die schon erwähnte Beschwerde, die der Bergarbeiterverband telegraphisch an den preussischen Justizminister gerichtet hat, um die eigenartige Praxis, die im Ruhrrevier gegen angeklagte Streikführer zur Anwendung gelangt, zu beseitigen, hat folgenden Wortlaut:

„Der unterzeichnete Verband legt Beschwerde ein gegen das Verfahren der hiesigen Staatsanwaltschaft bei Behandlung der Strafsachen, die aus Anlaß des Streiks anhängig gemacht sind. Angeklagte, die geringfügiger Delikte beschuldigt sind, werden wegen angeblicher Kollisionsgefahr und Fluchtverdachts verhaftet. Nach zwei, drei Tagen erhalten sie die Anklageschrift mit einer Erklärungsfrist von 24 Stunden und einer gedruckten Aufforderung, auf diese und die achtstägige Ladungsfrist zu verzichten. Die An-geklagten, denen die Tragweite des Verfahrens natürlich nicht be-kannt ist, geben durchweg diese Erklärung ab, worauf Termin zur Hauptverhandlung auf den nächsten oder übernächsten Tag an-gesetzt wird. Es wird hierdurch den Angeklagten unmöglich ge-macht, sich sachdienlich zu verteidigen. Sie haben weder Zeit, ihren Angehörigen Nachricht zu geben, damit diese einen Verteidiger wählen, noch können sie selbst in der oft nur 12stündigen Frist zwischen Ladung und Termin irgendwelche zu ihrer Entlastung und Verteidigung dienende Maßnahmen ergreifen. Es ist vorge-kommen, daß Angeklagte telegraphisch ihren Frauen den Termin mitteilen mußten, damit diese noch eine halbe Stunde vor der Verhandlung Schritte zur Verteidigung tun konnten. — Ebenso wie hier in Bochum verfährt die Staatsanwaltschaft in Dortmund, Essen und Duisburg.“

Wir bitten Ew. Excellenz, die Staatsanwaltschaft sofort an-zuwiesen, von diesem Verfahren Abstand zu nehmen, das sich viel-leicht im Rahmen des Gesetzes bewegt, aber dem Zweck des Gesetzes sicher nicht entspricht.“

#### Der Streik in Hannover.

Der Streik der Vergleute am Deister bei Hannover und im Schaumburg-Lippischen Gebiet dauert ununterbrochen fort. Der Vergleuskampf geht mit denselben rarisosen Mitteln vor wie die Kohlenbarone des Westens. Im Laufe der vorigen Woche sind nicht weniger als 1715 Vergleute am Deister durch eingeschriebenen Brief benachrichtigt worden, daß sie aus der Belegkassensliste gestrichen sind. Am Deister arbeiteten am Sonnabend nur 591 Mann, meistens Leute, die über Lage beschäftigt sind. Die geringe Zahl der unter-irdisch beschäftigten Leute reicht kaum aus, um Kohlen zum Selbstverbrauch zutage zu fördern. Die Strecken gehen meist zu Bruch. Im sippischen Werk beträgt die Zahl der Streifen-den nahezu 1900. Hier ist man ebenfalls mit der Streichung aus der Belegkassensliste vorgegangen.

#### Die Bewegung in Böhmen.

Aus einer eingehenden Darstellung des Verlaufes der Bewegung der Braunkohlenbergarbeiter in Nordwestböhmen durch die Union der Bergarbeiter Oesterreichs ergibt sich zunächst die unheil-volle Zersplitterung dieser Arbeiterschaft. Nur in dem isolierten Revier von Hollenau-Edbogen umfaßt die Union den größten Teil der Arbeiter, abgesehen auch dort ein Teil dem „frei-sozialistischen“ Birzlopf, Söldner und Unternehmerfreund Simon Stard, zum Teil aus alter Anhänglichkeit in besserer Zeit, folgt. Dagegen ist die Union im Gebiete von Teplih-Brüx-Duz durch den tschechischen Separatismus und durch die terroristische Auf-züchtung der deutsch-national-gelben „Organisation“ durch die Unternehmer, sowie durch tschechisch-nationalistische „anarchistische“ Treiberereien bedeutend geschwächt worden. Die Arbeiterzersplit-terung gibt also der im Ruhrrevier nichts nach, wenn auch eine christliche Organisation kaum vorhanden ist. Indessen haben alle Gruppen den Willen, diesmal gemeinsam zu operieren. Freilich kommt es darauf wenig an, da durch die von allen Seiten be-ziehene Hege gegen die Gewerkschaft die Disziplin und Kollegial-ität unter den Arbeitern sehr gelitten hat. Als daher am 17. d. M. die Unternehmer alle Forderungen ablehnten, kam es — gegen den Willen der Vorstände und ehe noch das staatliche Revier-Bergamt seine Vermittlungsaktion, zu der es sich sofort bereit erklärt hatte, begonnen hatte — zu zahlreichen wilden Streiks. Dies ist namentlich auf den Zechen des Gebiets von Brüx ge-schehen, wo von jeher eine stark anarchisch gesinnte Arbeiter-masse lebt. (Was übrigens bezeichnenderweise den Sieg der Zechenlandvolontäre bei den Parlamentswahlen nicht hindert!) Der 28. März wird auch für die verbandstreuen Arbeiter der Ent-scheidungsstag sein.

Im Riadnoer Steinkohlenrevier, sowie in dem mährisch-schlesischen Becken von Ostau-Karwin sind ebenfalls Forderungen überreicht. Die Regierung hat überall Gendarmen konzentriert, nach Ostau auch bereits Militär entsandt.

Brüx, 26. März. (W. L. B.) Die Lage im Kohlenrevier ist folgende: In Riadno und Schlan ist der Betrieb normal. In Kuffitz wird in 14 von 15 Schächten, in Falkenau auf zwölf von 22 Schächten gestreikt; von 7083 Arbeitern streikten 2800; auf zwei Schächten ist der Ausstand beigelegt. In Teplih wird auf 17 von 25 Schächten, im Brüxer Revier auf 20 von 31, in Duz auf sämtlichen 42 Schächten gestreikt; in Karlsbad auf dem Poltschachi sind 200 Arbeiter ausländig.

#### Politische Uebersicht.

Berlin, den 26. März 1912.

#### Zuckerkonvention und Postetat.

Die letzte Arbeitswoche vor den Osterferien hat begonnen, und es ist jetzt schon sicher, daß diese Tage noch ernste An-streitungen bringen werden, wenn nämlich die Absicht durch-geführt werden soll, vor Ostern den ganzen Postetat und den Etat der Reichsdruckerei zu erledigen.

Die Beratung des Postetats, dessen Generaldebatte am Sonnabend mit der Rede des Genossen Jubelil begonnen hatte, wurde heute unterbrochen mit der dritten Lesung der Zuckerkonvention. Noch einmal veruchten die unentwegten Agrarier, gegen das Gesetz anzukämpfen. Seit dem Tage der ersten und zweiten Lesung sind ja auch die Demigen, die zu der geringfügigen Konzession bereit waren, von der „Deut-schen Tageszeitung“ in der geeigneten Weise scharf gemacht worden, und heute war die ganze konservative Fraktion mit samt dem Ueberbleibsel der seligen Reichspartei in der Oppo-sition.

Die Abgeordneten Dr. Arendt, Graf Ranitz und der Nationalliberale Kleye suchten das Zentrum umzu-stimmen und mahnten es an das freundschaftliche Verhältnis. Herr Dr. Arendt legte besonderen Wert darauf, daß das Verhältnis Englands zur Konvention ungeklärt sei. Darauf wurde ihm vom Reichschatzsekretär die englische Erklärung entgegengestellt, daß man dort an der bisherigen Politik nichts ändern wird. Viel wirksamer wies Genosse Bern-stein auf die Sünden der deutschen Absperrungspolitik hin: Diejenigen, die jetzt — wie Arendt und Ranitz — über die Gefahr eines immerhin denkbaren Sieges der Chamber-leinschen Unionisten in England rätornieren, tun selber durch die maßlose Steigerung der Rüstungen alles, um dieser Rich-tung neuen Agitationsstoff und neue Kräfte zuzuführen. Ge-nosse Bernstein benutzte wieder die Gelegenheit, um erneut zu betonen, daß ein Konvention als das kleinere Uebel erscheine, im Vergleich zu der Prämienwirtschaft.

Der Pole Grabzky sprach gegen, der Fortschrittler Dr. Doormann für die Konvention, die auch gegen die Rechte angenommen wurde, nachdem nahezu dieselbe Mehrheit den Antrag auf Kommissionsverweisung abgelehnt hatte.

Nach einigen Wahlprüfungen, die ohne Debatte mit Gültigkeitserklärung schließen, wird die Behandlung des Post-etats wieder aufgenommen.

Der Postetat ruft indessen zunächst keine grundsätzliche Erörterung des Verkehrswesens und unserer Verkehrseinrich-tungen hervor. Nur der erste Redner, der Zentrumsmann Duffner, möchte gern allgemei-ner Bemerkungen machen, die jedoch völlig mißlingen und zu allgemeinen Redensarten werden. Der brave Herr Duffner aus dem Schwarzwalde wird wohl selber nicht verlangen, daß man die Zusammen-hänge ernst nimmt, wie er sie zwischen dem Postetat und der Reichsfinanzreform konstruiert hat!

Im übrigen bezog sich die Debatte größtenteils auf die Befoldungsordnung. Herr Duffner verlangte die Beseitigung der Unstimmigkeiten, und der nationalliberale Abgeordnete Wed vertrat eine ähnliche Forderung, während der Staats-sekretär an der Befoldungsordnung lieber nicht und an keinem Punkt rütteln lassen will. Auch der konservative Bau Li-Sagenow erklärte zwar eine Reihe von Wünschen für berech-tigt, hält aber ihre Erfüllung für aussichtslos. Derselbe Herr, der ja vor der steigenden Sozialdemokratie aus dem Wahlkreis Potsdam geflüchtet ist, beklagte es bitter, daß Beamte einen sozialdemokratischen Abgeordneten zu ihrem Vertrauten machen können. Ganz so drückte sich Herr Wed freilich nicht aus, aber es war doch — wie er ja auch selbst hervorhob — echt nationalliberal, als er für die Staats-beamten die Freiheit forderte. Die Freiheit innerhalb der nationalen „Verpflichtungen“ nämlich!

Der Fortschrittler Kiel trat für eine Reihe postalischer Verbesserungen ein und brachte auch ein sehr hübsches Ma-terial zur weitherzigen Auffassung der Postfreiheit, wie sie an manchen Fürstenthümern offenbar vorherrscht. Gegen die von altersher bekannten katastrophischen Schikanierungen wandte sich der Pole von Chlapowski, ihm entgegnete der Reichsparteiler von Gamp. — Im Laufe der Sitzung teilte Präsident Kaempfer in bewegten Worten das Ableben des alten Traeger mit, von dem er mit Recht sagen konnte, daß er im Hause wohl politische Gegner, aber keinen persön-lichen Feind gehabt hat. —

#### Ministertakt und Volksschreier.

Für das Gleichnis, das der Kultusminister v. Trost zu Solz am gestrigen Dienstag im Dreiklassenhaus gebrauchte, kann man ihm wirklich dankbar sein. In der Jugendpflege, um die es sich handelte, will der Herr Minister den Takt schlagen, wäh-rend das Volk die Musik dazu zu machen habe. Kein Instrument soll fehlen, und recht volltönend soll der Akkord sein. So will ich's, so befehl ich's.

Sonst sind die Herren Minister ja auch sehr fürs Takt-schlagen, namentlich wenn der Polizeisäbel zum Dirigentenstab wird oder umgekehrt, und für Volksschreier ist man sonst wenig ein-genommen, wenn sie nicht gerade über sozialistische Wahnieder-lagen Jubelouvertüren mit dem Refrain: „Heil dir im Siegere-trang“ spielen. Und dazu ist sehr selten Gelegenheit. Die volltönen-den Akkorde der Marxellaise gar sind allenfalls nur bei Volkschreierfesten gestattet. . . Für die Jugend Neudeutschlands hingegen soll die „Lebtebane Bonnevans“ den Gegenstand ihrer Begeisterung bilden.

Unter dem Volk, das an dem militärisch-kommunistischen Trost der offiziellen Jugendpflege mitwirken soll, versteht die Exzellenz zu Solz die Minderheit Wählender, die draußen im Lande der Mehrheit des Dreiklassenhauses entspricht; die freilich jubelte dem Herrn Minister bei seiner religiös-sittlich-national-paterländisch-monarchisch-kriegervereinlichen Rede gegen die proleta-rische Jugendorganisation freudvoll und auguren-läselnd zu und bewilligte gern die 1/2 Millionen aus unseren Taschen zur Fürsorge für die Entfremdung der Arbeiterkinder von ihrer Klasse und deren Geist und Interessen.

Aber bevor die Ritter, Heiligen und Schlotbarone diese Tat-tun durften, von der sie sich eine Art Imprägnierung der Säulen



ihren Herrschaft gegen Kältnis und Zusammenbruch versprechen, mühten sie die mehrstündige Anklage des unferen Genossen Dr. Liebnecht anhörend.

Unser Redner kennzeichnete in treffender Weise jene schon nach drei Vierteljahrigen Treibhausjugendpflege zu konstatierenden Erscheinungen, die eine gewisse moralische Minderwertigkeit des Unternehmens erkennen lassen. Dann nahm er sich unsere Gefellen am Schandpfehl der „Waterlandslosen“ vor gestern, die jetzt so vielfach patentierten Patriotentum des Zentrums vor und verblüffte die versammelten „nationalen Jugendpfleger“ durch den Hinweis auf die — Internationale der katholischen und selbst der evangelischen Jugendorganisationen, denen er nachwies, daß sie mit der Politisierung der Jugendbewegung den Anfang gemacht haben. Dem sozialpolitischen Nichtwissen, das sich am Sonnabend und gestern an die Besprechung des Jugendproblems herangewagt, stellte Liebnecht eine umfassende Darstellung des vom Kapitalismus verschuldeten und vom bürgerlichen Parlamentarismus nicht eingeschränkten Kinderelends gegenüber. Nachdem er die ganze, insgesam militärisch angelegte und geleitete offizielle Jugendpflege mit ihren „christlichen“ Kriegsspielen als Produkt der Angst vor der Sozialdemokratie erwies, die Jugendpflege des Zentrums an einigen, im Zentrumsjargon gesprochen, blasphemisch-verrohenenden katholischen Lieberbuchversen illustriert und den sittlichen Gehalt der proletarischen Jugendbewegung entwickelt hatte, schloß Dr. Liebnecht seine fast dreistündige Rede mit dem Ruf, daß die proletarische Jugendbewegung wie die gesamte Arbeiterbewegung nur durch sich selbst, durch die Erreichung ihrer Ziele, beseitigt werden wird.

Aus der langen Dauer der Liebnechtschen Rede glaubte der konservative Winkler allzuleich die Notwendigkeit einer Begrenzung der Redezeit durch die Geschäftsordnung ableiten zu können. Aber unsere Genossen Hoffmann und Liebnecht entgegneten sofort, daß die Sozialdemokratie doch in dieser Frage gegen das ganze Haus stehe und darum unsere Redebauer nicht mit der der einzelnen Parteien, sondern nur mit der Summe der antiozialistischen Reden verglichen werden könne. Solche Reden waren aber alle in dieser Debatte — vom Junler v. Vohler bis zum Freisinnmann Dr. Schupp.

Mit der Ablehnung unseres und selbst des fortschrittlichen Kinderzuschusses erwartete sich das Dreiklassenhaus ein neues Aufmeßblatt.

Würdig im Sinne dieses Parlaments war auch der geschäftsmäßige Nachruf, im Tone der Mitteilung von der Konstituierung einer Kommission gehalten, den der Präsident einem Ranne wie Albert Traeger widmete.

Der Kultusetat soll heute, Mittwoch, schon von 10 Uhr an und dann in einer Abend Sitzung weiterberaten werden.

### Die Krise in der nationalliberalen Partei.

Die Sonntagssitzung des Zentralvorstandes der nationalliberalen Partei hat in der buntgemischten nationalliberalen Presse naturgemäß recht verschiedene Gefühle ausgelöst. Die Blätter des linken Flügels klagen über die Verwirrung in der Partei; die des rechten Flügels triumphieren über den Durchfall der Herren Fischer und Stresemann und verheissen Herrn Wasserfall ein ähnliches Schicksal, falls er sich nicht zu den alleinseligmachenden hohen politischen Grundfragen der Herren Friedberg und Fuhrmann bekennet. So ganz befriedigt ist allerdings auch die Richtung Friedberg nicht, denn daß die geplante Statutenänderung dem Vertretertag vorgelegt werden soll, paßt ihr nicht in das schöne Zutragenpiel, da meist auf solchen Vertretertagen die radikaleren Elemente ein gewisses Übergewicht haben. Viel lieber hätte sie gesehen, der Zentralvorstand hätte kurzweg selbst die Statutenänderung vorgenommen. So schreibt die „Rhein.-Westf. Ztg.“, die zwar als nationalliberales Parteiblatt nicht gelten will, tatsächlich aber die scharfmacherischen Anschauungen des äußersten rechten Flügels der nationalliberalen Partei vertritt:

„Man sieht dem Vertretertag, der in sechs Wochen stattfindet, als einem der entscheidendsten und wichtigsten für die nationalliberale Partei mit allergrößter Spannung entgegen. Für den rechten Flügel der Partei bedeutet die Nichtwiederwahl Stresemanns die Gewähr, leichter in Zukunft ihre Pläne durchsetzen zu können. Wenn man die gestrigen Ergebnisse noch der einen oder anderen Richtung hin als Gewinn oder Verlust registrieren will, so kann man höchstens sagen, daß Dr. Friedberg durch das Gewicht seiner Persönlichkeit einen außerordentlichen Einfluß ausgeübt hat. Von einer reinlichen Klärung aber kann noch absolut keine Rede sein. Diese ist erst mit Sicherheit vom Parteitag zu erwarten.“

Die „Rhein. Ztg.“ dagegen gefällt sich in der Rolle des Jeremias. Sie wehklagt über den Verfall der einst so mächtigen Partei und schreit frampfbast: „Bourgeois aller Richtungen, vereinigt Euch!“ Besonders will sie die nationalliberale Jugend nicht in der Partei missen, damit diese nicht völlig erstarre:

„Wenn über die Tendenz der gestern vorgenommenen Wahlen noch irgendein Zweifel bestehen könnte, so mühte er durch die Annahme des Antrags beseitigt werden, der dem nächsten Vertretertag einen Entwurf zu einer Statutenänderung vorlegen will, wonach nur solche Vereine der Parteiorganisation angeschlossen werden können, die ihrerseits den Landesverbänden angeschlossen sind und nicht einen besonders organisierten Gesamtverband mit eigener Spitze bilden. Dieser Antrag, der die Zustimmung der gestrigen Mehrheit gefunden hat, richtet sich ganz offensichtlich gegen die Jungliberalen, deren besondere Organisation innerhalb der Partei man nicht mehr dulden will. Entweder — dies scheint die Ansicht der Mehrheit zu sein, sollen die Jungliberalen auf ihre Organisation verzichten oder sie sollen aus der Partei hinausgewiesen werden. Daß damit eine Frage von ganz außerordentlicher Bedeutung für die Partei erhoben worden ist, kann auch nicht einen Augenblick bezweifelt werden; denn wenn die Jungliberalen im Gesamtverhältnis zur ganzen Partei auch nur einen kleinen Teil bilden, so gehörten doch zu ihnen außerordentlich tätige, arbeitsfreudige Elemente, auf deren Mitarbeit zu verzichten, nur durchaus nachteilig sein könnte. Wir gehen auch keineswegs so weit, zu behaupten, daß die Jungliberalen die alleinigen Vertreter der nationalliberalen Jugend seien, aber immerhin bedeuten sie eine Vertretung der Jugend, d. h. der Zukunft innerhalb der Partei, über die man doch nicht so ohne weiteres hinweggehen kann.“

Wie andere nationalliberale Blätter setzt auch die „Rhein. Ztg.“ alle ihre Hoffnungen auf den innerhalb sechs Wochen einzuberufenden Parteitag. Eitles Hoffen, mag er so oder so entscheiden; die Parteienverfassung ist im Körper der nationalliberalen Partei allzuweit vorgeschritten, als daß Heilung möglich wäre.

### Erhöhung der Soldatenlöhnung.

Wie die „Post“ erfahren haben will, soll die Soldatenlöhnung auf 27 Pf. pro Tag erhöht werden. — Das kann in dieser Form

nicht stimmen, weil der Kaballerie jetzt schon 27 Pf. pro Tag bezahlet werden. Die Sozialdemokraten haben beantragt, die Löhnung generell um 10 Pf. pro Tag zu erhöhen, also bei der Infanterie auf 32, bei der Kaballerie auf 37 Pf. pro Tag. Die ganze Aufbesserung hätte damals 16 Millionen Mark erfordert. Bei der Regelung der Offiziersgehälter und der Gehälter der Beamten sollte auch den Soldaten eine Aufbesserung geboten werden. Dafür waren 14 Millionen Mark vorgezogen; die Aufbesserung unterblieb damals, weil nach Ansicht der bürgerlichen Parteien keine Mittel mehr vorhanden waren. Vermutlich handelt es sich um eine Wiedereindringung der damals zurückgestellten Vorlage.

### Ordnungsparteilicher Terror.

Der Wahlkreis Mansfeld ist ja ohnehin berüchtigt wegen des Terrors, den die Reichstreuen in Verbindung mit der Mansfelder Gewerkschaft gegen die Anhänger der Sozialdemokratie ausüben. Proklamierung und Entziehung von Wohnungsgelegenheit sind in der Tagesordnung. Durch den Wahlausfall ist die nationale Seele der Terroristen aber vollends ins Kochen geraten und will ihr Opfer haben. Mehr als ein Duzend braver Familienväter sind bereits wieder einmal brotlos gemacht worden. Aber das genügt nicht. Die Rache des reichstreuen Verbandes Mansfelder Berg- und Hüttenarbeiter und die Herren Kriegervereiner schaudern gleichfalls nach Rache.

So erließ kürzlich der Vorstand dieses reichstreuen Verbandes eine Warnung an alle seine Mitglieder, ja keine gegnerischen Versammlungen mehr zu besuchen oder in einem Lokal zu verkehren, das der Sozialdemokratie zu Versammlungen zur Verfügung steht. Wer sich eines solchen Vergehens in der Vergangenheit schuldig gemacht habe, habe sich umgehend vom Verband abzumelden, widrigenfalls nach § 4 der Satzungen der Ausschluß erfolge. Die Ortsgruppenvorstände werden besonders ersucht, bei diesem patriotischen Reinigungswerke dem Verband Handlangerdienste zu leisten.

Kreistäger noch legt sich der Vorstand des Kreis-Kriegerverbandes des Mansfelder Gebirgskreises ins Zeug, um unter den Mitgliedern fürchterliche Rührung zu halten, die sozialdemokratisch gewählt haben. In einem langen Zirkular wird darauf hingewiesen, daß der Ausfall der Reichstagswahl vom 20. Januar deutlich bewiesen habe, daß eine „große Anzahl“ von Kriegervereinsmitgliedern sozialdemokratische Stimmzettel abgegeben haben müßte, nach den angestellten Berechnungen ihrer mindestens 1500! Und das trotz des Wahlausfalles des Deutschen Kriegerbundes, trotz aller örtlichen Ermahnungen, trotz der verschiedenen Beschlüsse der Abgeordnetentage. Die Pflichtvergehen mühten nun aber rücksichtslos zur Rechenschaft gezogen werden. In dem Zirkular heißt es mitleidig:

„In der am 14. d. M. abgehaltenen Vorstandssitzung des Kreisverbandes sind die zu treffenden Maßnahmen besprochen und ist folgender Beschluß gefaßt. Die Vereinsvorstände haben sofort durch Umfrage und Einsichtnahme in die Wählerlisten beim Gemeindevorsteher (!) ufm. festzustellen, welche Mitglieder sich an der Stichwahl beteiligt haben. Dann muß weiterhin der Vorstand sich darüber klar werden, welche von diesen Wählern nach ihrem ganzen Verhalten, Aussprüchen, ihrem Ansehen und sonstigen Anzeichen (!) verdächtig sind, einen roten Stimmzettel abgegeben zu haben. Diese verdächtigen Mitglieder sind aufzufordern, sofort freiwillig aus dem Verein auszutreten; andernfalls sind dieselben unbedingt auszuschließen. Weiterhin ist zu überlegen beim Vorhandensein einer großen Anzahl verdächtiger Mitglieder, ob es nicht angeeignet ist, den ganzen Verein aufzulösen und mit den geistreicheren Mitgliedern einen neuen Verein zu gründen.“

Nicht weniger als zehn Vereine werden als besonders stark verdächtig bezeichnet, eine ganz erhebliche Anzahl! von sozialdemokratischen Wählern in ihren Reihen zu haben, also für die Auflösung reif zu sein. Wegen sie soll „später noch besonders vorgegangen“ werden.

Daß dieser Terrorismus besonders verfangen wird, halten wir für ausgeschlossen. Der Uebermut des Grubenkapitals, die schlechte wirtschaftliche Lage, der wachsende Steuerdruck und nicht zuletzt auch die dreisten Terrorismustakte, die jämmerlichen und ungeschicklichen Wahlstratagemen und die blindwütige Verfolgungssucht der reichstreuen Scharmacher werden im Gegenteil auch die mansfeldischen Arbeiter immer mehr dahin treiben, wobei sie als Mitglieder der um ihre Befreiung ringenden Arbeiterklasse gehören, ins sozialdemokratische Lager!

### Wahlrechtsdebatten im sächsischen Landtag.

In der Dienstagssitzung des sächsischen Landtages wurde zunächst eine Petition der sächsischen Gemeindebeamten verhandelt, in der diese das passive Wahlrecht verlangen. Die Redner aller Parteien traten für die Wünsche der Gemeindebeamten ein; die Regierung erklärte sich aber als allerhand nichtstiftenden Gründen dagegen. Die zweite Kammer stimmte der Petition einstimmig zu und überwies sie der Regierung zur Kenntnisnahme.

Dann wurde der wichtige Gesetzentwurf betreffend Reform der Landgemeindeordnung beraten. In der Gesetzgebungsdeputation sind gegen die Stimmen der Sozialdemokraten alle Verbesserungsanträge abgelehnt worden, vor allen Dingen die auf Einführung des gleichen Wahlrechtes für alle Gemeindeangehörigen, auf Wahl an einem Sonntag usw. Die Anträge wurden heute im Plenum wiederholt; es wurde namentliche Abstimmung besonders über den Wahlparagrafen von uns beantragt. Unsere Anträge wurden aber in namentlicher Abstimmung gegen die Stimmen unserer Partei abgelehnt, ebenso unser Antrag, die Wahl an einem Sonntag vorzunehmen. Die freisinnigen stimmten bei den verschiedenen Paragrafen sehr verschieden, einer oder der andere stimmte dafür und wieder dagegen; es war ein wirres Bild. Im allgemeinen kann man wohl sagen, daß diese Reform der Landgemeindeordnung den Namen Reform überhaupt nicht verdient. Eine grundlegende Änderung der ganzen Gemeindegesetzgebung ist eine dringende Notwendigkeit, ist wohl aber noch lange nicht zu erwarten. Jedenfalls ist vor dem ganzen Lande wieder einmal der Massencharakter unserer Gesellschaft durch die von uns beantragte Abstimmung bei der Beratung am Dienstag dargestellt worden.

### Oesterreich.

#### Obstruktion im Abgeordnetenhaus.

Wien, 26. März. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses, auf deren Tagesordnung die erste Lesung der Wasserstraßen-Vorlage stand, verhielten sich die polnischen Abgeordneten veranlaßt, die ruffischen Abgeordneten mit ihrer Obstruktion ein, um die Erfüllung der Wünsche der Polen, die an der Vorlage besonders interessiert sind und den größten Wert darauf legen, daß sie noch vor Ostern dem Ausschuss überwiesen wird, zu verhindern. Der ruffische Abgeordnete Staruch hielt eine mehrstündige Obstruktionsrede, in der er namens der übrigen ruffischen Abgeordneten erklärte, das Verhalten der Ruthenen richte sich gegen die Beschlüsse, welche auf dem gestrigen Parteitag der polnischen Partei in Lemberg gefaßt wurden. In diesen Beschlüssen, welche auf die vollständige Polonisierung sämtlicher Verwaltungszweige Galiziens, die Ausdehnung der Landesautonomie, die Wahrung des polnischen Besitzstandes gegenüber den ruffischen Präntentionen und auf das

Zusammenhalten aller Polen Oesterreichs, Deutschlands und Rußlands gegenüber den polenfeindlichen Bestrebungen das Hauptgewicht legten, erblickten die Ruthenen eine Provokation, welche sie zur gegenwärtigen Haltung berechtigte.

Der Abgeordnete Staruch beendete seine Rede im Abgeordnetenhaus um 3 1/2 Uhr, und zwar, wie es heißt, auf Grund eines Kompromisses.

Sodann erklärte der ruffische Abgeordnete Lewicki, daß die Ereignisse der letzten Tage die Ruthenen bewog, die Wasserstraßenvorlage schon bei der ersten Lesung zu bekämpfen. Von den auf der heutigen Tagesordnung befindlichen Gegenständen würden die Ruthenen den nächsten Punkt der Tagesordnung, „Gesetzliche Regelung der Lohnzahlung im Bergbau“, mit Rücksicht auf den Bergarbeiterstreik und die soziale Bedeutung der Vorlage, passieren lassen, aber nach Erledigung dieses Gegenstandes würden sie jede weitere Tagesordnung, auf der die Wasserstraßenvorlage stehe, mit allen Mitteln bekämpfen. Hierauf wurde die Vorlage betreffend Tabakzengeldgebühr angenommen und die zweite Lesung der Vorlage betreffend gesetzliche Regelung der Lohnzahlung im Bergbau begonnen.

### Bergarbeiterdebatte im Abgeordnetenhaus.

Wien, 26. März. In der Verhandlung über die Anträge betreffend die gesetzliche Regelung der Lohnzahlung bei dem Titel Bergbau trat der Berichterstatter der Minorität Ginzl (Soz.) entgegen dem Antrage des Ausschusses, welcher eine 14tägige Lohnzahlung vorschlägt, für die wöchentliche Lohnzahlung ein. Er bekämpfte ferner die Argumente des Ausschusses gegen unentgeltliche Bestellung von Spreng- und Zündmitteln.

### Schweiz.

#### Sessionschluss der Bundesversammlung.

Die beiden eidgenössischen Parlamente haben ihre Tore wieder geschlossen. Die geistigen Kräfte der zweiten Sessionswoche hatte wieder die sozialdemokratische Fraktion getragen. Unsere Fraktion interpellierte den Bundesrat über seine Stellungnahme zu dem eigenmächtigen, das Budgetrecht der Bundesversammlung schwer verletzenden Beschluß des Verwaltungsrates der Bundesbahnen, den Kredit von 24 Millionen Frank um 2 Millionen für den Gauenstein-Tunnel (Linie Basel—Olten) zu erhöhen. Die Antwort des Bundesrates gab Bundespräsident Koller, der merkwürdigerweise das Vorgehen der Bundesbahnen als „fortschrittlich“ bezeichnete.

Sodann beantragte unsere Fraktion aus Anlaß eines konkreten Falles die gesetzliche Regelung der Zeugnisaussage der Beamten, Angestellten oder Arbeiter der Bundesverwaltung und Aufhebung bezüglich ungeschicklicher Beschlüsse des Bundesrates. Die Resolution begründete Genosse Grimm, der die persönliche Meinungsfreiheit des Personals der Bundesverwaltung und die Freiheit der Presse gegenüber vertrat und gefordert, daß die Beschlüsse der Bundesverwaltung und die Aufhebung seiner ungeschicklichen Beschlüsse abgelehnt werden. Grimm zog hierauf diesen Teil seiner Resolution zurück, da ja nun nach der bundesrätlichen Erklärung die kantonalen Gerichte wissen, daß sie ungeschicklich und für sie daher gegenstandslos sind. Der erste Teil der Grimmschen Resolution wurde vom Nationalrat mit 85 gegen 2 Stimmen erloschlich erklärt.

Viel zu reden gaben die Bundesrats- und Bundesrichterswahlen. Im Bundesrat war der zurückgetretene Comte zu ersetzen. Gewählt wurde der neuburgische Minister Perrier, ein bereits bejahrter freisinniger Politiker. Im Bundesgericht wurden vier freisinnige und ein radikaler Parteipolitiker gewählt mit 138 bis 193 Stimmen, während der Kandidat der sozialdemokratischen Fraktion, Genosse Jaroggen, nur 44 Stimmen erhielt. Am den Preis eines Stihes half die liberale Minderheit die sozialdemokratische Minderheit mit verzwängigen. Vor der Wahl hatte Genosse Grimm namens der sozialdemokratischen Fraktion eine schriftliche Erklärung abgegeben, durch die der Anspruch der Arbeiterschaft auf eine Vertretung in dem künftigen Bundesgericht erhoben und begründet wird. Die Wahlwahl Jaroggens wurde als eine Kränkung der Arbeiterschaft erklärt und dagegen Protest erhoben. Die kompakte bürgerliche Majorität erlaubte sich trotzdem den Verzwängigungsbalken, der der Arbeiterschaft abermals zeigt, daß sie minderen Rechtes ist. Die Qualifikation Jaroggens für das Bundesgericht stand auch bei den Bürgerlichen außer Zweifel, denn ihr Hauptorgan, der Berner „Bund“, schrieb über ihn: „Die Befähigung des diesmaligen sozialdemokratischen Kandidaten Jaroggen steht außer Zweifel. Er hat ausgezeichnete Studien gemacht, sie mit einem glänzenden Examen abgeschlossen und sich als bernischer Obergerichtsschreiber als feiner und scharfsinniger Zivilrechtler ausgewiesen. Er bietet Gewähr dafür, daß er, in die wissenschaftliche Tätigkeit des Richterberufes versetzt, wobei ihm im Grunde genommen seine ganze Veranlagung viel mehr hinweist, als auf das Gebiet der Parteipolitik, unbefangenen und unparteiisch seines Amtes walten würde.“ — Das nützt alles nichts. Der herrschende Parteilichismus vermag Bundesrats- und Bundesgerichtssitzungen als Anwesenheit und zur Verfertigung seiner Leute, und dabei ist größere oder geringere Befähigung Nebensache.

### Italien.

#### Eine Prügelkassette.

Rom, 26. März. In der heutigen Sitzung der Deputiertenkammer kam es im Laufe der Debatte über die Interpellation Ghiesas, die den Zustand der Arbeiter der kongestrierten Minengesellschaft Elba zum Gegenstand hatte, zu einer solennen Prügelkassette zwischen dem Republikaner Ghiesas und dem radikalen Luzzatto, weil Ghiesas Luzzatto beschuldigte, als Administrator der Gesellschaft den Staatschatz um einen Teil der Eintragungsgeldern betrogen zu haben. Der Präsident der Deputiertenkammer, Marcora, mußte die Sitzung unterbrechen. Luzzatto sandte Ghiesas seine Beugen.

### Perrien.

#### Russische Intrigen.

Wesched, 25. März. (Melbung der Petersburger Telegraphenagentur.) Die in der Titabelle befindlichen perffischen Truppen machten einen Ausfall gegen die Stadt, wo ein Scharmühe! begann. Infolgedessen sah sich der Kommandierende der russischen Streitkräfte, General Kieddo, genötigt, die Herstellung der Ordnung und Sicherheit zu übernehmen.

### Mexiko.

#### Vom Bürgerkrieg.

New York, 26. März. Von privater Seite wird aus Mexiko berichtet, daß die Bundesstruppen am Sonntag den Rückzug auf Torreo angetreten hätten, nicht gefolgt von General Orozco. Die Regierung gebe zu, daß General Salazar, der Führer der Bundesstruppen, Selbstmord verübt habe, halte aber seine Niederlage nicht für schwer. Desgleichen bestreite die Regierung die Wichtigkeit der Meldungen von der Gefangennahme zahlreicher Offiziere und Mannschaften durch die Aufständischen. Der Korrespondent des „New York Herald“, der Zeuge des Geschehens vom Montag gewesen ist, teilt mit, daß die Bundesstruppen in einem verzweifeltten Zustand gewesen und von allen Seiten umzingelt worden seien. Sie hatten 400 Tote und zahlreiche Verwundete, die Aufständischen 100 Tote und viele Verwundete.



# Gewerkschaftliches.

## „Geistige Hebung“ des Landarbeiterstandes.

Eine rührende Sorge hat die agrarischen Kreise in den letzten Monaten erfährt um die „geistige Hebung“ der Landarbeiter. Denselben Arbeitern, für welche die Dorfschulbildung nie schlecht genug gestaltet werden kann, weil der dümmste Arbeiter den agrarischen Ausbeutern der liebste ist, wird jetzt dringend ein Lesestoff empfohlen, den man besonders für sie zürichtet. Der seit längerem im Mansfelder Berggebiet erscheinende „Reichstreue Bergknappe“ wird mit dem abgeänderten Titel „Der deutsche Landarbeiter“ als Landarbeiterorgan herausgegeben. Der Artikel auf der ersten Seite behandelt anstatt bergbauartige Verhältnisse solche aus der Landwirtschaft, und das Landarbeiterblatt ist fertig.

Was bekommen die Landarbeiter hier nun vorgelesen? In jeder wöchentlich erscheinenden Nummer einen Sad voll Lügen und Verleumdungen gegen die Sozialdemokratie und die gesamte Arbeiterbewegung. Ebenso oft wird das Kriegervereinswesen als die idealste Betätigung der deutschen Arbeiter verhimmelt. Die unwichtigsten Vorgänge an den deutschen Kärntnerhöfen werden in jeder Nummer auf einer vollen Seite gemeldet. Meer und Marine werden ebenso eingehend behandelt, wie sich das bei einem Blatt von selbst versteht, das als wichtigste Organisationen in Deutschland die Kriegervereine bezeichnet. Die Rückseite des Blattes ist gefüllt mit Anzeigen, in denen für schweres Geld den Landarbeitern Mittel empfohlen werden, um ein zartes, reines Gesicht, rosiges, jugendliches Aussehen, einen schönen Teint zu erlangen, allerlei andere Essenzen, Bücher mit Mikroskopien usw.

Landarbeiter, welche diesen Sudelwisch freiwillig abonnieren, sind natürlich sehr dünn gesät. Deshalb bietet die Landwirtschaftskammer für die Provinz Sachsen, unter deren Mitwirkung der Sudelwisch erscheint, alle Mittel auf, um ihrem Kinde überall Eingang zu verschaffen. Unter Mitwirkung der landwirtschaftlichen Bezirksvereine, des Bundes der Landwirte, kommunaler und staatlicher Behörden werden die Gutsbesitzer veranlaßt, ein Abonnement für ihre Arbeiter einzugehen und diesen das Blatt „zur Hebung ihrer geistigen Interessen“ gratis zustellen zu lassen. Nach Bedarf sollen Sonderausgaben für die einzelnen preussischen Provinzen herausgegeben werden. Wie weit die behördliche Hilfe den Agrariern bei dieser geplanten Verblödung der Landarbeiter bereits gesichert ist, lehrt die Tatsache, daß in den Kreisblättern, die das Reichsverbandsblättchen anpreisen, ganz offen die Rathhäuser der Landorte als diejenigen Stellen bezeichnet werden, wo die Bestellungen auf die Zeitung entgegengenommen werden.

### Berlin und Umgegend.

**Achtung, Schneider!** Die Firmen Lichtenstein u. Thurow, Nauenerstr. 8, Döbberow, Marienstr. 17, und Polatius, Palisadenstraße 31, vorn III, fertigen Streifarbeits an und vermitteln solche. Wir verhängen über diese Betriebe die Sperre.

Verband der Schneider.

### Lohnbewegungen der Kellner.

Im Weinhaus „Traube“, Leipziger Straße, wo 22 Kellner arbeiten, ist es dem Verband der Gastwirtschaftsgehilfen gelungen, mit der Direktion einen Tarif abzuschließen, der den dortigen Angestellten nicht unwesentliche Vorteile bringt. Der Minimallohn wird von 10 auf 20 M. erhöht, hat der Kost wird in Zukunft eine Kostentragung von 40 M. pro Monat bezahlt; schließlich werden alle Abgaben für Wasserbruch usw. abgeschafft. Dagegen müßten die Kellner im „Thomasbrau“, Potsdamer Straße, zum Streik greifen, da die Firma die Forderungen der Angestellten ablehnt. Namentlich wollte die Direktion nicht in die Ablösung der Kost durch Barlohn einwilligen. Die Verhandlungen sind damit zunächst gescheitert.

### Die Lohnbewegung in der Landschaftsgärtnerei.

Da eine Einigung zwischen den Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer aus der Landschaftsgärtnerei nicht zu erzielen war, so wurden die Forderungen der einzelnen Unternehmer unterbreitet. Den ausgestellten Tarif anerkannt haben bis heute 22 Firmen mit 168 Beschäftigten, darunter befinden sich 8 Firmen, die Mitglieder der Arbeitgeberorganisation sind. Zwei größere Firmen, die nicht Mitglied der Arbeitgeberorganisation sind (J. u. H. Mann-Halenke und Jenzsch-Verlin), haben die Forderungen ebenfalls unterschrieben. Bei den Firmen, welche die Forderungen bisher nicht anerkannt, wird am Donnerstag der Streik beginnen. Die heute (Mittwoch) in Schönberg stattfindende Versammlung wird darüber Beschluß fassen.

### Verband der Schmiede, Verwalter Berlin.

Bei der Delegiertenwahl zum Verbandstag, die am Sonntag stattfand, wurden insgesamt 930 Stimmen abgegeben, davon waren 5 ungültig. Es erhielten Stimmen: Watter 527, Ferschland 524, Frihe 521, Köhler 516, Samereier 523 und Schlingh 525. Ferner Hentrich 423, Schleusener 402, Schmelter 401, Schuder 410, Stenzel 406 und Warzecha 392. — Die ersten 6 Kollegen sind Bevormünder der Verschmelzungsvorschläge des Metallarbeiterverbandes, die letzten 6 Kollegen sind Gegner. Die Wahlbeteiligung betrug circa 40 Proz. Gewählt sind die ersten 6 Kollegen.

Die Ortsberufung.

**In der Wagen- und Karosseriefabrik von Gebr. Wienecke** Nachfolger, Pankow, Breitenstraße, haben sämtliche Arbeiter die Arbeit niedergelegt. Die bereits in Nr. 67 des „Vorwärts“ bekanntgegebenen, hatten die Sattler wegen Affordreduzierungen die Arbeit eingestellt. Zur Beilegung dieser Differenz fand eine Verhandlung statt, an der auch die Vertreter der beiderseitigen Organisationen teilnahmen. In dieser Verhandlung wurde auch über die betreffende Affordarbeit ein Einverständnis erzielt, jedoch wollte Herr Voje, Inhaber der Firma Wienecke, keinerlei Zusicherungen über die Wieder Einstellung der streikenden Sattler geben. Darauf haben die übrigen Arbeiter einmütig beschlossen, nunmehr ebenfalls die Arbeit einzustellen.

Der Betrieb ist für Stellmacher, Schlosser und Schmiede, Sattler und Lackierer gesperrt und bitten wir, alle Arbeitsangebote dieser Firma durchaus zurückzusehen.

Die Kommission der Wagenfabriken  
J. A. B. Stiering.

### Deutsches Reich.

#### Die neuen Einigungsverhandlungen im Schneidergewerbe.

Am Dienstagvormittag 9 Uhr begannen unter Vorsitz des Reichsindustriellen Dr. Hiller in Frankfurt a. M. die Einigungsverhandlungen. Die Parteien waren vertreten nur durch die Hauptvorstände. Einem Wunsch Dr. Hillers folgend, soll über die Verhandlungen vorläufig nichts in die Öffentlichkeit gedruckt werden, damit die Verhandlungen nicht gehört oder von außen beeinflusst werden könnten. Zunächst berichteten beide Parteien von ihrem Standpunkt aus über den Lohnkampf. Nach vierstündiger Verhandlung wurden die Verhandlungen auf Mittwoch vormittag vertagt.

Am Nachmittag tagten beide Parteien gesondert, um zu der

Frage Stellung zu nehmen, ob die örtlichen Vertreter zu den Verhandlungen geladen werden sollen. Die Vertreter des Schneiderverbandes sind dafür, während die Unternehmervertreter sich dagegen erklären. Vorläufig ist ein gangbarer Weg zur Einigung noch nicht gefunden.

### Tarifbewegung der Steinseher.

Für den Tarifbezirk Riedelklaus, der die Kreise Kolbitz, Forst, Sorau, Kalau, Ludau, Lübben, Guben umfaßt, ist ein neuer Tarif zum Abschluß gelangt, und zwar ohne Kampf. Durch den Tarif werden die Löhne für Steinseher und Hammer im ganzen Bezirk vereinheitlicht; bisher bestanden in den Orten verschiedene Lohnsätze. Der Tarif ist auf vier Jahre abgeschlossen und steht innerhalb dieser Zeit für die bisher ungünstiger gestellten Bezirke eine Lohnsteigerung von 9 Pf. pro Stunde vor, in den übrigen Bezirken eine solche von 6 Pf. — Für den Kreis Liebenwerda konnte ebenfalls ohne Kampf ein Tarif abgeschlossen werden, der eine Erhöhung des Stundenlohnes um 5 Pf. bringt. — In Hohenalza kam zum ersten Male ein Tarif zustande, der gleichfalls den Arbeitern mancherlei Vorteile bringt. — In Promberg dagegen, wo schon seit langem ein Tarif bestanden hat, wollen die Unternehmer lediglich Verschlechterungen „bewilligen“; u. a. wollen sie die Berechtigung haben, bei nicht genügender Arbeitsleistung — worüber natürlich sie allein entscheiden — 30 Proz. vom Lohne abzuziehen zu können.

### Streik und Aussperrung in der Singer-Nähmaschinenfabrik zu Wittenberge beendet.

Die streikenden Maschinenformer hatten, da die Direktion jedwede Verhandlungen mit den Arbeitern strikte ablehnte, das Einigungsamt des Gewerbegerichts angerufen. Die Direktion der Singergesellschaft ließ durch zwei ihrer Direktoren dem Vorsitzenden des Gewerbegerichts in Wittenberge erklären, daß es gegen das Prinzip der Gesellschaft sei, mit dritten Personen über ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verhandeln. Das Einigungsamt konnte die Direktion nicht anerkennen. Falls die Direktion gezwungen werde, vor dem Einigungsamt zu erscheinen, werde sie dieselben Erklärungen abgeben. Sie (die Direktion) habe streng Anweisung von der Hauptleitung erhalten, sich in keinerlei Verhandlungen einzulassen. Damit war auch der Versuch, vor dem Einigungsamt die Differenzen zu erledigen, als gescheitert zu betrachten. In einer Verhandlung zwischen der Direktion und einer Kommission aus den Reihen der Aussperrten legte aber die Direktion nochmals ihren Standpunkt über die Differenzen bei den Maschinenformern dar, lehnte jedoch irgendwelches Entgegenkommen ab. Die streikenden Maschinenformer nahmen nochmals Stellung zu den ganzen Sachlage. Mit Rücksicht auf das sehr geringe Kompensations- und auf die Opfer, welche die Aussperrten bringen, beschlossen die Streikenden, den Streik aufzugeben. Die Arbeit ist am Montag, den 25. März, in vollem Umfange wieder aufgenommen.

**Achtung, Zwiderkrei!** Bei der Firma E. Schmidt, Firmasens, haben die Zwider die Arbeit eingestellt, nachdem gütliche Unterhandlungen ohne Erfolg waren. — Bei der Firma Gg. Sauer, Thalfroschen, haben die Zwider infolge ihres geringen Bediensteten- und Einfuhrung neuer Fassons einige Forderungen gestellt. Nun sucht die Firma auswärts Zwider, allem Anschein nach, um über die Forderungen dadurch hinwegzukommen. Zugug ist fernzuhalten.

**Achtung, Textilarbeiter!** In Görlitz sind vom Textilarbeiterverband und vom Gewerbeverein S.-D. die Betriebe von Otto Schmetzsch und Krause u. Söhne wegen Lohnunterschieden für Weber und Weberinnen gesperrt.

Von Streikbrechern erschossen wurde am Sonntagabend im Klecken Ahrensdorf im Fürstentum Lübeck der 17jährige Knecht Ernst Möller. Der Sachverhalt ist kurz folgender: In der chemischen Fabrik von Dr. Christ streikten die Arbeiter, weil die von ihnen gestellten geringfügigen Lohnforderungen nicht bewilligt wurden. Die Fabrikleitung hat darauf von auswärts Arbeitswillige heranzuziehen versucht und auch eine Anzahl der „nützlichen Elemente“ angeworben. Diese machten sich zunächst wenig maufig. Am letzten Sonntag zeigten sie jedoch recht deutlich ihr Novodulm. Beim Gostwitz Schweim, Jüdersdorf Ahrensdorf, fand abends ein Tanzbergnügen statt, das zunächst harmlos verlief. Das änderte sich gegen 9 Uhr, als zunächst drei Streikbrecher erschienen, die einige Glas Bier tranken, dann verschwanden und nach 10 Minuten mit einem reichlichen Duzend weiterer Arbeitswilliger wiederkehrten und gewissermaßen das Lokal im Sturm zu nehmen versuchten. Als sie vom Wirt daran gehindert wurden, zogen sie Revolver, Dolche, Knüttel und Gummischläuche hervor und warfen mit Steinen. Die Knüttel drangen dann in die Gaststube ein, wo einige am Streik gänzlich unbeteiligte Leute saßen. Diese kücksteten dann vor der Wunde ins Freie. Plötzlich hörte man draußen einen Schuß fallen und bald darauf wankte der 17jährige Knecht Ernst Möller, von einer Kugel, die ihn von hinten getroffen hatte, tödlich verletzt, ins Zimmer. Hier verschied er alsbald. Nun machte auch der Wirt von der Waffe Gebrauch. Vier der Arbeitswilligen erhielten Schrotwunden; der eine, namens Dibera, wurde dadurch so erheblich verwundet, daß er sofort nach den Heilanstalten in Kiel übergeführt werden mußte. Die bürgerliche Presse und auch das Wolffsche Telegraphen-Bureau suchte die blutigen Vorgänge so darzustellen, als ob es sich um einen Zusammenstoß der Streikenden mit den Arbeitswilligen gehandelt hätte. Auf solche Weise wird die Öffentlichkeit direkt irregeführt. Es wird durch diesen Vorfal wieder einmal bewiesen, wie dringend notwendig es ist, das Publikum vor der Schiehwort arbeitwilliger Novodulm zu schützen. Und da schreiben die Scharfmacher nach erhöhtem Schuß für Streikbrecher.

### Ausland.

#### Der Streik im Hauenseintunnel.

Rein Tunnelbau kann in der Schweiz ausgeführt werden, ohne daß die Arbeiter durch schlechte Löhne und schlechte Behandlung zum offenen Widerstand provoziert wird. Kaum war der Bau des Hauenseintunnels auf der Linie Basel—Olten, der 26 Millionen Frankosten wird, in Angriff genommen, als auch schon die Arbeiter, wie wir bereits telegraphisch meldeten, sich zur Einstellung der Arbeit genötigt sahen. Unternehmerin ist die Berliner Baufirma Julius Berger. Nach zweitägigem Streik wurde ein Tarifvertrag abgeschlossen für die Dauer eines Jahres und mit folgenden Lohnsätzen: Arbeiter außerhalb des Tunnels erhalten bei zehnstündiger Arbeitszeit: Maurer 70 Cts., Handlanger und Erdarbeiter 46—51 und Plasterer 35—45 Cts. Stundenlohn. Die eigentlichen Tunnelarbeiter, Maurer und Mineure, erhalten per achtstündiger Schicht 6 Fr., die sogenannten Schlepper 5 Fr.; dazu kommen noch die beim Tunnelbau üblichen Prämien. Der Lohn der Zimmerleute wurde auf 70 Cts. pro Stunde angelegt, mit 10 Proz. Zuschlag bei Überstunden, 50 Proz. bei Sonntagarbeit und 100 Proz. bei Nachtarbeit. Die Auszahlung der Löhne hat Sonnabends 5 Uhr zu erfolgen. Die italienischen Arbeiter wandten sich auch gegen die von italienischen Spekulanten und Ausbeutern auf der Baustelle betriebenen Kantine, da sie in einem eigenen Lokal ohne Trinkschank verkehren und ihre Bedürfnisse beden wollen. Die Verhandlungen führten die Arbeitervertreter des schweizerischen Zimmer- und des italienischen Maurerverbandes, sowie der Arbeiterunion Olten.

#### Streikbrecher als Mörder.

Paris, 25. März. (Eig. Ber.) Die Wut der Streikbrecher von Lepaillois-Verret hat selbst die verlogenen Unternehmerblätter in Verlegenheit gebracht. Gezwungen, wie sie waren, voreerst den Polizisten reinzuwaschen, auf dem der Verdacht, den Chauffeur Vedhomme geißelt zu haben, zuerst ruhte, mußten sie zugeben, daß die Schuld einem Streikbrecher trifft und trotz nachträglicher Versuche, irgendeine „Verdrehung“ der gelben Revolverhelden zu konstruieren, können sie doch in ihrer Darstellung die Wahrheit, daß es sich um einen unerhörten Grzech der „Arbeitswilligen“ handelt, nicht unterdrücken.

Wir haben die wesentlichen Tatsachen von wiedererzählt, nichtgestellt sei, daß sich die blutigen Szenen in der Freitagnacht, nach 10 Uhr abgespielt haben. Die Streikbrecher sind Korjen, die sich das Unternehmersonortium eigens von ihrer Insel hat kommen lassen — zügellos wilde Burchen, bei denen Revolver und Messer sehr locker sitzen. Als die vier Stroche, die den Grzech durch die Schiere auf ein Café begonnen hatten, von den Gästen und den hinzutretenden Streikenden verfolgt wurden, riefen sie ihren Kameraden, die sich in einer Garage aufhielten, zu: Korjen heraus! Worauf diese, etwa 20 an der Zahl heraufstürzten und sofort eine Kesselflut begannen, in der mindestens 40 Schüsse abgegeben wurden. Der erste, der verwundet wurde, war ein Streikender, Genosse Roy, der durch den Arm angelodt, in die Tür eines Cafés trat, wo er seine Zeitung gelesen hatte. Er erhielt einen Schuß in den Arm. Gleich darauf wurde Vedhomme zu Tode getroffen. Er hat sterbend noch flüstern können, daß sein Mörder ein Selber sei. Es wurde weiter noch eine größere Zahl von Personen verletzt, die sich in häusliche Pflege begaben. Wie die „Gummanit“ berichtet, haben auch die Polizisten, die zu der Szene hinzukamen, eine ganz sinnlose Wildheit an den Tag gelegt. So belam ein Chauffeur, der Vedhomme aufsehen wollte, von einem Polizisten einen Hieb mit dem Revolverkolben ins Gesicht.

Die Nordbat hatte heute einen Widerhall in der Deputiertenkammer, wo Genosse Willm eine von 21 Deputierten unterzeichnete Resolution vorlegte, die die Regierung auffordert, ihre Streikermittlungsversuche fortzusetzen. Willm legte hierbei interessante Daten über den Streik vor. Er dauert schon 118 Tage und giebt 6300 Taximeter-Chauffeurs in Mitleidenschaft, 1500 Streikende, die in ihre Heimat abgereist sind, nicht mitgerechnet. Die Rückwirkungen des Ausstandes treffen 60 000 Redaniter, Wagenbauer usw. Für Streikunterstützung sind 1 200 000 Fr. aufgewendet worden. Die Streikenden haben sich unbedingt für die Annahme eines Schiedsgerichts erklärt, die Unternehmer lehnen es ab.

Der Minister des Innern erklärte sich mit der Resolution einverstanden. Sie wurde einstimmig angenommen.

### Französische Arbeiterkongresse.

Am Sonntag haben in Paris die verschiedenen Gewerkschaften der Baugewerbe des Seine-Departements auf einem Kongreß ihre Vereinigung in einer einzigen Gewerkschaft des Baugewerbes beschlossen. Die bisherigen Gewerkschaften der einzelnen Berufsgruppen sollen als „technische Sektionen“ weiter bestehen. Im Artikel I des Statuts wird als der Zweck der Gewerkschaft angegeben: Die Abschaffung des Lohnsystems und die Errichtung einer von kapitalistischer Ausbeutung freien Gesellschaft. Als Mittel der Sektion werden genannt: Die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, Erhöhung der Löhne, Verkürzung der Arbeitszeit, Abschaffung der Überstunden, der Zwischenunternehmer, der Affordarbeit. Die Vereindeiligung der Löhne wird im Prinzip gefordert. Teilstreiks innerhalb der einzelnen Fächer sind von den technischen Sektionen zu führen, allgemeine Streiks der Sektionen vom Verband auszuführen. Der Generalstreik ist also nicht als obligatorisch erklärt. Von der Tagesordnung der Gewerkschaftsversammlungen sind alle politischen, religiösen und philosophischen Fragen ausgeschlossen und für sie nur wirtschaftliche und Berufsfragen zugelassen.

Während dieser Kongreß der Vereindeiligung und Kräftigung der gewerkschaftlichen Aktion diente, kann man das von dem gleichzeitigen konstituierenden Kongreß der „Föderation des Eisenbahntransport“ nicht berichten. Es ist dies nämlich die von den revolutionären Syndikalisten zur Verampfung des Eisenbahnerverbandes ins Leben gerufene Gegenorganisation. Auf dem Kongreß waren 25 Gruppen vertreten. Der unglückliche Streik hat den Eisenbahnerverband furchtbar hergenommen. Die Aktion der syndikalistischen Sonderbündler wird sicher nicht dazu beitragen, die schwere Krise der gewerkschaftlichen Aktion der französischen Eisenbahner zu überwinden. Der lauchende Dritte ist die liberale Organisation, die unter der Protektion der Gesellschaften außerordentliche Fortschritte gemacht hat.

**Zur gewerkschaftlichen Lage in Dänemark.** Im dänischen Baugewerbe ist der Friede nun doch wieder hergestellt. Nach abermaligen Bemühungen des Schlichtungsbeamten gelang es in der verfloßenen Woche, einen Tarifvertrag für die Zementindustrie zustande zu bringen, der auf drei Jahre abgeschlossen wurde und den Arbeitern in der Hauptfache Erhöhungen der Stundenlöhne um 2 bis 3 Dere bringt. Die Aussperrung in der Zementindustrie ist aufgehoben, und gleichzeitig hat auch der Streik der Erd- und Betonarbeiter Kopenhagen sein Ende gefunden, so daß die Bauätigkeit in vollem Umfange aufgenommen werden konnte. In anderen Berufen stehen jedoch wieder größere Kämpfe bevor. Die Schuhamacher haben ihre Tarifverträge auf den 1. April gekündigt, und Verhandlungen, die gepflogen wurden, sind ergebnislos verlaufen. Der bevorstehende Streik ist den Meistern bereits angekündigt. Die Holz- und Dekorationsbildhauer Kopenhagens haben ebenfalls nach vergeblichen Verhandlungen ihren Arbeitgebern den Streik zum selben Datum in Aussicht gestellt, und ähnlich liegen die Dinge auch bei den Tischschneidern. In diesem Verufe sind die Verhandlungen an der Forderung nach Einführung von Betriebswerkstätten, also Vereindeiligung der Feimarbeit, gescheitert. Einem hartnäckigen Kampf haben die Schneider gegen die Firma B. Schilder in Kopenhagen zu führen, bei der Uniformen für die dänische Staatsbahn mit Hilfe russisch- oder polnisch-jüdischer Streikbrecher angefertigt werden. Uebrigens besteht in Kopenhagen ein russisch-jüdischer Verein, der entschieden gegen diese Streikbrecherei seiner Landsleute protestiert.

## Letzte Nachrichten.

### Zu den amerikanischen Kalifornien.

Washington, 26. März. (W. T. U.) Präsident Taft hat dem Kongreß eine Vorlage zugehen lassen, in der auf den sofortigen Erlass eines Gesetzes gedrungen wird, um die künftlich entdeckten Kalifornien, wie die in Südkalifornien, vor privater Ausbeutung zu schützen.

### Abbruch der Verhandlungen in England.

London, 26. März. (W. T. U.) Die heutige Konferenz der Grubenbesitzer und Bergarbeiter im Auswärtigen Amt dauerte nur fünf Minuten. Die schottischen Bergarbeiter verlangten 5 Schilling 9 Penns für die Arbeiter und 3 Schilling für die Burchen. Darauf zogen sich die Grubenbesitzer zurück mit der Bemerkung, daß sie genug hätten. Der Führer der schottischen Bergarbeiter erklärte dazu, als er später darüber befragt wurde, die obigen Lohnsätze seien eine schottische Forderung gewesen. Er wies es durchaus von der Hand, daß ihre Erneuerung etwa den Bruch beturft hätte.

### Hafenarbeiterstreik in Belgien.

Brüssel, 26. März. (W. T. U.) Im Hafen von Gent streikten tausend Hafenarbeiter, die Lohnsteigerungen verlangten.

### Tödlicher Fliegerabsturz.

Düsseldorf, 26. März. (W. T. U.) Heute nachmittag stürzte der Flieger Kleine aus Wünnen-Glabdack auf der Goldheimer Heide mit seinem Doppelsender aus etwa 100 Meter Höhe ab als er einen Gleitflug unternehmen wollte. Er geriet unter das Flugzeug, dessen Motor ihm den Schädel zertrümmerte. Er starb auf dem Wege zum Krankenhaus. Bei dem Unfall waren seine Frau und sein Kind zugegen.

### Lebendig begraben.

New York, 26. März. Aus Bluefields in Westvirginia wird gemeldet, daß 85 bis 100 Bergleuten in einem dortigen Bergwerk der Berg zum Förderkorb abgeschmissen sei. Es wird ein schweres Unglück befürchtet.



Reichstag.

55 Sitzung, Dienstag, den 26. März 1912, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratliche: Kuhn, Kraetzle. Dritte Beratung des Protokolls betr.

Fortschreibung der internationalen Zuckerkonvention.

Abg. v. Grabski (Pole) bedauert, daß die Reichsregierung bei den Verhandlungen zu wenig Rücksicht auf die Wünsche der Interessenten genommen hat.

Abg. Dr. Arendt (Sp.) fragt an, was die Regierung zu tun gedenkt, um Umgehungen der Konvention durch Rußland, wie sie vorgekommen seien, zu verhindern.

Reichskanzler Kuhn: Ob England später der Konvention angehören wird oder nicht, wissen wir nicht. Aber England hat erklärt, daß es in jedem Falle seine bisherige Zuckerpolitik nicht ändern wird.

Abg. Bernstein (Soz.):

Es ist eigentlich nicht unsere Aufgabe der Regierung beizutreten in ihrem Kampfe gegen die Rechte. Wir sehen die ganze Konvention nur als kleineres Uebel an, um die Prämiensystem zu beseitigen.

Abg. Graf Kanitz (L.): Herr Bernstein erinnere ich daran, daß gerade meine Freunde vor einigen Jahren eine Herabsetzung der Zuckersteuer beantragt haben.

Abg. Dr. Doormann (Sp.): Wäre Herr Kollege v. Grabski schon Sonnabend hier gewesen und zu Wort gekommen, so wäre uns wahrscheinlich die heutige Diskussion erspart geblieben.

Abg. Kiese (natl.) bedauert gleichfalls die Haltung des Zentrums und beantragt Kommissionsberatung.

Reichskanzler Kuhn legt dar, daß die Kontrolle der Zuckerausfuhr in Rußland sehr wohl durchführbar sei.

Der Antrag auf Kommissionsberatung wird gegen die Stimmen der Konservativen abgelehnt, die Konvention hierauf in der Gesamtabstimmung mit großer Mehrheit angenommen.

Widam werden die Wahlen der Abgeordneten Adler (natl.), Schulenburg (natl.), Dunajski (Pole), Dr. Erdmann

(Soz.) entsprechend dem Antrage der Wahlprüfungskommission beibehalten für gültig erklärt.

Es folgt die Fortsetzung der zweiten Lesung des Postetats

beim Titel Staatssekretär.

Abg. Luffner (Z.): Die Denkschrift über die Entwicklung unseres Postwesens läßt uns auch einen Rückschlag auf die günstige Entwicklung unseres gesamten Wirtschaftslebens ziehen.

Staatssekretär Kraetzle: Eine Verwaltung, die hohe Ueberschüsse ergibt, kann deswegen ihre Beamten nicht besser stellen; die Ueberschüsse sind, wie Sie wissen, abzuliefern.

Abg. Pauli-Hagenow (L.): Die Rede des Herrn Zubeil sollte wieder nur dazu dienen, die Unterbeamten gegen die Postbehörde aufzubringen.

Abg. Pauli-Hagenow (L.): Die Rede des Herrn Zubeil sollte wieder nur dazu dienen, die Unterbeamten gegen die Postbehörde aufzubringen.

in der New-Yorker Metropolitan Opera wirkt und den man im vergangenen Jahre in Paris und auch in Rom hören konnte.

Theater.

Freie Volksschule. Die achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts waren eine Zeit der literarischen Kompagniegeschäfte.

Musik.

Die „Romische Oper“ gab am Montag mit einer neuen Operette „Die Heze“ ihren Leuten die Aufgabe, einige gute Leistungen an eine verlorenen Sache zu wenden.

steuer!) Dann beschließen Sie lieber eine Dividendensteuer, die würde vielleicht noch mehr einbringen.

Abg. Sed-Weidberg (natl.): Der glänzende Aufschwung im Bereiche unserer Postverwaltung und die blühende Entwicklung unseres Wirtschaftslebens ist nicht wegen, sondern trotz der Finanzreform von 1909 eingetreten.

Präsident Kaempf: Ich habe dem Hause eine schmerzliche Mitteilung zu machen. (Die Abgeordneten erheben sich von den Plätzen.)

Abg. Kiese (natl.) tritt für die Beseitigung gewisser Unstimmigkeiten im Weltpostverkehr, vor allem für Vereinfachung des Briefpostens ein.

Staatssekretär Kraetzle: Ich werde diesen Fällen nachgehen; sollten sie sich so ereignen haben, wie vorgetragen, so entspreche es nicht dem, was sein soll.

Richard Jäger, der zugleich Regisseur ist und überdies die Intendanz und Orchesterleitung befürgt, ist insofern am meisten zu bedauern, als ihn mancherlei Entgegenkommen über den Wert seiner Leistung täuschen kann.

Notizen.

Theaterchronik. Im Friedrich-Wilhelmstädtischen Schauspielhaus gelangt am Mittwoch nicht der „Vielgeliebte“ zur Ausführung sondern „Das Leutnantsmündel“.

Zum Kapellmeister des Philharmonischen Orchesters wurde an Stelle Kunewalds Camillo Hildebrand, früher Leiter der Mannheimer Oper und zuletzt Dirigent am Mannheimer Stadttheater auf drei Jahre verpflichtet.

Porträte. In der Vereinigung sozialistischer Bühnenfreunde hält am Donnerstagabend 9 Uhr im Friedrich-Wilhelm-Hof, Friedrich-Wilhelm-Str. 13, Eduard Bernstein einen Vortrag „Zur Geschichte des kommunistischen Manifests“.

Die japanische antarktische Expedition ist nach Wellington zurückgekehrt. Ihr Leiter Shirase teilte einem amerikanischen Pressevertreter mit, daß sie wichtige Entdeckungen gemacht hätten, bemerkt jedoch nähere Angaben.

Die japanische antarktische Expedition ist nach Wellington zurückgekehrt. Ihr Leiter Shirase teilte einem amerikanischen Pressevertreter mit, daß sie wichtige Entdeckungen gemacht hätten, bemerkt jedoch nähere Angaben.

Kleines feuilleton

Der Kirchgang. Die Vergnügungsindustrie hat sich dezentralisiert: Die Fremden werden nach wie vor in der Friedrichstadt geneppt — aber was ein richtiger W-Berliner ist, findet sein Amüsement im Westen.

Natürlich ist es gleichgültig, ob einige Gauner im Grad, Lebensmännere Kommiss, Gewanzimmer und ihre männliche Konkurrenz (die sich hier draußen immer härter bemerkbar macht) an einigen Tagen mit nichtmühtiger Langeweile den geliebten „Betrieb“ vermissen.

Was vorher unbedenklich gebildet wurde, wird nun, auf einen — Zufall hin (um den lieben Gott aus dem Spiel zu lassen) verhindert. Die Trommen sehen auch hier nicht weiter, als die späte Nase reißt: wenn nur Symptome unterdrückt werden!

Ein Dirigentenrekorde. Hans von Bülow definierte einmal den Unterschied zwischen einem guten und einem schlechten Kapellmeister. Ein guter Dirigent hat die Partitur im Kopfe und ein schlechter Dirigent den Kopf in der Partitur.

Ein Dirigentenrekorde. Hans von Bülow definierte einmal den Unterschied zwischen einem guten und einem schlechten Kapellmeister. Ein guter Dirigent hat die Partitur im Kopfe und ein schlechter Dirigent den Kopf in der Partitur.



son. Herr Beck sagte, es seien Beamte verfehlt worden, weil ihre politische Tätigkeit gewissen Kreisen nicht genehm war. Das ist eine schwere Beschuldigung gegen die Postverwaltung, und ich bitte doch, die Fälle näher zu bezeichnen. Der Abg. Beck sprach auch von einem Mißtrauen der Verwaltung gegen die Beamten. Gegen Ausschreitungen von Beamten wird eingeschritten; aber ein allgemeines Mißtrauen gegen die Beamten besteht nicht.

Abg. Dr. Chayowski (Pole) führt Beschwerde über Nichtbestellung von Briefen und Postkarten mit teilsweise polnischer Aufschrift. So ging eine Karte aus Brasilien an die „Gazeta Robotnicza“, Almagne, nach Russisch-Polen, und von da als unbestellbar nach Amerika zurück. Bei deutschen Adressen dagegen ist die Post sehr findig. So wurde eine Karte an den Hund Casar, Wesen, Wilhelmplatz 18 I, richtig bestellt. Die die Post auf den Hund gekommen ist (Große Heisterlei), weiß ich nicht. In rügen ist auch, daß manche Postbeamten sich als Staatsanwälte fühlen. So wurde eine Postkarte mit einer satirischen Bemerkung über den Fürsten Salow dem Aufgeber als „unzulässig“ zurückgegeben. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) — Kontrolliert werden die unteren Beamten in ganz ungeböriger Weise bei den Wählern, sowohl bei den öffentlichen wie auch bei den geheimen. Die Dismarkenzulagen sind ganz unberechtigt; man sagt, sie sind wegen des schwierigen Dienstes in den polnischen Gebieten notwendig. Das ist ganz falsch, denn gerade das polnische Publikum macht den Beamten gar keine Schwierigkeiten. Die Dismarkenzulage hat nur eine politische Tendenz; wir werden deshalb für ihre Streichung stimmen. (Bevoil bei den Polen.)

Abg. Hr. v. Camp (Sp.): Die Beamten haben die Zulage jahrelang bekommen, haben sich darauf eingerichtet und würden beim Fortfall der Zulagen sehr geschädigt werden. Schaden würden davon natürlich auch die betreffenden Gemeinden, auch die polnischen haben. In Preußen mögen zuerst politische Motive für die Gewährung der Dismarkenzulagen vorgelegen haben, aber bei den unüberwindlichen Zulagen im Reich kann davon nicht die Rede sein. Anträge zum Entlass einer Vorbesprechung in der Budgetkommission unterzogen werden; die Geschäftsordnung sollte in dieser Richtung geändert werden. Meine Freunde beantragen, alle gestellten Anträge der Budgetkommission zur Berichterstattung zu überweisen, damit auch ihre Konsequenzen für andere Staatsorgane geprüft werden.

Die Gehaltsfrage sollten wir jetzt nicht wieder aufrollen. Es ist ja dann nicht mit den Postbeamten allein getan, sondern alle Kategorien würden dann kommen, und dazu haben wir jetzt weder Zeit noch Geld.

Staatssekretär Kraetzke: Der Vertreter der polnischen Fraktion sollte doch die Streichung der Dismarkenzulage nicht beantragen; sie werden doch den Unterbeamten, deren Gehalt nicht sehr groß ist, die Zulagen nicht entziehen wollen, die sie seit Jahren beziehen. Das wäre sehr ungerecht. (Ironischer Jutuf bei den Sozialdemokraten: Sehr ungerecht!)

Hierauf verläßt das Haus die Weiterberatung auf Mittwoch 1 Uhr, vorher Schiffsahrts- und Handelsvertrag mit Italien und Staatsnotgesetz.

## Parlamentarisches.

### Aus der Budgetkommission des Reichstages.

Die Kommission beschäftigte sich Dienstag mit dem Staatsnotgesetz. Staatssekretär Kühn erklärte, daß die Befürchtungen, die gegen die Ermächtigung zu Ausgaben auf unbegrenzte Zeitdauer geäußert worden sind, hinsichtlich seien. Die der Regierung durch das Notgesetz gegebene Ermächtigung könnte sich doch schlimmstenfalls nur auf das Jahr 1912 erstrecken und auch dann nur, wenn in diesem Jahre ein Etat nicht zustande kommen würde. Abg. Gothein bekämpfte die im Entwurf vorgeschlagene Fassung, die dem Reichskanzler für immer die Ermächtigung gibt, ohne parlamentarische Zustimmung Ausgaben zu machen. Damit wäre das Budgetrecht des Reichstages beseitigt. Deshalb forderte er, die Zeitdauer der Ermächtigung genau zu begrenzen. Er beantragte, das Notgesetz nur für die Monate April, Mai und Juni zu beschließen. Erzberger stellt sich der jetzigen Stellung des Reichstages entsprechend, auf die Seite der Regierung. Der Antrag Gothein wird gleichwohl mit großer Mehrheit angenommen.

Da im Notgesetz auch die ersten Raten für eine große Anzahl militärischer Bauten gefordert werden, ohne daß eine Prüfung der Kostenschläge sowie der Notwendigkeit der Bauten selbst jetzt bei der gedrängten Zeit möglich ist, entspann sich eine lebhaft Debatten über dieses Verfahren der Regierung, das den Reichstag an diese Bauten bindet, wenn er jetzt die erste Rate per Notgesetz bewilligt. Die fortschrittliche Volkspartei brachte eine Resolution ein des Inhalts, daß der Reichstag sein Bedauern darüber ausspreche, daß das Notgesetz erst am 21. März dem Reichstage zugegangen ist, obwohl die Notwendigkeit zu einem solchen Gesetz schon seit Wochen feststand. Die Kommission erwiderte in diesem Verfahren der Regierung eine Gefährdung des Budgetrechts des Reichstages.

Die Resolution wird von den konservativen Abg. Dietrich und Graf Westarp bekämpft, die dem Reichstag das Recht bekreiten, Mißtrauensvoten gegen die Regierung zu fassen. Dietrich sucht vielmehr dem Reichstage die Schuld aufzuladen, der sich bei den Plenarverhandlungen zu wenig Beschränkungen auferlegt. Von fortschrittlicher Seite wurden die Angriffe der konservativen Partei zurückgewiesen. Wenigstens Sadekum erklärte, daß der Reichstag sehr wohl das Recht habe, Mißtrauensresolutionen zu fassen, falls sich die Notwendigkeit hierzu herausstellt. Die Resolution wird schließlich mit 12 gegen 9 Stimmen abgelehnt. Nur die Sozialdemokraten und Fortschrittler stimmen dafür.

Die Kommission erledigte ferner den Rest des Etats für Togo und den Etat für Neu-Guinea, wobei ein größerer Schatz für jagdbare Tierarten gefordert und die jetzt im Entwurf befindliche gewinnbringende Niederwaldbau bekämpft wurde. Von sozialdemokratischer Seite wurde darauf verwiesen, daß Neu-Guinea uns bereits viele Millionen kostet, der jetzige und spätere Kuben in gar keinem Vergleich zu diesen Aufwendungen stehe. Ebenso wurde die steigende Einfuhr von Spirituosen bekämpft, wogegen der Staatssekretär bemerkte, daß der höhere Konsum durch die Weichen verursacht werde.

### Die Geschäftsordnungscommission des Reichstages

verhandelte am Dienstag über die ihr vom Seniorenkongress überwiesene Frage der Vertretung der Fraktionen in den Kommissionen. Den Anlaß hierzu hat bekanntlich der Wunsch der Reichspartei gegeben, die mit einem Bestand von 12 Mitgliedern durch Zugählung zweier einer Fraktion nicht angehörenden Mitglieder den Anspruch auf Kommissionsberatung erworben zu haben glaubt. Das Ergebnis der Beratungen war, daß die Geschäftsordnungscommission eine Zugählung nicht gelten lassen will, sondern lediglich die Mitgliedschaft zur Fraktion oder ein Hospitantenverhältnis. Die Angelegenheit wurde so dem Seniorenkongress zurückgegeben.

## Aus der Partei.

### Aus den Organisationen.

Der Sozialdemokratische Verein für den Wahlkreis Herford-Halle hielt am Sonntag, den 24. März, seine Generalversammlung in Herford ab. Von 33 Ortsgruppen waren 23 durch 54 Delegierte vertreten; insgesamt waren 64 Personen anwesend. Der Verein vereinnahmte im letzten Halbjahr 4733,14 M. Die Ausgabe betrug 4733,01 M.; darunter sind 2421,84 M. Zuschuß zur Reichstagswahl. Die Ausprägung der Tabakarbeiter hat stark hemmend auf die Einnahme gewirkt. Der Reichstagswahlkampf hat 6607,82 M. gekostet. Die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen stieg von 5758 im Jahre 1907 auf 9918, das ist um 72 Proz. Der Verein zählte am Schlusse des Jahres in 33 Ortsgruppen 1943 Mitglieder und rund 3400 „Vollmacht“.

Abstimmen Waken im Kreise vorhanden. Von den Wählern sind also 19,8 Proz. politisch organisiert und fast 34 Proz. Abonnenten der Parteipresse. Zum Schluß gab der Kandidat, Genosse Hoffmann, einen Rückblick auf die Reichstagswahl und kennzeichnete kurz die politische Lage.

### Ein Bezirksbildungsausschuss für Schlesien.

In einer Konferenz der Bildungsvereine und Parteifunktionäre aus der Provinz Schlesien wurde in Breslau nach einem Vortrag des Reichstagsabgeordneten Genossen Heinrich Schulz über die Ziele und Organisation des Bildungswesens in Schlesien und nach lebhafter Aussprache folgender Beschlüsse gefaßt:

1. Zur planmäßigen Anregung und Förderung des Bildungswesens in Mittel- und Oberschlesien wird ein Bezirksbildungsausschuss mit dem Sitz in Breslau eingesetzt.
2. Der Bezirksbildungsausschuss besteht aus sieben Mitgliedern, von denen drei der Sozialdemokratische Verein, drei das Gewerkschaftsbüro und ein in Breslau wohnt. Das siebente Mitglied ernannt der Bezirksvorstand.
3. Der Bezirksbildungsausschuss hält nach Bedarf, mindestens aber jährlich einmal eine Konferenz mit den Vertretern der Bildungsvereine Mittel- und Oberschlesiens ab.
4. Sämtliche Bildungsveranstaltungen sind organisatorisch und finanziell Sache der einzelnen Orte und Wahlkreise. Der Bezirksbildungsausschuss ist verpflichtet, den Orts- und Wahlkreisbildungsausschüssen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen.

### Neue Fortschritte des Sozialismus in Amerika.

Der Bericht der Parteikasse weist für Februar eine Einnahme von 6180,30 Dollar auf. Das entspricht einer Mitgliederzahl von 123.084. Nachdem nun auch für den Staat Nord-Carolina eine „Charte“ erteilt, d. h. eine anerkannte Organisation gebildet worden ist, bezieht sich jetzt in 48 von 48 Staaten Landesorganisationen der Partei. Nur Delaware und Süd-Carolina fehlen noch. — Vom Parteivorstand aus sind im Februar rund 1.200.000 Flugblätter verteilt worden. Der katholische Bischof Mah von Denver hat den Eifer der Sozialisten seinen Gläubigen als Muster hingestellt und erklärt, daß die Sozialisten, die bei der letzten Kongresswahl weniger als 700.000 Stimmen aufgebracht haben, mehr Literatur verbreiten als die 14 Millionen Katholiken.

Zur Partei übergetreten ist der Senator des Staates Washington Peter Jensen. In einem Briefe an den Sekretär der Partei, in dem er diesen Entschluß mitteilt, schreibt er u. a.: „Ich habe gesehen, wie man eine Panik nach der anderen auf den Arbeiter losgelassen hat. Ich habe bitterste Not und Elend, arbeitslose Menschen und leere Töpfe fort und fort an mir vorbeimarschieren sehen. Ich mußte mitansehen, wie ein Heim nach dem anderen von Hypothekengläubigern oder dem Steuerexekutor fortgenommen wurde. Und doch habe ich mich immer damit zufriedengegeben und hungrigen Männern und Frauen denselben blauen Dunst vorgegeben, daß eine Veränderung unseres Sozialsystems „gute Zeiten“ bringen, daß die Güte und Gnade unserer Finanziers nach den Bahnen alles zum besten wenden werde. Ich bin zu intelligent und zu ehrlich, um diesen Blödsinn weiter zu glauben und zu verbreiten. Weiß ich doch, daß der Lohn des Arbeiters durch das „eherne Gesetz“ niedrig gehalten wird, daß es unter dem heutigen System keine Hoffnung für die Arbeiterklasse gibt. Darum bin ich von heute an Sozialist und bitte um nichts Weiteres, als in Reich und Glied mit „meinen eigenen Leuten“ zusammenarbeiten zu dürfen. Ich komme nicht allein. Tausende flardenkender Männer beginnen einzusehen, daß nur im Sozialismus das Heilmittel einer ordentlichen Reorganisation unseres gegenwärtigen chaotischen Systems liegt.“

In der großen Industriestadt Seattle im äußersten Nordwesten (Washington) stieg die sozialistische Stimmenzahl bei den Gemeindevahlen von 4090 im vorigen Jahre auf 16.882 bis 24.341. Größere Zahl ist als die Parteistimmzahl anzusehen. Bürgermeister wurde ein Sozialist. Der frühere Mayor, der dem neuen Gesetze gemäß von den Wählern abberufen worden war, erhielt nur eine geringe Stimmenzahl. Die Entwicklung in Seattle ist durch die Kämpfe der Organisationen um das Versammlungs- und Streikrecht stark gefördert worden.

### Der Sozialismus in der englischen Kriegsmarine.

Der „Labour Leader“ druckt einen sehr bemerkenswerten Brief eines Seemanns ab, der sich als begeisterten Leser des sozialistischen Blattes bekennt und dessen weite Verbreitung unter der Mannschaft rühmt. Er weist darauf hin, daß man sich im Lande und in der Arbeiterbewegung noch zu wenig um die Lebensbedingungen der Leute kümmere, die um einen elenden Lohn von höchstens 1,70 M. den Tag im Dienste des Landes auf Heimat und Gehorgen verzichten. Auf dem modernen „Dreadnought“, auf dem er diene, seien die Lebensbedingungen der Mannschaft standalös. „Wir sind, etwa 600 Mann, in etwa einem Drittel des Raumes zusammengepfercht, ohne alle gesundheitlichen Einrichtungen und fast ohne Ventilation. Wir haben keine genügenden Schlafvorkehrungen und leben überhaupt unter den denkbar elendesten Bedingungen. Die anderen zwei Drittel des Raumes sind für die kleinen Götter, genannt Offiziere, vorbehalten, die zum Kommandieren geboren sind, wie wir zum Gehorchen.“ Der Briefschreiber, der frommer Christ und demgemäß auch Gegner alles Menschenmordes ist, berichtet, daß die Friedensgedanken unter den Seeleuten festen Boden gefaßt haben. „Wir stehen im Dienste, weil wir durch Vertrag gebunden sind, aber wir verabscheuen von Herzen den Gedanken, unsere Mitmenschen zu töten.“ Er betont, daß die Mannschaft kein Verdienst habe. Jede Versammlung der „Skaven der Krone“ zur Besprechung ihrer Lage werde als Meuterei bestraft. „Aber eines ist deutlich zu erkennen: Die Unzufriedenheit ist im Dienste sehr verbreitet. Binnen kurzem wird die Admiralität sich damit zu befassen haben. . . . Unsere Dienstverhältnisse auf den Dreadnoughts, für die das Volk je 40 Millionen Mark bezahlt, sind eine Schande für das Land. Alles mögliche ist getan für die Dequemlichkeit der Offiziere, und wir, die in Kriegszeiten für das Land zu sechten haben, sind zusammengepfercht wie Vieh.“ — Sollte das nur für die englische Marine gelten?

### Vom Aufschwung der Parteipresse.

Gleich einer Reihe anderer Parteipresse hat auch die „Altenburger Volkszeitung“ im vergangenen Geschäftsjahr eine Vermehrung ihrer Abonnentenzahl zu verzeichnen. Die Zahl der Abonnenten stieg von 7345 auf 9100. Bei der letzten Wahl wurden im Wahlkreis Altenburg 22.237 sozialdemokratische Stimmen abgegeben.

Bebel's Buch „Die Frau und der Sozialismus“ ist jetzt auch ins Hebräische übersetzt. Die Uebersetzung erschien in New York, wo das aus England und Polen eingewanderte jüdische Proletariat sehr stark vertreten ist. Genosse Bebel gab die Erlaubnis zur Uebersetzung in folgendem Briefe: „Werter Genosse Feigenbaum. Ich habe gegen die Uebersetzung meines Buches „Die Frau und der Sozialismus“ ins Hebräische nichts einzuwenden und wünsche Ihrem Unternehmen den besten Erfolg. Mit Parteigrüß Ihr A. Bebel.“

### Pözellisches, Gerichtliches usw.

#### Ein Zeugnis-Verfahren?

Dem verantwortlichen Redakteur der Breslauer „Volksmacht“, Genossen Olszki, ist vom dortigen Kriegsgericht ein Zeugnis-Verfahren angedroht worden. Es handelt sich um die Veröffentlichung folgenden Rundschreibens:

Bezirkskommando I. Persönlich. Breslau, den 12. Februar 1912. Ew. Hochwohlgeboren haben hierunter bis zum 19. d. M. zu melden, warum Sie nicht an der Kaisergerichtsstandsfeier des Offizierkorps des Landwehrbezirks I. Breslau am 27. Januar d. J. im Konzerthause teilgenommen haben, hierbei ist die Behörde, Korporation, an dessen Festessen Sie sich beteiligt haben, anzugeben. B. Zeiken.

Daß die militärische Bevormundung der Arbeiterklasse an das Tageslicht kam, ist den Herrschaften natürlich sehr unangenehm und deshalb bemühen sie sich nach Kräften, wenigstens denjenigen zu ermitteln, der das Dokument der „Volksmacht“ übermittelt hat. Viel Glück wird das Kriegsgericht damit aber nicht haben.

## Aus Industrie und Handel.

### Hamburg-Amerika-Linie.

Das abgelaufene Jahr 1911 hat den Schiffsahrtsgesellschaften bedeutende Erträge gebracht, trotzdem der Passagierverkehr zurückgegangen ist. Der Frachtwertverkehr hat sich dagegen äußerst günstig entwickelt und der Aufschwung des letzten Jahres hält in diesem Jahre weiter an. Um diese Situation, die auch für außerdeutsche Linien zutrifft, voll auszunutzen, hat der Generaldirektor der Hamburg-Amerika-Linie Vullin seine schon früher ausgesprochenen Pläne aufgenommen und auf ihrer Grundlage ein Abkommen mit den großen englischen Gesellschaften Cunard Line und White Star Line getroffen. Die Konkurrenz der Schiffsahrtsgesellschaften untereinander zwang diese, sehr bald ihre Schiffe infolge größerer Anforderungen an Größe, Schnelligkeit, Luxus auszumergen, trotzdem die Schiffe noch leistungsfähig waren. Das Uebereinkommen soll daher das Tempo und die Größenverhältnisse der Neubauten festlegen. Klüften Schiffe wirklich ausgedient werden, so wurden sie bisher an kleinere Gesellschaften verkauft, wodurch die Großen sich selbst Konkurrenzunternehmungen kaufen. Auch dieser „Mißstand“ soll beseitigt werden. Ob man so weit gehen wird, noch gebrauchsfähige Schiffe ganz zu vernichten und die betroffenen Gesellschaften aus einem zu diesem Zweck geschaffenen Fonds zu entschädigen, ist noch nicht bekannt.

Auf der gestrigen Generalversammlung der Nordamerika-Linie wurde der Antrag auf eine Dividendenzahlung von 9 Prozent (8 und 6 Prozent in den Jahren 1910 und 1909) angenommen. Der Reingewinn der Gesellschaft beträgt 11,49 Millionen (10,18 und 7,8 in den Vorjahren). Der Betriebsüberschuss ist von 85,7 Millionen im Jahre 1909 auf 42,7 Millionen im Jahre 1910 auf 47,8 Millionen Mark gestiegen. In Abschreibungen und Rücklagen wurden insgesamt 27,8 Millionen verbandt. Die Anschaffung der neuerworbenen und im Bau begriffenen Schiffe konnte aus den laufenden Einnahmen bestritten werden. Der Schiffspark wurde im Jahre 1911 durch 18 neue Dampfer erweitert; 8 Schiffe schieden dagegen aus. Mit der Eröffnung dreier neuer Riesendampfer wurde die Erhöhung des Aktienkapitals um 25 Millionen Mark auf 150 Millionen Mark begründet.

### „Selbstkostenpreis + 10 Proz. Umsatzgebühr!“

Vor einigen Jahren kamen ein paar schlaue Geschäftsleute auf den Gedanken, ihr Unternehmen durch einen neuen Reklametrichter „populär“ zu machen. Sie gründeten eine „Zentrale für Weinvertrieb“ und veränderten aller Welt, daß diese Zentrale ihre Weine abgab, „zum Selbstkostenpreis + 10 Proz. Umsatzgebühr“. Die Reklame hat gezogen. Man merkt es an der wachsenden Ausdehnung des Geschäfts und seiner Propaganda. Der Erfolg hat die Gesellschaft sogar veranlaßt, ein Tochterunternehmen zu gründen, das nur Zigarren vertriebe — „zum Selbstkostenpreis + 10 Proz. Umsatzgebühr“. Man hatte vergessen, sich den Preis zu patentieren zu lassen. Schon sind auch andere gekommen und haben ihn sich angeeignet.

Es soll hier nicht erörtert werden, ob die neue Preisberechnung wirklich einen Fortschritt bedeutet; ob der Käufer bei ihr tatsächlich besser fährt, als wenn er die Berechnung des Preises nicht so ausdrücklich unter die Nase gerieben bekommt.

Doch auch davon abgesehen, kann man das neue System in jedem Falle begrüßen: Weil es zum Nachdenken anregt und dieses Nachdenken gute Früchte tragen kann. Man hat durch die Reklame veranlaßt werden, sich zu fragen: 10 Prozent „Umsatzgebühr“, angepriesen als ein besonderer Vorzug? Also weniger als sonst üblich? Was mag denn sonst die „Umsatzgebühr“ betragen? Dieser Entgelt nur für die Vermittlung der Ware, die mit ihrer Bestellung gar nichts, aber auch gar nichts mehr zu tun hat! 10 Prozent und noch mehr — ja, ist das nicht ein ganz unerhörter Bruchteil des von mir gezahlten Preises, der den eigentlichen Produzenten der Ware vorenthalten wird?

Bei näherem Zusehen aber wirst Du finden, daß diese 10 Proz. noch das allergeringste von dem sind, was von dem Preise der Ware tatsächlich alles denen entzogen wird, die bei der Herstellung mitarbeiteten. Nicht nur der letzte Händler beansprucht seinen Anteil — ihrer sind viele, die eine besondere „Gebühr“ fordern oder verlangen, nicht weil sie etwas getan zur Schöpfung der Ware, sondern nur, weil sie ihr Kapital in den Dienst der Produktion stellten: ihr Kapital an Geld, Maschinen oder was immer es sein mag.

Wenden wir einmal bei der Flasche Wein. Sehen wir ab von der letzten, offen angelegten „Umsatzgebühr“. Da kommt aber schon der Besitzer des Weinberges und verlangt seine Rente für die Pflanzung des Bodens; da kommt der Pächter des Landes und fordert eine Vergütung für das „Risiko“ seiner Unternehmung. Da kommen die Lieferanten der Pressen und Häßer und Flaschen — die Zwischenhändler und Jobbanten — die Erbauer der Kellerräume, der Wagen zum Transport, der Lokomotiven und Bahndämme, kommen zehn, zwanzig andere, die nicht mitarbeiteten an der Schöpfung des Weines, seiner Abfüllung, Verladung usw. — die nur die Mittel dazu zur Verfügung stellten, die „Produktionsmittel“, das „Kapital“. Und sie verlangen dafür einen Preis, einen Zins, — ein erhebliches Stück von dem Geld, das Du für Deine Flasche Wein bezahlst.

Genießt einen Teil von dem, was sie erhalten, zahlen sie wieder weiter an die „Arbeit“, — an jene, die gegen Lohn in ihren Diensten die Maschinen zusammenfügten, das Glas bliesen, die Häuser bauten, die Pläne erfanden und entwarfen; einen zweiten mußten sie weiter geben an die, welche ihnen das Material lieferten und den Transport besorgten; einen dritten Teil aber behielten sie wieder ganz für sich — als Profit, als Entgelt dafür, daß sie ihr Kapital in den Dienst der Produktion stellten, — um zu den alten Schöpfen neue zu werden, ihre Betriebe auszubehalten, immer neue Arbeitskräfte sich dienstbar machen und einen Teil des Ertrages dieser Arbeit für sich verwerten zu können.

Auch jene wieder, die ihnen Material und Werkzeuge lieferten, nehmen mit dem, was sie dafür erhielten, die Dreiteilung vor: Nur einen Teil der Arbeit, einen zweiten als Zins und Preis an andere, einen dritten als eigener Profit.

Und immer weiter, immer weiter zieht sich die Kette, die sich abteilen läßt aus dem zweiten Teil; die ganze Volkswirtschaft durchzieht sie, immer noch und immer noch wieder „Umsatzgebühren“, Profite pendend. Und zu ihnen allen muß die Summe beisteuern, die Du für Deine Flasche Wein bezahlst; für den einen ist es ein erheblicher, deutlich erkennbarer Teil des endgültigen Preises, und es 10 Proz. und mehr, für den anderen ist es ein geringerer, für den noch entfernteren Unterproduzenten ein ganz, ganz kleiner, kaum noch berechenbarer Anteil — aber da ist er und drückt sich aus im Preise der Flasche.

Nicht das alles ab, was da in größeren und kleineren Entellen dem kleinen Kapital als Profit gezahlt wird, — was kann dann noch übrig bleiben, als Anteil der Arbeit, die doch allein — im Vereine mit den Gaben der Natur — das saft, was wir als Wein genießen! Welch ungeheurer Aufwand an Arbeit ist nötig,

\*) Die Berliner Handelskammer hat die Ankündigung: „Selbstkosten + 10 Proz.“ gütlich als unlauteren Wettbewerb bezeichnet, da der Glaube erweckt werde, Selbstkosten seien nur der reine Einkaufspreis. Tatsächlich werden von den Firmen natürlich alle Unkosten (auch Löhne, Gehälter, Miete usw. einschließlich der oft recht hohen Befehle für Geschäftsführer) als Selbstkosten berechnet. Das Berliner Landgericht I hat nun gegen das Gutachten kirchlich dahin entschieden, daß ohne weiteres unter Selbstkosten der Einkaufspreis plus Verkaufskosten zu verstehen und daher der Reklametrichter nicht als unlauterer Wettbewerb zu betrachten ist.



um das aufzubringen, was das Kapital, der Kapitalismus beschlingt!

Die „10 Proz. Umsatzgebühr“ sind nur das erste Glied in der Kette der Profitverteilung. Aber es ist schon etwas wert, wenn trübe Augen dort, wo sie vorher nichts erblickten, jetzt wenigstens das eine Glied erschauen. Um so leichter ist es jetzt, von diesem ersten Glied aus die Kette weiter zu verfolgen.

Und wer sie sieht, dem muß sich mit furchtbarem Ernste die Frage aufdrängen: Ist sie eine Notwendigkeit und Unabänderlichkeit? Läßt sich das Gold, das ihre Glieder bildet, nicht denen zuführen, die wirklich mitarbeiten an der Schaffung der Werte, damit sie es für sich in fruchtbarer Nahrung und Kulturgütern ummünzen?

Es muß gehen! Und es geht: Wenn an die Stelle der kapitalistischen die sozialistische Produktion tritt, die die Produktionsmittel zum Gemeingut aller macht und sie damit der Macht und Möglichkeit entleert, die Arbeit auszubenten.

## Aus der Frauenbewegung.

### Das kommunale Wahlrecht für Frauen in Italien.

Die Kommission, der der Gesetzentwurf über das kommunale Frauenstimmrecht vorliegt, hat sich zugunsten eines sehr beschränkten und verknüpferten Frauenstimmrechts ausgesprochen. Während heute alle Männer, die die vier Elementarqualifikationen absolviert und das 21. Lebensjahr erreicht haben, das Wahlrecht genießen, sollen die Frauen 25 Jahre alt sein und außerdem noch einer der folgenden Bedingungen genügen: sechs Elementarqualifikation oder zwei Mittelqualifikationen absolviert haben, sich durch Veröffentlichungen über den Besitz höherer Bildung ausweisen, über 100 Lire direkte Steuern jährlich bezahlen oder schließlich in der Staats- oder Kommunalverwaltung angestellt sein. Das so beschränkte Wahlrecht schließt auch die Wahlbarkeit ein. Es ist aber merkwürdig, daß man wieder den Frauen ein ausschließliches Bourgeoisie zu gute kommendes Wahlrecht gerade in demselben Jahre schaffen will, in dem man das Wahlrecht der Männer auf die Analphabeten ausdehnt.

### Das Frauenwahlrecht in den Vereinigten Staaten von Nordamerika

bertraten jüngst die Vertreterinnen von zahlreichen Frauenvereinigungen vor dem Kongreß in Washington. Dem Kongreß liegen verschiedene Anträge vor, die die politische Gleichberechtigung der Frauen fordern. In erster Linie trat der sozialistische Abgeordnete von Milwaukee, Viktor Berger, damit hervor, Komitees des Repräsentantenhauses wie des Senats laden nun die Vertreterinnen vieler Frauenverbände ein, ihre Ansichten über die politische Gleichberechtigung vorzutragen. Diese Gelegenheit nahmen die Frauen wahr, um einen „großen Tag“ in Washington zugunsten ihrer Bewegung zu veranstalten und die allgemeine Aufmerksamkeit auf ihre Sache zu lenken. Mehr als 400 Frauen erschienen vor dem Komitee und eine Reihe kurzer, aber eindringlicher und scharf pointierter Reden wurden gehalten. Eine Million Frauen besitzen schon das volle Wahlrecht in den Vereinigten Staaten, so führte die erste Rednerin aus, „und sie werden sich im nächsten Herbst an den Präsidentenwahlen beteiligen. Außerdem stimmen über 500 000 Frauen in Gemeindevahlen mit. Warum wird das Wahlrecht den übrigen Frauen vorenthalten?“ — Eine Rednerin erklärte, daß acht Millionen Frauen in den Vereinigten Staaten gewerblich tätig seien und politische Macht zur Wahrnehmung ihrer Interessen unbedingt brauchen. — Andere wiesen darauf hin, wie die Sorge um das Wohl der Kinder, um Haus und Familie immer mehr zur öffentlichen Angelegenheit wird, daß trotzdem die Frauen aber kein maßgebendes Wort dazu zu sagen hätten. — Wieder andere hoben die reiche Arbeit der Frauen am ganzen Leben der Nation hervor und verlangten das Mitbestimmungsrecht in allen Angelegenheiten der Nation. — Eine unmittelbare Wirkung auf die Gesetzgebung darf man sich natürlich von dieser Vernehmung der Frauen vor dem Kongresskomitee nicht versprechen, aber sicherlich eine Förderung der Sache der Gleichberechtigung, denn die gesamte Presse nahm ausführlich Notiz von diesem Vorgang in Washington und trug ihren Lesern die Gründe der Frauen vor. Vorläufig müssen die Frauen noch in den einzelnen Staaten, von denen sie erst sechs erobert haben, noch viel Plonierarbeit verrichten, ehe sie hoffen können, daß die Bundesgesetzgebung zu ihren Gunsten umgestaltet wird.

## Die Gemeindevahlbewegung.

Groß-Lichterfelde. Heute nachmittag soll die Entscheidung fallen, ob unser Kandidat Genosse C. Wenzel oder sein bürgerlicher Gegenkandidat gewählt wird.

Die Gegner machen die größten Anstrengungen, um uns das Mandat streitig zu machen. Jeder einzelne Genosse muß daher nach besten Kräften seine Pflicht erfüllen. Desgleichen wird die Arbeiterschaft Groß-Berlins ersucht, daß sie Groß-Lichterfelder Arbeiter auf ihre Wahlpflicht aufmerksam macht.

Wenn jeder auf dem Posten ist, dann ist die Wahl gesichert. Wahllokal: Hertel, Zehlendorfer Str. 6. Wahlzeit: nachmittags 3—8 Uhr. Genossen, welche an der Wahlarbeit teilnehmen, treffen sich um 1/3 Uhr bei Bahrendorf, Völkstr. 7.

Hohennowendorf (Nordbahn). Heute, Mittwoch, nachmittags von 4—8 Uhr, findet für die dritte Wählerliste die Stichwahl zur Gemeindevahl zwischen unserem Genossen Hoffmann und dem bürgerlichen Kandidaten Rostock statt. Da bei der Hauptwahl die Beteiligung eine sehr schwache war, muß das Versäumnis heute nachgeholt werden. Wir ersuchen daher alle Parteigenossen, die mit Hohennowendorfer Wählern zusammenarbeiten, dieselben an ihre Wahlpflicht zu erinnern.

Bruchmühle. Durch das geistverdringende Verhalten des Gemeindevorstehers konnten bekanntlich die Vertreterwahlen nicht stattfinden. Die Wähler hatten dadurch unnötigerweise einen halben Tag verstreuen müssen. Wer nun glaubte, der Herr Gemeindevorsteher würde die durch sein Verhalten nochmals erforderlichen Neuwahlen an einem Sonntag stattfinden lassen oder die Wahlzeit wenigstens in die Abendstunden verlegen, hatte sich gründlich getäuscht. Die Neuwahlen finden am Freitag, den 29. März, nachmittags 3 Uhr, im Schulgebäude statt. Alle Wähler werden ersucht, pünktlich zur Stelle zu sein. Die in Berlin arbeitenden Wähler müssen den Zug 1 Uhr 30 Min. vom Schlesischen Bahnhof benutzen. Wenn jeder seine Pflicht erfüllt, ist der Sieg unser.

### Wahlergebnisse.

Marzahnpiestsche. Einen glänzenden Sieg errangen unsere Genossen bei der am Sonntag stattgefundenen Gemeindevahl. In der dritten Abteilung wurden unsere Kandidaten Gustav Grassie und Richard Pötel, in der zweiten Abteilung die Genossen Wilhelm Niemei und Otto Schröder und in der ersten Abteilung Genosse Max Krüger gewählt. Mit letzterem ist nunmehr der zweite sozialdemokratische Vertreter in die erste Klasse eingetragungen. Von der aus 20 Personen bestehenden Gemeindevertretung (einschließlich Gemeindevorsteher) gehören allein 12 der Sozialdemokratie an.

Rauen. Bei der am Sonntag stattgefundenen Wahl übten von 905 Gemeindevählern 70 ihr Wahlrecht aus. Gewählt wurde in der dritten Abteilung der Genosse Hermann Witt mit 45 Stimmen. Gegner waren nicht aufgestellt. In der zweiten Abteilung wurde Genosse Ferdinand Pohle mit 18 Stimmen gewählt. Der bisherige Vertreter Maurer Fritz Feige erhielt 10 Stimmen. In der

ersten Abteilung wurden die Landwirte Adolf Gröble und Reinhold Klauke mit je acht Stimmen gewählt. Von 15 Sigen der Gemeindevertretung haben unsere Genossen jetzt 11 an der Hand.

Rosoweh. Bei der am Dienstag stattgefundenen Gemeindevertretung wurden für den sozialdemokratischen Kandidaten Genossen Ebel 871, für den bürgerlichen Kandidaten 12 Stimmen abgegeben. Die Sozialdemokratie erhielt an den beiden Wahltagen zusammen bisher 784 Stimmen, während es die Bürgerlichen auf nur ganze 24 Stimmen brachten.

Heute Mittwoch, den 27. März, findet die Wahl für die Wähler statt, deren Namen mit den Buchstaben R bis Z beginnen.

## Soziales.

### Landarbeiter als weiße Sklaven.

Unser Bruderorgan die „Mecklenburgische Volkszeitung“ veröffentlicht folgendes Schriftstück, das an die Landwirte in Mecklenburg gerichtet wird:

„Zum 16. März 1912 war eine Versammlung über anliegende Bedingungen betreffend Arbeiterfragen nach Rostock eingeladen.“

Nach eingehender Beratung und Besprechung haben von circa 260 anwesenden Herren 215 Herren sich durch Namensunterschrift verpflichtet, den anliegenden Bedingungen beizutreten.

„Euer Hochwohlgeboren werden höflich ersucht, da Sie nicht persönlich in Rostock anwesend waren, nachträglich Ihr Einverständnis zur Durchführung der beiden Beschlüsse auf unten stehendem Formular durch Namensunterschrift zu erklären, außerdem die beiden Beschlüsse zu behalten und die unterschriebene Erklärung an Herrn Dekonomierat Döbhoff, Röstherbed bei Rostock zu senden. — Sollten Sie wider Erwarten mit den Beschlüssen nicht einverstanden sein, so werden Sie gebeten, nicht nur das beiliegende Formular, sondern alle hierauf bezüglichen Schriftstücke so bald wie möglich zurückzusenden.“

Im Auftrage der Versammlung  
Döbhoff, Röstherbed bei Rostock i. M.  
Hier abtrennen und mit Namensunterschrift zurücksenden an ...

Herrn Dekonomierat Döbhoff, Röstherbed b. R. i. M.

Ich verpflichte mich, die Beschlüsse  
a) über eigene Arbeiter  
b) über fremde Arbeiter

inne zu halten.  
(Ort und Datum.) (Unterschrift.)

In der am Sonnabend, den 16. März 1912, in Rostock abgehaltenen Versammlung, in welcher eine Besprechung über Arbeiterfragen stattfand, wurden folgende Beschlüsse gefaßt, welche innewahalten sich die Unterzeichneten verpflichten.

I. Für eigene Arbeiter, Tagelöhner und Deputatisten.

Es bleibt jedem Arbeitgeber überlassen, ob er Tagelöhner oder Deputatisten wegen ihrer Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie oder zu einem von dieser ins Leben gerufenen Konsumverein oder wegen sozialdemokratischer Umtriebe entlassen will. Sind jedoch auf irgend einem Gute Arbeiter aus obigen Gründen gekündigt worden, so erscheint es im Interesse jedes einzelnen Arbeitgebers dringend nötig, daß solche Leute, die den Reim der Unzufriedenheit und die Verheerung in den neuen Betrieb zweifellos hineintragen würden, nicht anderswo aufgenommen werden. Die unterzeichneten Herren sind sich dieser Gefahr bezw. der Notwendigkeit ihrer Abwehr voll bewusst, daß muß unbedingt einheitlich vorgegangen werden, damit auch die Herren aus anderen Gegenden sich veranlassen lassen, der Beobachtung beizutreten. Die unterzeichneten Herren verpflichten sich aus obigen Gründen, gekündigte Arbeiter nicht bei sich einzustellen. Es wird hinzugefügt, daß Arbeiter, die den Nachweis führen, daß sie ihre Verbindung zur Sozialdemokratie gelöst haben, wieder aufgenommen werden dürfen.

II. Für fremde Arbeiter.

Spätestens nach dem 1. April 1913 dürfen sogenannte fremde Arbeiter, die einem von der Sozialdemokratie ins Leben gerufenen Konsumverein oder sonstigen sozialdemokratischen Verein angehören, nicht beschäftigt werden. Den fremden Arbeitern ist dieser Beschluß bekannt zu geben.

Die Unterzeichneten verpflichten sich, hiernach zu handeln.  
Diese Vereinbarung läuft vom 1. April 1912 bis 30. Juni 1914.  
(Unterschriften.)

Diese Schriftstücke dokumentieren aufs neue den agrarischen Terrorismus und den Kampf der Großgrundbesitzer gegen Arbeitswillige, die ihr Menschenrecht verteidigen. Selbstverständlich sind die „Verpflichtungen“ nichtig, weil sie gegen die guten Sitten verstößen. Außerdem sind die Herren Agrarier, die diese schwarzen Listen in Szene setzen, solidarisch für allen etwa einem Landarbeiter aus der freien Vogeltiereung folgenden Schaden voll verantwortlich. Die Landarbeiter mögen aus dem Zusammenschluß der Großgrundbesitzer aufs neue entnehmen, wie notwendig es ist, daß sie sich mit ihren Arbeitskollegen organisieren. Der organisierten Arbeiterklasse gegenüber sind auch die agrarischen Heber machtlos.

### Einengung des Begriffs des Hausbesitzers im Sinne der Gemeindeordnungen.

Im Wahlbezirk Schwarzwalde der Stadt Weuthen war in der dritten Abteilung bei den Stadtverordnetenwahlen als Hausbesitzer — es war ein Hausbesitzer zu wählen — Herr Fischer gewählt worden. Er war ins Grundbuch als Eigentümer eines Hauses eingetragen. Der Bezirksauswahlschuss erklärte seine Wahl aber für ungültig, nachdem er folgendes festgestellt hatte: Das Grundstück gehörte der kommunalpolitisch stark interessierten „Ober-schlesischen Eisenbahnbedarfs-Aktiengesellschaft“. Sie hatte es dem Fischer grundbuchlich zu Eigentum aufgelassen. Die ganze Verwaltung des Hauses war aber in den Händen der Aktiengesellschaft verblieben. Fischer durfte auch die Mieten nicht für sich vereinnahmen, sondern die Mieten gehörten der Gesellschaft. Auf der anderen Seite hatte allerdings die Gesellschaft Herrn Fischer beauftragt, daß er das Haus jederzeit verkaufen könne. — Der Bezirksauswahlschuss ging nun bei seinem Urteil davon aus, daß Fischer unter den obwaltenden Umständen nicht als Hausbesitzer im Sinne der Stadtordnung gelten könne. Als tatsächliche Eigentümerin sei die Aktiengesellschaft anzusehen. Es käme nicht auf das formale Eigentum an, sondern auf den materiellen Inhalt des Eigentums.

Das Oberverwaltungsgericht bestätigte am Freitag dieses Urteils. Es führte aus: Der Grundbesitz, der der Entscheidung zugrunde liegt, bezieht sich sowohl auf den Begriff des Hausbesitzers im Sinne der Stadtordnungen, welche das Hausbesitzerprivileg kennen, als auch auf den Begriff des „Angesehenern“ im Sinne der verschiedenen Landgemeindevordnungen. Der Senat gehe davon aus, daß der Begriff Hausbesitzer und Angesehener im Sinne dieser Ordnung sich nicht ohne weiteres deckt mit dem nach dem privatrechtlichen Verhältnis, das sich in der grundbuchlichen Eintragung dokumentiert. Bei der Beurteilung dürfe das öffentlich-rechtliche Moment nicht ausgeschlossen werden. Wo den Hausbesitzern bzw. „Angesehenern“ ein Privileg geschaffen sei, da sei man davon ausgegangen, daß sie ein besonderes festes, inneres Band mit den Interessen der Gemeinde verknüpfte. Dem entspreche aber nicht ein Kaufvertrag, wo die Beziehung zwischen Person und Gemeinde sich lediglich auf das grundbuchlich formale Eigentum beschränke, während jedes Interesse am Gegenstand des Eigentums und damit der vorausgesetzte besondere innere Zusammenhang zur Gemeinde fehle. So sei es aber hier. Fischer sei lediglich ins Grundbuch eingetragen, gab aber nicht die Steuern für das Grundstück, ziele nicht die Mieten daraus, habe nicht die Verwaltung und wohne nicht im Hause. Alles sei der Aktiengesellschaft verblieben und bezüglich seiner komme nur das nach dem privatrechtlichen Verhältnis der grundbuchlichen Eintragung als

Eigentümer in Betracht, ohne daß er irgendein Interesse am Hause habe. Er sei nicht Hausbesitzer im Sinne der Stadtordnung.

Wollen die Entscheidungsgremien lediglich besagen, daß ein Eigenheimbesitzer vorliege und deshalb die Eintragung unerheblich sei, so entspräche diese Auffassung der ständigen Rechtsauffassung und Rechtsprechung. War aber das Eigentumsrecht ernstlich übertragen und hat das Oberverwaltungsgericht nur angenommen, daß Eigentum sei kein im Sinne der Gemeindeordnungen, weil der Eingetragene einen Vertrag über die Einnahmen und Ausgaben des Hauses zugunsten des Dritten abschloß, so wäre das eine neue, durch nichts gestützte Einengung des Hausbesitzerbegriffs. Unzulässig werden von Eigentümern zugunsten Dritter — in der Regel um einer Zwangsverwaltung des Grundstücks zu entgehen — ähnliche Verträge geschlossen, ohne daß irgendein Bericht je angenommen hätte, der eingetragene Eigentümer sei nicht Eigentümer.

### Milchwucher.

Mit der stetigen Zunahme der Erwerbsarbeit verheirateter Frauen und Mütter, was eine Behinderung der natürlichen Ernährung der Säuglinge im Gefolge hat, gewinnt die Tiermilch als Ersatz eine immer größere Bedeutung. Die Abwendung vom Fäulnisgemäß steigert ebenfalls die Nachfrage nach Milch. Deren Konsum ist denn auch in den letzten Jahren nicht unbedeutlich gewachsen. Gleichzeitig wurde ihr Preis in die Höhe geschraubt. Im rheinisch-westfälischen Industriegebiet kostete der Liter Milch vor nicht so langer Zeit noch 18 Pf. ins Haus gebracht. Jetzt werden durchgängig 24 Pf. verlangt. Von wem volksfreundlichen, dem Allgemeinwohl dienenden Absichten die Agrarier beseelt sind, kam in der letzten Generalversammlung des „Vereins der Milchverwertungsbund“ recht drastisch zum Ausdruck. Der Vorsitzende warnte vor einer — „Milchschwemme“! Um solche zu verhindern, solle man die Milch zurückstellen. Eine Verminderung des Milchviehes sei schon in Erwägung gezogen. Unter allen Umständen müsse der hinaufgeschraubte Preis gehalten werden. Sind das nicht edle Ansichten? Lieber die Milch den Säuglingen geben, als sie den armen Stadtkindern 1 Pf. billiger zu überlassen. Solches Gebahren ist nicht allein kraß egoistisch, es ist direkt ein Verbrechen am Volkswohl. So machen es die Agrarier, deren Rot von christlichen Gewerkschaftsführern in aufdringlicher Weise geschildert wurde, um Proteste der katholischen Arbeiter gegen die Zoll- und Steuerpolitik des Zentrums zu verhindern.

## Gerichts-Zeitung.

### Der Streikposten als Verkehrsbehinderung.

Wieder einmal muß das „Verkehrsbehinderung“ herhalten, Arbeitern die Ausübung ihres Koalitionsrechtes zu verunmöglichen. Es hatte sich gestern vor der 143. Abteilung des Amtsgerichts Berlin-Mitte der Maschinenmeister Otto Anors unter der furchtbaren Anklage zu verantworten, am 26. Januar d. J. auf dem Bürgersteig in der Marienstrasse gestanden und dadurch ein „Verkehrsbehinderung“ gebildet zu haben! Schier unglaublich erschien es allen Zuhörern, daß ein solcher Mensch noch nicht einmal vorbestraft war. An jenem Tage aber ereilte ihn die strafende Nemesis in der stark in die Breite gezogenen Person eines Schuhmanns Kraft, der den Angeklagten ob der oben genannten Tat festnahm. Der Angeklagte gab an, er habe mit einem alten Bekannten auf der Straße gestanden; er stand auf dem Fahrdamm, der andere auf der Bordsteinschwelle. Als sie sich verabschiedet hatten, sei er, der Angeklagte, quer über den Bürgersteig gegangen und da sei der Schuhmann auf ihn zugetreten und habe im Untersoffizierston zu ihm gesagt: „Sie hindern hier den Verkehr! Jetzt verschwinden Sie mal gleich aus der Marienstrasse!“ Der Angeklagte vertrat sich den Ton, worauf der Schuhmann ihn aufforderte, sofort die Marienstrasse zu verlassen. Als er nicht sofort ging, habe ihn der Schuhmann in den Rücken gefaßt und ihn mit zur Wache genommen. Auf Befragen durch den Vorsitzenden gab der Angeklagte noch an, es sei damals in der Hagelbergischen Papierfabrik in der Marienstrasse gerade Streik gewesen; er habe auch Streikposten gestanden, aber an jenem Tage nicht.

Interessant war nun die Vernehmung des Jungen Schuhmanns Kraft. Er hat eine sehr kräftige Stimme. Er erklärte: „Ich war damals in der Marienstrasse stationiert, weil bei der Firma Hagelberg gestreikt wurde.“ Der Angeklagte war ihm bekannt; er hatte ihn schon an mehreren Tagen Streikposten stehen sehen. Diese Tatsache genüge dem Hüter von Ordnung und Sicherheit, dem Angeklagten das Verweilen auf der Straße zu verbieten. Der Angeklagte hätte laut ständliert, so daß ein Auslauf entstanden wäre. — Ein anderer Junge, der Hofreiter Kasper, bekundete, es seien höchstens drei bis vier Leute stehen geblieben.

Der Anwaltschaft hielt den Angeklagten für überführt, drei verschiedene Verletzungen begangen zu haben. Erstens war er ein Verkehrsbehinderung (kostet 10 M.), zweitens hat er der Aufforderung, fortzugehen, nicht Folge geleistet (kostet wieder 10 M.) und drittens hat er groben Unfug verübt, indem er ständlierte, so daß die Leute stehen blieben (kostet nochmals 10 M.). Also verdiene der Sänder eine Geldstrafe von 30 M. eventuell sechs Tage Haft.

Der Verteidiger des Angeklagten, Rechtsanwalt Dr. Frey, hob in seinem Plaidoyer hervor, daß das Trottoir in der Marienstrasse drei Meter breit sei; ein Mensch könne also auf einer so breiten Straße kein Verkehrsbehinderung bilden. Andererseits aber bestünde sich in derselben Straße eine Pferdehandlung und täglich und stündlich werden von diesem Geschäft auf der Straße junge feurige Pferde eingefahren — das bildet aber nach Ansicht der Polizei kein Verkehrsbehinderung! Der Schuhmann Kraft gehöre jener Polizeiwache in der Albrechtstrasse an, wo nach einem Bericht im „Vorwärts“ die ärgsten Ausschreitungen vorgekommen wären, die von demselben Gericht festgesetzt sind. Das Gericht habe sich auch selbst von der, gelinde gesagt, kräftigen Stimme des Herrn Kraft überzeugen können, so daß der Angeklagte durchaus berechtigt war, sich einen solchen Ton gegen ihn zu verbiten. Er beantragte deshalb die Freisprechung.

Das Gericht verurteilte den Angeklagten wegen der „Behinderung des Verkehrs“ und wegen des Widerstandes zu je 5 M., insgesamt also 10 M. Geldstrafe. Von der Anklage des groben Unfugs wurde der Angeklagte freigesprochen, da auch das Gericht für erforderlich erachtete, daß der Schuhmann in höflicherem Tone mit dem Angeklagten reden müsse. Von einem Auslauf könne keine Rede sein; einige Leute bleiben aus Neugierde immer stehen, wenn ein Mann festgenommen werde.

„Die Straße dient lediglich dem Verkehr“, meinte mal Herr v. Jagow: Welche Verkehrtheit dann, den den Verkehr Ausübenden von der Straße zu weisen. Aber das „Verkehrsbehinderung“ war ein Streikposten. Ach so — ja dann dient die Straße dem Unternehmertum.

### Die Wahl zwischen Zivilversorgungsheim und Anfallpension.

In einem Rechtsstreit gegen den Reichsstaats machte der Kläger, der Feuerwehrobermaat bei der Kaiserlichen Marine war, Ansprüche auf Zahlung ihm zustehender Gelder aus dem Unfallfürsorgegesetz vom Jahre 1889 geltend. Kläger hatte im Jahre 1889 im Dienste einen Unfall erlitten und war mit dem Zivilversorgungsheim und einer Pension von 18 M. monatlich entlassen worden. Er stand nur ein Jahr auf Grund des Zivilversorgungsheimes in Dienst. Neuerdings verlangte er Rückzahlung einer monatlichen Rente in Höhe von 50 M. von 1890 an — für die vorhergehenden Jahre ist Verzinsung eingetretener —



da er gesetzlich den für ihn günstigsten Satz zu beanspruchen habe. Nach dem Unfallfürsorgegesetz könne er aber 60% Proz. seines Dienstverdienstes verlangen. Der Reichsstiskus verweigerte die Zahlung. Er führte aus, daß er es dem Kläger feinerzeit beim Ausschreiben freigestellt habe, zwischen der gesetzlichen Pension von 18 W. und dem Zivildienstverdienst über der Pensionierung nach dem Unfallfürsorgegesetz zu wählen. Der Kläger habe sich damals endgültig für den Zivildienstverdienst entschieden und könne nun nach der anderen Richtung keine Ansprüche geltend machen. — Das Kammergericht zu Berlin, das die Ansprüche des Klägers als rechtsungültig erklärte, führte aus, es könne darüber dem Beamten kein Wahlrecht aufgelegt werden, vielmehr müßten an die gesetzlichen Vorschriften Platz greifen. — Der Reichsstiskus hatte Revision beim Reichsgericht eingelegt und unrichtige Anwendung der Gesetze gerügt. Das Reichsgericht hat die Revision zurückgewiesen und das Urteil des Kammergerichts damit bestätigt. (III. 306/11 Urteil vom 20. März 1912.)

### Zu Unrecht verbotenes Gewerkschaftsfest.

Genosse Bode zu Hörden bei Reetz hatte als Beauftragter der Gewerkschaftskommission zu Reetz beim Landrat zu Enke für den 21. August 1910 die Genehmigung zu einem öffentlichen Auszug und zu einer öffentlichen Versammlung unter freiem Himmel, die bei Gelegenheit des alljährlichen Gewerkschaftsfestes geplant waren, nachgesucht. Obwohl nun das Oberverwaltungsgericht durch Urteil vom 17. Juni 1910 das Verbot des in gleicher Weise für das Jahr 1909 geplanten Gewerkschaftsfestes aufgehoben hatte, weil abolut kein Grund gegeben gewesen sei, eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit anzunehmen, verbot der Landrat doch wieder das Fest, soweit es in einem öffentlichen Auszuge und in einer öffentlichen Versammlung unter freiem Himmel bestehen sollte. Er griff auf alle Reibereien und Nachhaken, die in der Gegend innerhalb verschiedener Jahre vorgekommen sein sollten, zurück und schickte sie als Vorkommnisse, bei denen der angelegliche Gegensatz zwischen sozialdemokratischen und anderen Bevölkerungsschichten zutage getreten sein sollte.

Der Regierungspräsident und der Oberpräsident zu Hannover vertraten die Befehlsbefugnisse, worauf dieser beim Oberverwaltungsgericht klagte.

Das Oberverwaltungsgericht erhob noch Beweis. Die Sache wurde zu diesem Zwecke zweimal vertagt. Das Ergebnis der Beweisnehmung war erstens, daß die meisten Zeugen überhaupt nichts genaues mehr wußten, und daß, soweit noch etwas bekundet werden konnte, sich über die Art der Entstehung einiger Reibereien sich nichts feststellen ließ. So konnte in der letzten Sitzung des ersten Senats des Oberverwaltungsgerichts, in der die Angelegenheit erledigt wurde, Rechtsanwalt Dr. Behrens als Vertreter des Klägers Bode feststellen, daß von den „Gründen“ des Landrats nichts übrig geblieben sei, als eine ganz allgemeine Befürchtung, es könnte zu Reibereien kommen. Eine solche allgemeine, nicht durch Tatsachen gestützte „Befürchtung“ reiche aber nicht aus zu dem Verbot.

Das Oberverwaltungsgericht hob denn auch am 9. März die Befehlsbefugnisse auf und setzte die Verbotsvorschrift des Landrats außer Kraft. Das Oberverwaltungsgericht sieht auf dem Standpunkt, daß der ganz allgemeine politische Gegensatz zwischen verschiedenen Schichten der Bevölkerung nicht ausreicht, eine Befürchtung der Gefährdung der öffentlichen Sicherheit im Sinne des Vereinsgesetzes zu begründen. Die Behauptung der Gefahr müsse vielmehr durch Tatsachen belegt sein, aus denen sich nach demünftigen Ermessen eine nahe Möglichkeit der Verwirklichung der Gefahr ergebe. In der Beziehung habe aber hier die Beweisnehmung im wesentlichen ein negatives Ergebnis gehabt. Das Verbot sei unbegründet.

Das Ergebnis und die Möglichkeit des zweiten unberechtigten Verbots zeigt, wie notwendig eine zivilrechtliche und strafrechtliche Gastbarkeit der Beamten ist, die das Verbot erließen oder billigten. Die bürgerlichen Parteien lehnten leider die Beratung des Vereinsgesetzes einen dahin gerichteten Antrag der sozialdemokratischen Fraktion ab.

## Aus aller Welt.

### Die Pariser Autoapachen.

Die gestern von uns gemeldeten Gewalttaten der Räuberbande, die mit Hilfe eines geraubten Automobils den Ueberfall auf die Bankfiliale in Chantilly unternahm, hat in der Pariser Bevölkerung um so größere Erregung hervorgerufen, als alle Bemühungen der Polizei, der Verbrecher habhaft zu werden, sich seit vier Monaten als vergeblich erwiesen haben. Die Banken, die schon anlässlich der Ueberfälle auf mehrere Kassendoten Vorsichtsmaßnahmen angeordnet haben, beschließen besondere Sicherheitsvorkehrungen zum Schutze ihrer Zweiganstalten zu treffen. Auch die Juweliere, die durch die mit unerhörter Verwegenheit verübten Anschläge der Automobilbanditen lebhaft beunruhigt sind, beschäftigen sich mit dem Plan, besondere Schutzmaßnahmen zu treffen. Die Sicherheitsbehörden haben die Ueberwachung sämtlicher Pariser Bahnhöfe durch Munizipalgarabiten angeordnet. Ebenso werden sämtliche Pariser Tore von der Polizei streng überwacht.

Inzwischen hat ein neues Verbrechen im Automobil die Erregung der Pariser noch gesteigert. Am Montagabend gegen acht Uhr fuhr ein Automobil über die Puteaubrücke. In dem Wagen saßen drei Personen, von denen eine um Hilfe rief. Auch eine mit Chloroform durchtränkte Maske wurde aus dem Wagen hinausgeworfen. Polizeibeamte zu Rad nahmen die Verfolgung des Automobils auf, konnten es aber nicht einholen.

Alle Bemühungen der Sicherheitsorgane, die Verbrecher zu fangen, sind bisher erfolglos geblieben. Die Société Générale, deren Kassendote Gaby geraubt wurde, und ihre Zweiganstalt in Chantilly, dem Schauplatz der Bluttat der Automobilbanditen, haben eine Belohnung von 100 000 Franc demjenigen zugesichert, der durch seine Angaben die Verhaftung der Verbrecher ermöglicht.

Die zu einer öffentlichen Kalamität gewordenen Sicherheitszustände in und um Paris wurden am Schlusse der Montagtagung der französischen Kammer von dem radikalen Abgeordneten Franklin-Douillon geäußert. Der Redner kritisierte scharf die Zustände auf der Polizeipräferenz, die er als anarchisch bezeichnete. Der Minister des Innern Steeg nahm die Polizei in Schutz, gab jedoch zu, daß eine größere Uebereinstimmung in der Tätigkeit der verschiedenen Abteilungen wünschenswert sei, und erklärte, daß die Regierung ungesäumt alle notwendigen Maßnahmen treffen würde, um die Wiederholung so schauerlicher Verbrechen zu verhindern. In Verfolg dieses Versprechens hat der am Dienstag tagende Ministerrat beschlossen, bei der Kammer einen Kredit von ungefähr einer Million Franc nachzusuchen zur Vermehrung der Gendarmerie sowie zum Ankauf von Automobilen.

### Das Lawinenglück am Hochschneeberg.

Wie bereits gestern gemeldet, ist eine aus 11 Personen bestehende Gesellschaft, die unter Leitung des Wiener Bezirksrichters Gader eine Skitour auf dem Hochschneeberg bei Wien unternahm, von einer Lawine erschlagen worden. Nur eine

Teilnehmerin an der Tour konnte sich retten, die übrigen Verschlüttet wurden als Leichen geborgen.

Nach der Unglücksfälle am Serpentinweg zwischen Kaiserstein und Klostermappen sind im Laufe der Nacht und Dienstag früh aus Wien und Wiener-Neustadt zahlreiche Rettungsexpeditionen abgegangen. Umfangreich sind auch die von militärischer Seite getroffenen Maßnahmen. Die Mannschaften sind sämtlich Skifahrer. Das Rettungswerk vom Hotel Hochschneeberg aus, zu dem auch Hunde mitgenommen wurden, gestaltete sich wegen des dichten Nebels, des scharfen Nordwestwindes und Schneetreibens sehr schwierig und gefährlich. Aus den Erzählungen des Fräulein Tagleicht und anderer Augenzeugen geht hervor, daß sich die Katastrophe während der Abfahrt über den steilen Schneebach vom Hochschneeberg zum Chsenboden nächst der Fischerhütte ereignete, und daß die auf dem Schneebach befindlichen Personen von den in Bewegung geratenen Schneemassen in die Tiefe gerissen und hier unter mächtigen Schneemassen begraben wurden. Man vermutet, daß die zuerst die Fischerhütte verlassenden Dr. Gader und Fräulein Tagleicht die Lawine losstraten, welche nun auf die übrigen in einer Linie hintereinander absteigenden Personen rasch anwachsend herunterstürzte.

Ein anderes Lawinenglück hat sich am Sonntag in den Salzburger Alpen zugetragen. Drei Salzburger Touristen sind auf einem Ausflug im Steinernen Meer von einer Schneelawine überrascht und erschlagen worden. Zwei von ihnen fanden den Tod, einer rettete sich.

### Konserverativer Familienfuss.

In der „Potsdamer Tageszeitung“ finden wir folgendes Kaufgebot:

Für eine mir sehr bekannte schwer reiche junge Dame suche ich einen aktiven Offizier, gleich welcher Gattung zwecks Heirat, nicht allzuweit verheiratet.

Große Warmblütigkeit ist bei Hochzeit, später mehr. Da sage noch jemand, daß alldes deutsche Wiederheit und liebevoller Familienfuss nicht hervorhebende Merkmale unserer Patrioten sind.

### Kleine Notizen.

Vom Eisenbahnzug getötet. Auf der Strecke Stolp-Wätow ereignete sich zwischen den Stationen Vorortchen und Damerlow ein tödlicher Eisenbahnunfall. Der Schneidermeister Janz aus Damerlow, der taubstum ist, wählte zum Heimweg die Bahnstrecke. Er hörte nicht das Herannahen eines Eisenbahnzuges und wurde von ihm zermalmt.

Folgen schwerer Erdbeben. Beim Kanalbau auf dem Hungarioring in Budapest stürzten infolge mangelhafter Steigung etwa 50 Kubikmeter Erde auf zehn Arbeiter. Sieben Arbeiter wurden getötet, drei konnten nur als Leichen geborgen werden. Der Polier wurde verhaftet. Gegen den Unternehmer ist ein Verfahren eingeleitet worden.

Schiffszusammenstoß. Die aus Vlissingen gemeldet wird, stieß der Schlepper „John Bull“ in der vergangenen Nacht bei Leedragge mit einem auf der Fahrt nach Dieppe befindlichen Dampfer zusammen. Dieser sank; seine Besatzung wurde in Vlissingen an Land gesetzt. Ein Mann ertrank.

Marktbericht von Berlin am 25. März 1912, nach Ermittlung des Königl. Volkspredikants. Raritätenpreise. (Kleinfandel) 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 34,00—36,00. Speisebohnen, weiße, 35,00—36,00. Linen 40,00—50,00. Kartoffeln (Kleinfandel) 8,00—13,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,90—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,90—1,80. Schweinefleisch 1,90—1,80. Kalbfleisch 1,40—2,00. Hammelfleisch 1,30—2,20. Butter 2,60—3,20. 60 Stück Eier 3,60—4,00. 1 Kilogramm Karren 1,20—2,40. Halm 1,80—3,20. Zander 1,60—3,60. Hechte 1,40—2,60. Barsche 1,00—2,00. Schleie 1,60—3,20. Biele 0,80—1,40. 60 Stück Krebse 4,00—30,00.

## Todes-Anzeigen

### Sozialdemokratischer Wahlverein Neukölln.

Den Parteigenossen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Steinbruder

### Wilhelm Lange

Wahlhomer Straße 7/8 (22. Bezirk) verstorben ist.

### Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 28. März, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Neuköllner Gemeinde-Friedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt. 236/20

Um rege Beteiligung ersucht Der Vorstand.

### Verband der Lithographen, Steindrucker u. verw. Berufe. (Deutscher Senefelder-Bund.)

Am 24. März verstarb unser Kollege und langjähriges Mitglied, der Steindrucker

### Wilhelm Lange

im Alter von 53 Jahren am Gehirnschlag. 109/8

### Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 28. März, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Neuköllner Gemeindefriedhofes, Mariendorfer Weg aus statt. Die Verwaltung der Filiale 1.

### Männer-Gesangverein „Senefelder“.

Am 24. März verstarb unser langjähriges Mitglied, der Steinbruder

### Wilhelm Lange

im Alter von 53 Jahren. 60/9

### Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 28. März, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Neuköllner Gemeindefriedhofes, Mariendorfer Weg aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht Der Vorstand.

### Dr. Latte

Hugenarzt, 8415, Rothauer Baum 13.

Am Dienstag früh erkrankte nach langem, schwerem Leiden unser inniggeliebter, unermüdetlicher Sohn und Bruder, der Möbelzeichner

### Otto Scharnberg

im Alter von 23 Jahren.

Dies zeigt tiefbetrubt an im Namen der Hinterbliebenen

### Gustav Scharnberg

Charlottenburg, Sehmeyerstraße 1.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 29. März, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Doroteenstädtischen Kirchhofes, Reinholdenstraße, Scharnweberstraße 1/2, aus statt.

Am Montag, den 25. März 1912, morgens 9 Uhr, erkrankte sanft nach langem, schwerem Leiden mein lieber, guter Mann, unser treusorgender Vater, Bruder, Schwiegerohn, Schwager und Enkel, der Destillateur

### Karl Zimmermann

im 48. Lebensjahre.

Dies zeigt, um Hilfe Teilnahme bittend, im Namen der Hinterbliebenen an 51/20

### Frida Zimmermann

geb. Kesz, nebst Kindern, Berlin NO. 18, Strausberger Straße 12.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 28. März, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des St. Georgen-Kirchhofes, Landsberger Allee, aus statt.

### Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands. Zahlstelle Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege

### Wilhelm Stagen

Laußner Str. 43, Bezirk 4, verstorben ist.

### Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute, Mittwoch, nachmittags 3 Uhr, von dem Urban-Krankenhaus aus auf dem Emmaus-Kirchhofe, Reinholden, statt. Um rege Beteiligung ersucht Die Ortsverwaltung 72/15

### Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands. Zahlstelle Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege

### August Irmer

im 65. Lebensjahre verstorben ist. Ehre seinem Andenken!

Im Namen der Hinterbliebenen Eduard und Otto Irmer.

Die Beerdigung findet am 29. März, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des St. Marius-Kirchhofes in Wilhelmshagen aus statt.

### Ludwig Girtzig

im 69. Lebensjahre. Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet am Donnerstagsnachmittag 4 Uhr von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes, Herrmannstraße, Reinholden, statt.

### Verband der Schneider und Wäscharbeiter Deutschlands. Filiale Berlin III.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied, die Plätterin

### Frau Berta Sieckert

geb. Polte

im 86. Lebensjahre verstorben ist. Ehre ihrem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 27. März, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichshagen aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht Die Ortsverwaltung.

### Dankfagung.

Für die rege Beteiligung an der Beerdigung meines lieben Sohnes, unseres guten Bruders, Schwagers und Bräutigams

### Max Kirsch

lagen wir allen, insbesondere den Kollegen der Firma Mengers u. Söhne unseren herzlichsten Dank. 28562

Witwe Bull.

### Anna Böhme

geb. Rosnowsky.

Dies zeigt tiefbetrubt an

Karl Böhme

und Tochter.

8568

Die Beerdigung findet Donnerstag, den 28. März, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Heilig-Kreuz-Kirchhofes, Mariendorfer, Ehenacher Straße, aus statt.

### Dankfagung.

Bei dem so frühen Hinscheiden unserer inniggeliebten Tochter Helene Boczek sind uns von allen Seiten viele Beweise herzlichster Teilnahme, sowie herrliche Kranzspenden zuteil geworden; wir sagen hiermit unseren innigsten Dank.

Die tiefbetruhten Eltern

Ferdinand Boczek und Frau.

Hiermit sagen wir allen Freunden und Bekannten, insbesondere den Kollegen der Firma Gebr. Jenzl und dem Verband der Deutschen Metallarbeiter für die herrliche Teilnahme bei der Beerdigung des Gärtners

### Richard Schönwälder

unseren besten Dank.

Maria Weiß.

Geschw. Schönwälder.

### Westmanns Trauermagazin

Extra-Abteilung

I. Gesch.: Berlin W., Mohrenstraße 37a (2. Haus von der Jerusalemstraße).

II. Gesch.: Berlin NO., Große Frankfurter Str. 115 (2. Haus von der Andreasstraße).

Sehr gr. Ausw. fert. Kleider, Hüte, Handschuhe, Schleier etc. v. einfachsten bis zum hochelegant. Genre. Ansehnst. niedrigen Preisen.

Sonder-Abteilung: Haabfortigung in 10 bis 12 Stunden.

Wir gehen zu Westmann Mohrenstr. 37 Gr. Frankfurterstr. 115.

Invertierte Artikel stehen in meinen Schaufenstern!

Kostüme	blau Kammergarn	16 1/2	20.-	25.-	32.-	36.-	50.-	bis 150.-
Seldnmütel	englischen Charakters	13 1/2	16 1/2	19.-	23.-	28.-	35.-	bis 98.-
	Tafelkurs und lang	15.-	18.-	23.-	28.-	33.-	50.-	bis 150.-

Ein grosser Posten

Uebergangsmäntel mit farbigen Kragen zum Teil bis 50 Prozent ermässigt!

Röcke, Kleider, Blusen spottbillig! Mehrere Sänder

zurückgesetzte Konfektion! Blaue Kostüme von 16 1/2 bis 98.-

Neueste Ulster früher 15.- bis 65.- jetzt 10.- bis 40.-

Nur neueste Fassons, Stoffe und -edelle!

Neueste Ulster

Röcke, Kleider, Blusen spottbillig! Mehrere Sänder

zurückgesetzte Konfektion! Blaue Kostüme von 16 1/2 bis 98.-



Abgeordnetenhaus.

45. Sitzung, Dienstag, den 26. März, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: v. Troitz zu Solz.

Die Vorlage über die Eingemeindung von Hagen-Rummelsburg nach Lichtenberg wird in 2. und 3. Lesung angenommen.

Die Beratung des Kultusetats wird fortgesetzt.

Die Jugendpflege.

Es liegen vor Anträge der Sozialdemokraten und Fortschrittler auf staatliche Unterstützung des systematischen Kinder- und Jugendwesens, ein Antrag der Sozialdemokraten auf Neuregelung des Jugendpflegefonds und auf gleichmäßige Verwendung für alle Jugendpflegebestrebungen...

Abg. v. Hasenberg (natl.) wünscht, daß die Lehrer und andern Träger der Jugendpflege nicht durch bürokratische Aufgaben gehindert werden. Das religiöse Element wünsche er nicht zurückgedrängt zu sehen. Dem Lehrer Peters-Kiel geschehe durch die Angriffe wegen seiner „Entgleisung“ auf dem Lehrtage in Hannover Unrecht. Es soll mehr Augenmerk der körperlichen Ausbildung zugewendet werden. Den Gott müsse jeder in sich tragen und sich bei allem von den sittlichen Geboten leiten lassen. Den Anträgen betreffend den Kinderzuschuß stimmen wir zu, aber weit schwieriger als die Geldbeschaffung ist die geeigneter Personen. Den Kampf gegen die sozialdemokratische Jugendbewegung werden wir nicht durch Polemik und Verfolgung führen, sondern durch aufbauende Arbeit in unseren Vereinen...

Abg. v. Hasenberg (natl.) wünscht, daß die Lehrer und andern Träger der Jugendpflege nicht durch bürokratische Aufgaben gehindert werden. Das religiöse Element wünsche er nicht zurückgedrängt zu sehen. Dem Lehrer Peters-Kiel geschehe durch die Angriffe wegen seiner „Entgleisung“ auf dem Lehrtage in Hannover Unrecht. Es soll mehr Augenmerk der körperlichen Ausbildung zugewendet werden. Den Gott müsse jeder in sich tragen und sich bei allem von den sittlichen Geboten leiten lassen. Den Anträgen betreffend den Kinderzuschuß stimmen wir zu, aber weit schwieriger als die Geldbeschaffung ist die geeigneter Personen. Den Kampf gegen die sozialdemokratische Jugendbewegung werden wir nicht durch Polemik und Verfolgung führen, sondern durch aufbauende Arbeit in unseren Vereinen...

Bedrohlichen Umfang

angenommen. Sie hängt zusammen mit der antimilitarischen Propaganda, von der die Parteileitung zuerst nichts wissen wollte, weil ihr das Eisen zu heiß war und man von der jungen Garde eine Zuchtrute für die eigene Partei fürchtete. Die Gerichte stellten außer Zweifel, daß es sich bei den von den radikalen Sozialdemokraten mit Feuerzettel gegründeten Jugendorganisationen um politische Handlanger. Die Polizei hat nur dem Gesetz zum Durchbruch verholfen. Wenn Sie (zu den Soz.) sich nur mit Jugendpflege befassen hätten, hätte die Polizei keine Handhabe gewonnen. Jugendpflege hat das Bürgertum längst vor Ihnen getrieben, aber Sie wollten sich durch die Jugendpflege die Rekruten schaffen. Gerade die radikalsten Sozialdemokraten betätigten sich hierbei. Ausgerechnet Frau Rosa Luxemburg (Heiterkeit) hat lebhafte erklärt, daß sich die Jugend mit Freude dazu dränge. Nur mit Schmerz im Herzen kann man daran denken, was da in die Köpfe der Jugend gepflanzt wird. Ihre belohnenderen Führer, manche Eltern in Arbeiterkreisen mögen mit Grauen an die Folgen dieser Politisierung denken. (Sehr wahr! bei der Mehrheit.) Das wird ein Kampf um Schule und Jugend werden, viel schwerer und wichtiger als ein anderer. (Sehr wahr!) Diesen Kampf dürfen nur die Erwachsenen führen, die Jugend soll ihm fernbleiben. Der vom Abg. Dr. Frank lebhafte ausgesprochene Gedanke, daß für die weibliche Jugend nichts gefahre, weil sie keine Soldaten stelle, ist (lächelnd) zu naiv. (Sehr gut! bei der Mehrheit.) Nein, wir wollen erst den einen Teil erledigen. Für die weibliche Jugend haben wir auch schon manches getan. Politik muß ausgeschlossen bleiben, von der Sozialdemokratie soll nicht gesprochen werden. Je weniger von ihr gesprochen wird, desto besser. (Heiterkeit v. d. Soz.) Wir wollen an die Jugend unsere iontischen Ideale herabbringen, die Freude am Schönen und Guten, Gottesfurcht, Vaterlandsliebe, Heimatsliebe, Tapferkeit, Ehrlichkeit, Entschlossenheit, Reinheit und Zuverlässigkeit. (Lebhafte Beifall bei der Mehrheit.) Den uralten Organisationen angehängten Vereinen wird demnächst allgemeine Fahrpreisermäßigung auf den Eisenbahnen gewährt werden. (Beifall.)

Durch die Fortbildungsschulen wollen wir nicht nur die berufliche Geschicklichkeit der jungen Leute pflegen, sondern vor allem auch bereichernd und sittlich religiös einwirken. Wir wenden uns mit allen Mitteln an die guten und nicht an die bösen Instinkte der Jugend. Die Jugend will nicht hoffen, will lieben, will bewundern, will sich begeistern. (Lebh. Beifall. Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Da müssen wir einleiten, da sind wir den anderen über. (Lebhafte Zustimmung. Abg. Dr. Liebkecht: Sie haben eine Ahnung!) Wir können unserer Jugend erzählen von unseren Helden und unseren Königen, von Männern die für den Glauben in den Tod gegangen sind, die Gut und Blut für's Vaterland gelassen und von Männern und Frauen, die ihr Leben im Dienste der Armen und Kranken verzehrt haben. (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit. Zurufe der Sozialdemokraten, die durch lärmende Rufe: Ruhe, Ruhe! überhört werden.) Die Freude an allem der Jugend vergällen, ist nicht im Sinne der Jugend. Deswegen gehört heute noch die bei weitem größte Zahl zu unseren Vereinen. Das wird auch weiter so bleiben, wenn wir nicht die Hände in den Schoß legen und dafür sorgen, daß das kein Strohhalm bleibt, sondern ein brennendes und wärmendes Feuer sei. Die Staatsregierung, die auf Ihre Mitwirkung rechnet, hat mit vollem Bewußtsein der hohen Bedeutung dieser Aufgabe sie angenommen und wird und kann sie nicht aus der Hand legen. (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit.)

Abg. Dr. Schupp (Sp.) wendet sich gegen den Abg. Hasenberg, der mit Unrecht in die Leitungs des Lehrtages zu Hannover eine Hinneigung zur Sozialdemokratie hineingelegt habe. Die Jugendpflege wurde notwendig durch die Veränderung der sozialen Verhältnisse. Da die sozialdemokratischen Jugendvereine nichts weiter sind als

Rekrutenschulen für die sozialdemokratische Partei,

die Behandlung ungeeigneter Stoffe, Schmäuhungen der Lehrerschaft und Herabwürdigung der Schule dort nicht selten sind, können wir sie nicht als zur Jugendpflege geeignet ansehen und lehnen den sozialdemokratischen Antrag ab. Der Sozialdemokrat Schulz schrieb: „Die

meisten Lehrer betreiben ihren Beruf wie ein Handwerk, von dem sie möglichst wenig belästigt sein wollen. Man hat daher keinen Grund, ihrer freundlich zu gedenken.“ Ein Pastor in Berlin hat zwar auch den Konfirmanden gesagt: „Ihr werdet doch nicht in die Jugendvereine zu den Leuten gehen, die Euch acht Jahre verprügelt haben.“ (Hört! hört!) Aber bei den Sozialdemokraten ist dieser Gedankengang allgemein. Der Redner wendet sich dann auch gegen die konfessionellen Jugendvereinigungen und beschränkt die Ausdehnung der Jugendpflege auf die weibliche Jugend. (Beifall bei der Volkspartei.)

Abg. Dr. Liebkecht (Soz.):

Ihre Jugendpflege setzt sich eine Aufgabe, die nicht weniger schwierig ist als die Quadratur des Kreises; mit der in der Denkschrift berichteten so raschen Heranbildung der Lehrer zu Jugendpflegern werden Sie diese Aufgabe nicht lösen. Es ist von sachkundiger Seite gesagt worden, daß die große Mitgliederzahl der angeschlossenen Organisationen dadurch zustande kommt, daß manche große Mitgliedschaften doppelt gezählt sind. Sie sind ja jetzt so stolz auf die staatlichen Jugendausgänge, daß Sie beinahe plagen vor Selbstgefühl. Aber noch auf der Konferenz der Zentralstelle für Volkswohlfahrt zu Elberfeld im Juni 1911 hat ein Schuldirektor aus Schleswig erklärt, er habe einfach ein paar Magistratssekretäre zusammengetrommelt und ein paar Lehrer und fertig war der Jugendausgang! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Nach diesem Rezept ist sicherlich vielfach gearbeitet worden.

Auf dem Diskussionsabend über die Jugendpflege, der am Sonntag im Herrenhause stattfand, hat eine Ihrer Autoritäten erklärt, ein recht großer Teil der Jugendpfleger schiele nur nach oben! Ob Sie mit solchem Material viel erreichen werden, ist mir auch fraglich. Wie ist denn nun das vom Staat gegebene Geld verwendet worden? Der Zentrumsgesandte Kesternich hat uns einen Fall mitgeteilt, wo das ganze Geld zur Finanzierung eines großen Kreisturn- und Spielfestes verwendet wurde. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Im Herrenhause wurde berichtet, daß sich ein Jugendausgang nur gebildet habe, um Geld zu bekommen und nachdem er es ausgegeben hatte, löste er sich schleunigst auf. (Heiterkeit.) Die offizielle Jugendpflege treibt so manche Seitenbahn auf! — Bezeichnend für ihren Geist ist es, daß, als die Stadt Charlottenburg die Jugendpflege organisieren wollte, der Regierungspräsident darauf beharrte, daß der Jugendpfleger von ihm ernannt werde, als sein Beauftragter anzusehen sei, daß die Aufsicht gemeinsam von der Kommune und dem Regierungspräsidenten zu führen sei, daß aber die Entscheidung bei Meinungsverschiedenheiten nur dem Regierungspräsidenten vorbehalten bleiben solle. (Hört! hört! links.) Ich bin fest überzeugt, daß dieser bürokratische Japsf lange nicht der einzige auf dem Gebiete der Jugendpflege sein wird. Die Uneinigkeit Ihrer Jugendorganisationen ist nicht allzu gering. Während die Zentrumsorganisationen und überhaupt die konfessionellen mit allem Nachdruck die Vorherrschaft der Kirche fordern, tritt der sehr einflußreiche Abg. v. Kardorff für das gegenteilige Prinzip auf, weil bei der weitgehenden Ablehnung der Volksmassen von der Kirche diese Massen von konfessionellen Organisationen nicht erfasst werden könnten. Im Herrenhause hat Oberbürgermeister Cuno Hagen auf das lebhafteste bedauert, daß die verschiedensten Organisationen sich so um den

besten Platz an der Futterkrippe

zanken usw. Dadurch aber tritt das ganze Treibhausartige der Jugendpflege hervor und kennzeichnet sich als eine moralisch sehr minderwertige Erscheinung. (Sehr wahr! bei den Soz.) Ganz eigentümlich ist es, wenn nach der „Deutschen Tageszeitung“ in der ländlichen Jugendpflege so viel von dem Segen der Heimatrolle und dem Fluch der Heimatlosigkeit gesprochen wird — vor Kindern, die gar keine Heimatrolle besitzen und durch unsere Wirtschaftsordnung in Heimatlosigkeit hinausgetrieben werden. (Widerspruch rechts.) Noch heute finden wir fast überall in den preussischen Landarbeiterverträgen, daß, sofern sie Kinder von über 14 Jahren haben, die nicht auf dem Gutshof arbeiten, die Eltern verpflichtet werden, diese Kinder hinauszujagen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Unter dem

Goldregen von oben

haben sich Geistliche, Lehrer und alle möglichen Leute zusammengefunden und besonders interessant ist es, wie unter der Leitung der Pastoren Kriegsspiele getrieben werden, ganz ähnlich, nach dem Prinzip der Nächstenliebe! Man bringt den Kindern möglichst bald auch das Schießen bei. Aber haben Sie nicht doch etwas Angst davor, den Kindern des Proletariats das Schießen zu lehren? Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Im übrigen paßt ja der Schießunterricht mit der Religion, wie Sie sie handhaben, allerdings außerordentlich gut zusammen. Ganz begeistert hat Herr Hasenberg von dem großartigen Essener Kriegsspiel gesprochen, wo 5000 Kinder hinauszogen, um im Namen des Christentums und der Religion, Menschenleben hinschlachten kann! Der Generalleutnant z. D. v. Reichenau hat sich bereits 1910 gegen die Soldatenspielerlei gewandt, da sie dem pädagogischen Zweck des Militarismus zuwiderlaufe. Wir aber geben anheim, durch diese Spielereien den Militarismus auch über das Maß hinaus lächerlich zu machen, das bereits erreicht wird durch die Juridiziengebrälichkeiten und Väterlichkeiten des Militarismus. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Die Lehrer, Pastoren und Landräte spielen also die große Rolle in der Jugendpflege, dann aber kommt — der Herr Leutnant

und der drückt der ganzen Sache den Stempel auf. (Sehr gut! und Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Der soll die große Arbeitsleistung vollbringen, die Jugend des Proletariats zu verschonen mit der heutzutage Staats- und Gesellschaftsordnung! Ein ungetrübteres Vergnügen können Sie uns nicht bereiten, als wenn Sie auf diesem Wege fortfahren! (Sehr wahr!) Während heute mit sehr viel gekünstelten und geklachten Parolen die „hohen idealen Zwecke“ gefeiert werden, aus denen heraus diese Sache unternommen wurde, dröhnte und donnerte die Debatte am Sonntag geradezu von Königstreue, Vaterlandsliebe und Gottesfurcht, von den Worten: national, patriotisch, vaterländisch, religiös, sittlich usw. Mit dem gleichen falschen Pathos, von dem die Reden getragen sind, stimmen Sie ihnen zu. Ein Beispiel war die Rede des Kultusministers, ein Beispiel wahrer Komödiantenhaftigkeit! (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Krause: Sie haben nicht das Recht, den Herrn Minister persönlich zu verunglimpfen. Ich rufe Sie zur Ordnung.

Abg. D. Liebkecht (Soz.) [fortsetzend]:

Von Konservativen und Zentrumsdreibern ist hier gefordert worden, daß das Recht der Eltern an ihren Kindern respektiert werde. Der Erlaß des Ministers wieder weist auf die Notwendigkeit des Zusammenarbeitens zwischen Haus, Schule und Eltern hin. In Wahrheit streben Sie ja in ganz bewußter Weise nach etwas ganz anderem! Soweit das Haus aus dem Boden steht, den Sie und der Minister für den richtigen halten, insoweit denken Sie nicht daran, energische Jugendpflege zu treiben. Diese entwickelt sich vielmehr gerade dort, wo Sie der Ueberzeugung sind, daß das Haus in anderem Sinne erzieherisch wirkt als Sie wünschen und da drängen Sie sich zwischen Eltern und Kinder,

tragen Unfrieden in die Familien hinein

und wollen den Eltern die Seele der Kinder rauben. Das ist Ihr

Ziel! (Lachen bei der Mehrheit.) Sie wissen, daß ich die Wahrheit sage und wenn Sie darüber noch lachen, so stellen Sie sich nur das allertraurigste Zeugnis aus! (Lebhafte Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Ein wahres Schauspiel für Götter ist es, jetzt die Herren vom Zentrum singen und sagen zu hören von ihrem Patriotismus, ihrer Königstreue und ihrer Vaterlandsliebe. Mit welchem Augenzwinkeln mögen Sie sich dabei ansehen! Recht spät haben Sie diese bedingungslose Vaterlandsliebe angenommen, es ist ja noch gar nicht so lange her, daß Sie mit uns am „Handspieß der vaterlandslösen Gejellen“ geanden haben. Aber, wie der Abg. Dr. Maurer sagte: Das Zentrum ist heute radikal, morgen oppositionell, je nachdem sein Vorteil es erheißt. (Sehr wahr! links.) Heute freilich gibt es keine patentierteren Patentpatrioten (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten) als das Zentrum. Und dabei sind sowohl die Zentrumsjugendorganisationen, als die evangelischen Jugendbünde internationale Organisationen, die internationale Weltkongresse abhalten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Und die „Germania“ vom 20. 6. 1910 forderte alle Römischkatholischen auf, im gegebenen Moment auch international zu sein, wie der Kampf gegen Rom international sei und sie schrieb: „Selen wir nicht engherzig germanisch, romanisch oder slavisch!“ (Hört! hört!) Heute freilich greift das Zentrum einen nationalliberalen Abgeordneten deshalb heftig an, weil er in anständiger Form gegen uns polemisiert. Heute fordert das Zentrum, daß ein Lehrer, der jemals die Trennung von Staat und Kirche gefordert hat, nicht mehr seines Amtes waltende dürfe. Sie sind gewissermaßen

Parvenüs des Patriotismus

und deshalb so ungeheuer eifrig darin! (Lebh. Zustimmung links.) Möchte der Kultusminister nicht darüber Auskunft geben, ob sich die Lehrer zu der offiziellen Jugendpflege so ganz freiwillig melden und ob sie für die Heberarbeit, die ja nach der Dienst-anweisung für Kreis- und Kreisinspektoren der Regierung zu Köslin besonders kontrolliert wird, auch eine Entschädigung erhalten? — Die Besprechung, die die sozialen Zustände hier gesunden haben, sind voll der sonderbarsten Zerrümer und Verstandlosigkeiten. Abg. v. Kardorff sprach davon, daß die Beziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer in mer unpersönlicher werden und daß der Staat dafür Ersatz schaffen müsse. Er sagte aber nicht, daß diese Entwicklung eine Folge unseres wirtschaftlichen Systems ist! Er erklärte, der jugendliche gewerbliche Arbeiter sei der freieste Mann, viel freier als die Jugend der höheren Stände. Allerdings die Freiheit hat der jugendliche Arbeiter, mit 14 Jahren auf die Straße, in alle Versuchungen hinausgeschickt zu werden, sich von seinem Lehrherrn prügeln zu lassen, in Fabriken ausgebeutet zu werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn es wahr ist, daß der jugendliche Arbeiter der freieste Mann der Welt ist, dann lassen Sie doch (nach rechts) Ihre Kinder solche freieste Männer der Welt werden! Herr v. Kardorff sprach von einem kranthofen Gang zur Selbständigkeit, wo doch hier nur der Drang unserer Wirtschaftsordnung nach jungem, ausbeutungsfähigem Menschenfleisch zum Ausdruck kommt. Wie viel Hunderttausende von Arbeitereltern gibt es, die nur mit blutendem Herzen ihre Kinder mit 14 Jahren aus der Schule herausnehmen und wie viel Arbeitereltern, die sich nur mit blutendem Herzen aus der Schule herausnehmen lassen, die um alles in der Welt lieber eine weitere Ausbildung genießen möchten! Wenn hier etwas krank ist, dann unsere Gesellschaftsordnung und gerade das Elend der Jugend in unserer Gesellschaft bestätigt unsere Auffassung, daß eine Reform an Haupt und Gliedern notwendig ist. (Rufe rechts: Diese wollen wir ja!) Die wollen Sie nicht, Sie widersehen sich ihr bei jeder Gelegenheit.

Welches Elend wird durch die Statistik der

Säuglingssterblichkeit

offenbar, mit der Deutschland nur etwas hinter Rußland zurückbleibt. In Berlin ist die durchschnittliche Säuglingssterblichkeit 18,1 Proz., im Tiergartenviertel 5,2 Proz., auf dem Wedding dagegen 42 Proz. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Welches physische und moralische Elend hat die Wohnungsnot der arbeitenden Klasse zur Folge! Aber, wenn Sie der Wohnungsfrage zu Weibe gehen wollen, können Sie es, ebenso wie bei einer zeitgemäßen Reform von Schule und Unterricht nur durch grundsätzliche Änderungen an unserer Staats- und Gesellschaftsordnung, nach den Prinzipien des Sozialismus! Unsere Fürsorgeziehung wird nahezu ausschließlich betrieblen an der Jugend des Proletariats, die Sie systematisch unter einen wenig ersprießlichen Einfluß der Staatsgewalt bringt. Unsere kriminalstatistik beweist, daß die Kriminalität der Jugend in den Industriegebieten, wo die Sozialdemokratie schwach ist oder doch noch geringere Bedeutung gegenüber anderen Parteien hat, wie in Rheinland-Westfalen und namentlich in Oberlofalen, weit größer ist als dort, wo die Sozialdemokratie ihre Erziehungsarbeit leistet, wie z. B. in Berlin. Das große Weisheit über die Zunahme der Kriminalität der Jugend ist gar nicht berechtigt, denn sie ist seit 1907 ganz erheblich zurückgegangen. Wenn bisher trotz unserer Forderungen und trotz dem furchtbaren Umfang der Kinderarbeit, wie sie für Berlin durch die Erhebungen der von der Arbeiterchaft eingesetzten Kinderbeschaukommissionen nachgewiesen wurde, nicht daran gedacht wird, einen ordentlichen gesellschaftlichen Kinderbeschau zu schaffen, so ist darin auch wieder nur eine Rücksichtnahme auf die Interessen der Junker und Grundbesitzer zu erblicken, die ja hier erklären, ohne die Kinderarbeit nicht existieren zu können.

Was die staatliche Jugendpflege, die mit so vielem Lament und Hurra eingeleitet worden ist, eigentlich soll, das beweist ja die Geschichte auf das deutlichste. Seit jeher sehen wir, wie sich die herrschenden Klassen bemüht haben, die Jugend des Proletariats in ihrem Sinne zu erziehen in Schule und Heer. Militär und Volksschule sollen politisch indifferente Institutionen sein, aber das glaubt ja keiner mehr. Sie werden benutzt zur

Erziehung einer bestimmten hurrapatriotischen Gesinnung.

Im gleichen Sinne sind auch schon vor langer Zeit christliche Organisationen für die Jugend eingerichtet worden und auch die Soldatenspieler der Jugendwehren ist weit älter als die proletarische Jugendbewegung. Die katholischen Jünglingsvereine bestehen schon seit etwa einem Jahrhundert und die evangelischen auch wohl einige Menschenalter. Alle diese Vereine sind nichts als ausgeprägte Klasseninstrumente gegen das sich entwickelnde Selbstbewußtsein des Proletariats. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die militärischpolitische Korrespondenz hat ja ausgesprochen, daß die Anregung zu der staatlichen Jugendpflege von der Heeresverwaltung ausgegangen ist, die damit der Durchsetzung des Rekrutematerials mit sozialdemokratischem Gift entgegenzutreten wollte. Auch der Kampf der Regierung gegen die freie Jugendbewegung zeigt aufs deutlichste, wo die Wurzeln ihrer plötzlichen Begeisterung für die Jugendpflege liegen. Sie liegen nicht in einer wirklichen Begeisterung für die Jugend an und für sich, sondern in der Sorge für Ihre Herrschaft. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die

Angst vor der Sozialdemokratie

ist die wirkliche Ursache, das kommt immer wieder zum Ausdruck in ihren eigenen Schriften und Kundgebungen. Auch der Spezialist des Zentrums für die Jugendpflege, Dr. Pieper, hat in Frankfurt ausgesprochen, daß eine Jugendpflege nur dann Erfolg haben könne, wenn sie gerichtet sei gegen die Bestrebungen der Sozialdemokratie. Demgegenüber helfen Ihre Ablehnungsversuche nichts, denn Dr. Pieper versteht hundertmal mehr davon, als Sie. Der Staat würde in bezug auf die Jugendpflege noch lange geschlafen haben, wenn er nicht unsanft aufgeführt worden wäre











# Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw.

Welfenstraße 28, part. **Filiale Berlin.** Fernsprecher Amt Wpl. Nr. 4787.  
**Donnerstag, den 28. März 1912, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelnfer 15:**  
**Mitglieder-Versammlung.**

**Tagesordnung:**  
 1. Jahresbericht. 2. Wahl der Ortsverwaltung. 3. Verbandsangelegenheiten. 4. Neuwahl der Mitglieder zur Agitationskommission für den I. Bezirk.  
**Mitgliedsbuch legitimiert.**  
 Zahlreiches Erscheinen erwartet **Die Ortsverwaltung.**

## Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend.

E. G. m. b. H. Δ Zentrale: **Lichtenberg, Rittergutstr. 22/26.**

Unsere 11. Verkaufsstelle **Tempelhof, Berliner Straße 41/42,**  
 verlegen wir heute nach  
**Berliner Str. 39, Eingang: Friedrich-Wilhelm-Straße.**

Die 63. Verkaufsstelle verlegen wir von **Charlottenburg, Potsdamer Straße 12** nach

**Potsdamer Straße 30.** Eröffnung: **Montag, den 1. April 1912.**

Mitglieder werden in jeder Verkaufsstelle aufgenommen. **Beitritt 50 Pf.**

## HUMBOLDT-AKADEMIE

Das neue Vorlesungs-Verzeichnis ist erschienen und in den Verkaufsbureaus und Buchhandlungen **unentgeltlich** zu haben. [51/12]

## Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

### Mitglieder-Versammlungen

**Donnerstag, den 28. März 1912:**

**Tisch-Branche** abends 7 Uhr, in den Comenius-Festsälen, Remeler Str. 67.  
**Tagesordnung:** 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Bericht der Branchenkommission. 4. Neuwahl der Kommission. 5. Verschiedenes.

**Stellmacher** abends 8 1/2 Uhr, im Rosenthaler Hof, Rosenthalerstraße 11/12.  
**Tagesordnung:** 1. Bericht von der Gaufonferenz. 2. Bericht von der Generalversammlung. 3. Branchenangelegenheiten.

**Treppengeländer-Branche** abends 8 1/2 Uhr, im Städtischen Kasino, Holzmarktstr. 72.  
**Tagesordnung:** 1. Wie hat jeder einzelne seine Arbeitskraft auszunutzen? 2. Die Arbeitsvermittlung in unserem Beruf. 3. Verbands- und Branchenangelegenheiten.

**Einseher** abends 8 Uhr, bei Werchowki, Hindenburgstraße 96.  
**Tagesordnung:** 1. Bericht von der Gaufonferenz. 2. Bericht von der Generalversammlung. 3. Branchenangelegenheiten.

**Perlmutter-, Horn- und Steinmetzwerker** abends 6 1/2 Uhr, in Wilkes Festsälen, Sebastianstr. 30.  
**Tagesordnung:** 1. Vortrag des Genossen Röh über: Christentum und Sozialdemokratie. 2. Bericht von der Generalversammlung. 3. Bericht von der Gaufonferenz. 4. Verbands- und Branchenangelegenheiten.

**Korbmacher** abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 4 (Arbeitslosenklub).  
**Tagesordnung:** 1. Bericht von der Gaufonferenz. 2. Bericht von der Generalversammlung. 3. Branchenangelegenheiten.

**Küchennöbelbranche** abends 8 Uhr, im „Englischen Garten“, Alexanderstr. 27c.  
**Tagesordnung:** 1. Bericht von der Gaufonferenz. 2. Bericht von der Generalversammlung. 3. Branchenangelegenheiten.

**Bilderrahmenmacher** abends 6 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 1.  
**Tagesordnung:** 1. Die Reichsversicherungsordnung. Referent: Stadtvorordneter Genosse Ad. Ritter. 2. Bericht von der Generalversammlung. 3. Verbands- und Branchenangelegenheiten.

## Bautischler.

**Donnerstag, den 28. März 1912, abends 8 1/2 Uhr,**  
 bei **Boeker, Seberstr. 17:**

### Vertrauensmänner-Versammlung für Groß-Berlin.

**Tagesordnung:**  
 1. Bericht über die Verhandlungen mit den Arbeitgebern, betreffs Mehrarbeit bei Feiern aus Büchse.  
 2. Diskussion.  
 3. Branchenangelegenheiten. 81/1

## Verband der Bureauangestellten.

Ortsgruppe Berlin.  
 Vom Dienstag, den 26. März 1912, ab befindet sich das Bureau  
**C. 25 Kaiser-Wilhelm-Str. 18a, II. Etage.**  
 Tel.: Königsplatz 6170.  
**Geöffnet von 9-5 Uhr.**  
 Der Stellennachweis ist geöffnet von 10-1 Uhr.  
**Die Ortsverwaltung.**

Verantwortlicher Redakteur: **Albert Wachs, Berlin.** Für den Anzeigenenteil verantw.: **F. Glode, Berlin.** Druck u. Verlag: **Vormwärts**

## Ortskrankenkasse der Sattler

und verw. Gewerbe zu Berlin.

Gemäß § 48a, Absatz 4 unserer Statuts findet für die im Laufe der Wahlperiode ausgeschiedenen Vertreter der **Arbeitsnehmer** zur Generalversammlung eine Ergänzungswahl statt. Zu wählen sind 50 Vertreter für 1912. 272/11

Zur Vornahme der Wahl laden wir die Mitglieder hiermit ein, und zwar findet dieselbe statt am

**Donnerstag, den 4. April 1912,**  
 im **Gewerkschaftshaus, Saal 3, Engelnfer 15.**

Der Wahlakt beginnt um 5 1/2 Uhr abends und wird pünktlich um 8 Uhr geschlossen. Danach Feststellung des Wahlergebnisses und Verkündung desselben.

Die Wahl ist geheim und erfolgt durch Stimmzettel.

Wahlberechtigt und wählbar sind nach § 48, Abs. 4 des Statuts nur diejenigen Mitglieder, welche grohjährig und im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sind.

Legitimation ist vorzulegen.  
**Der Vorstand:**  
 Ferd. Mayhardt, R. Teichmann, Vorsitzender, Schriftführer.

**Gneisenastraße 10, S. Grau,** billigste u. beste Bezugsquelle für **Möbel jeder Art.** Kassa und Teilzahlung.

Haben Sie Stoff?  
 Ich fertige davon **Anzug od. Paletot nach Mass, schick, smart, Zutaten von 25 Mark an. Moritz Laband, Neue Promenade 8, II. (Stadth. Bldg.)**

## Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: **Verwaltungsstelle Berlin** Hauptbureau: **Sof. III. Amt Norden, Nr. 1209. Charitéstraße 3. Amt Norden, Nr. 1987**

### Donnerstag, den 28. März 1912, abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung

der **Elektromonteuere u. Helfer Groß-Berlins** in den **Arminhallen, Kommandantenstr. 50/59.**

**Tagesordnung:**  
 1. Neuwahl der Branchenleitung und der Kommission. 2. Bericht der Kommission. 3. Bericht der Revisoren des Vergütungsausschusses. 4. Verschiedenes.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. Die Wichtigkeit der Tagesordnung verlangt zahlreiches Erscheinen.

### Donnerstag, den 28. März 1912, abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung

der **Klempner** in den **Andreas-Festsälen, Andreasstr. 21.**

**Tagesordnung:**  
 1. Vortrag des Genossen **Störing.** 2. Diskussion. 3. Branchen- und Verbandsangelegenheiten. 114/13  
 Die Kollegen der Firmen **Busse & Blohon, Bolde & Wegner, Rost & Zimmermann, Malack und Thielemann** sind hierzu besonders eingeladen.

Mitgliedsbuch legitimiert! Zahlreiches Besuch erwartet **Die Ortsverwaltung.**

**Dr. Simmel** Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. **Prinzenstr. 41, Moritzplatz 10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4**

**Wissen Sie schon? Mäntel u. Kostüme** direkt aus der Fabrik jetzt kolossal preiswert um zu räumen **Zimmerstr. 49** (nahe Dönhoffplatz) **Spezialität Backfischkonfektion 6 Proz. Rabatt in bar.**

**Michel-Salonbriketts** Nr. 775 pro 1000 frei Gehalt 217\* **Koch, Rixdorf, Bergstr. 110 II.**

Auch Teilzahlung! Nur **Möbel-Misch** **Gr. Frankfurter Str. 45/46**

**Bouillonwürfel** beste Qual, im Geschmack wie frische Fleischbrühe; 100 St. M. 2.- bei 500 St. M. 1.75.  
**Otto Reichel, SO., Eisenbahnstraße 4.**

**Steypeden** betonen sich. **Größe 1/2 Maß. Strömandel, Wallstr. 72.**

**Auf Teilzahlung!** Ohne Anzahlung! Kein Kassierer. **Teppiche, Gardinen, Stores, Portieren, Stepp-, Plüsch- und Divandecken.**  
**Matzner, Gufelandstraße 41, Silbergeschl. Kartenz. od. Besuch erbet.**

**Stoffe** Damentücher für elegante Kleider, Paletots etc., Str. 2.50, 3.50, 4.50 etc.  
**Tuchlager Koch & Seeland G. m. b. H. Gertraudtenstr. 20-21, vis-a-vis der Petrikirche.**

**Zeichnungen** aller Art liefert billig **8066\* P. Krahnmann, Ing., Banko., Berliner Straße 26.**

## Verband der Schneider und Schneiderinnen

Nachstehende Firmen haben den Tarif der Herrenmehrschneider nicht anerkannt:

- Kam. S., Leipziger Str. 98
- Albrecht u. Kucharski, Französischestr. 8
- Küfer, Spittelmarkt
- Paum, S., Behrenstr. 14/16
- Behrend u. Kahr, Friedrichstr. 166
- Berg u. Sehl, Kranienstr. 3
- Becker u. Kitta, Charlottenstraße
- Hilfer, Unter den Linden 69
- Bloch u. Co., Friedrichstr. 203
- Böbling, Kanonenstr. 1
- Vollmann, Kaiser-Wilhelmstr. 31
- Vorh, Kurfürststr. 89/90
- Wohmer u. Dinger, Unt. d. Linden 13
- Wittger, Steglitz, Schloßstr. 88
- Braun, Steglitz
- Braun, Karim, Französischestr. 49
- Büße u. Gohmann, Zimmerstr. 49
- Wol. Egm., Friedrichstr. 10
- Cavanagh, Unter den Linden 3
- Cohn, S., Kaiser-Wilhelmstr. 3
- Cunow u. Co., Friedrichstr. 90
- Dahms, Gebr., Kranienstr. 2
- David, S., Friedemann, Eglindestr. 10
- Diddzun, S., Charlottenburg, Kochmeisterstr. 49
- Diermann, A., Jägerstr. 26
- Dittmann, A., Friedemann, Noldestr. 5
- Dobberstein, Dresdenstr. 42
- Ebenstein, Unter den Linden 40/41
- Ehrlich, Albert, Wauerstr. 95
- Ehrlich u. Datz, Mittelstr. 9/10
- Ehrlich, Alexanderstr. 2
- Emma, Charlottenburg, Kanstr. 145
- Euro, Kuh. Rud. Koch, Unter den Linden 57
- Engel, B., Klosterstr. 37
- Eppendorf, Französischestr. 62
- Eders u. Dohdoh, Gertraudtenstr. 8/9
- Ermer, Charlottenstr. 79
- Jablon u. Frick, Unter den Linden 71
- Jacobi, Königgräber Str. 83
- Kohlfest u. Wintmann, Unt. d. Linden 2
- Kühler, Rudow, Unter den Linden 47
- Jordan, Zimmerstr. 29
- Jörder, J., Kurfürstendamm 20/21
- Jenck u. Co., Französischestr. 49
- Jenny, Heinrich, Kurfürststr. 67
- Geudwig, Kochmeisterstr. 9
- Geisel u. Freitag, Potsdamerstr. 13
- Gerohsenhoff, Erste Produktiv-, Kommandantenstraße
- Gerson, Herrn., Werderstr. 5/6
- Goldschmidt, Friedrichstr. 150
- Gollay, Louis, Unter den Linden 15
- Gruey, Gebr., Nachf. Luft u. Kurlfeld, Wallstr. 1
- Greger, H., Alexanderstr. 78
- Griemlich, Fr., Unter den Linden 53
- Groß u. Marchmann, Wobrenstr. 58
- Grüder, W., Wilhelmstr. 23
- Gründler, Schützenstr. 53
- Gumbert, S., Steglitz, Albrechtstr. 8
- Haensch, Kruppstr. 5
- Hanlon, Paul, Grenadierstr. 22
- Hanstein, Driemenstr. 123
- Hedenberger u. Becker, Unter den Linden 48/49
- Herlich, Köhne, Leipziger Str. 9/11
- Herg, D., Französischestr. 33
- Herrberg, Gust., Zimmerstr. 24
- Heyder u. Jean Jacques, Unter den Linden 33
- Hilmer, Dorotheenstr. 54
- Hinkel, Französischestr. 19
- Hoffmann, Hermann, Friedrichstr. 50/51
- Holters, Wlfr., Louisestr. 41
- Homuth, Charlottenburg, Kaiser-Friedrich-Str. 48
- Horwyl u. Co., Rodensstr. 25
- Hrncic u. Kalksch, Unter den Linden 20
- Jankowski, Charlottenburg, Bismarckstraße 9
- Jarb, Peter, Französischestr. 49
- Jehand, Ernst u. Sohn, Charlottenstraße 48
- Jodey-Klub, Unter den Linden 75
- Johannmann, Wobrenstr. 25
- Jort, Friedrichstr. 113
- Jürgens, Friedrichstr. 216
- Kagenberger, Kurfürststr. 17
- Keller u. Karch, Friedrichstr. 183
- Kern u. Köhler, Charlottenstr. 88
- Kirchstein u. Co., Charlottenstr. 49
- Knappe, D., Hofmannstr. 17
- Knebel, Friedrichstr. 30
- Kneubühler, Kranienstr. 69
- Koppel u. Ollies, Dorotheenstr. 42
- Koppel, W., Kronenstr. 66/67
- Koschowski, Kanonenstr. 3
- Kosse u. Koldt, Wauerstr. 77
- Köp, Französischestr. 62
- Krawe, Charlottenstr. 1

Lieber die genannten Firmen wird Herrmit **die Sperre verhängt.**

Die Schneider **Joseph Gaczarek, Ulfasser Str. 41, Lieder, Gartenstr. 111,** vom II. fertigen Streifenarbeit an und vermitteln solche. Lieber dessen Werkstätte wird Herrmit die Sperre verhängt.  
 Der **Industrieller Nowotny** vom Warenhaus für Arme und Marine sucht die Kollegen in der Wohnung auf, und versucht Arbeit vom Warenhaus für Arme und Marine unterzubringen, während er behauptet, es sei seine eigene Arbeit. Wir warnen hiermit, von diesem Arme Arbeit anzunehmen. 163/4

**Die Ortsverwaltung.**

**Buchhandlung Vorwärts, Lindenstr. 69 (Laden).**  
**Neuerscheinungen:**  
**Die Aufgaben der Gemeindeverwaltungen in der Sozialgesetzgebung** 247/7  
 Von Friedrich Kleis, Arbeiterssekretär in Halle a. S. (Heft 13 der Sozialdemokratischen Gemeindepolitik.)  
**Preis 1 M. (Vereinsausgabe 40 Pf.)**

**Die Technik in der Urzeit und auf primitiven Kulturstufen.**  
 Von **Hannah Lewin-Dorsch.**  
 Herausgegeben von **Heinrich Cuno.**  
 (Band 18 der Kleinen Bibliothek.)  
**Preis brosch. 75 Pf., geb. 1 M. (Vereinsausgabe 50 Pf.)**

Buchdrucker u. Verlagsanstalt **Hausinger u. Co., Berlin SW.**



Partei-Angelegenheiten.

Banow. Den Teilnehmern am englischen Kursus zur Kenntnis, daß der nächste Abend Donnerstag, den 28. März, im Schul-Heim-Aussicht, Nützenstraße 12, stattfindet. Beginn 7 1/2 Uhr. Der Bildungsausschuß.

Vorsitzwalde-Wittenau. Am Donnerstag, den 28. März, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung des Wahlvereins in den Vorposten-Wahlvereins. Die Bezirksleitung.

Kowawes. Die nächsten Bezirksversammlungen des Wahlvereins finden der Gemeindevahl am heutigen Mittwoch wegen ausnahmsweise am Donnerstag, den 28. März, in den bekannten Lokalen statt. Auf der Tagesordnung stehen u. a. die Punkte: Berichterstattung über die Kreis-Generalversammlung und die Generalversammlung von Groß-Berlin.

Spanbau. Heute, Mittwoch, den 27. März, abends 8 1/2 Uhr, findet bei Madest, Bismarckstraße 8, der 7. Vortragsabend des Genossen W. Piel-Berlin über „Die Geschichte des 19. Jahrhunderts“ statt. Behandelt wird die deutsche Arbeiterbewegung bis zum Sozialistengesetz. Um pünktliches Erscheinen ersucht. Der Bildungsausschuß.

Berliner Nachrichten.

Das elektrische Licht im Kleinhaushalt.

Einen sehr beachtenswerten Schritt auf dem Wege, die Elektrizität als Lichtspenderin allen Bevölkerungskreisen zugänglich zu machen, hat die Gemeinde Steglitz getan. War es bisher wegen des immerhin teuren Preises des elektrischen Stromes nur dem wohlhabenderen Bürger möglich, seine Wohnung elektrisch zu beleuchten, so bietet nunmehr das Elektrizitätswerk der Gemeinde Steglitz durch eine neue Einrichtung theoretisch jedem Wohnungsinhaber die Möglichkeit, sich dieser Beleuchtungsart zu bedienen, und zwar zu einem Preise, der kaum höher sein dürfte als die Ausgaben für Petroleum.

In der Praxis wird allerdings vorerst nur eine verhältnismäßig geringe Zahl der weniger bemittelten Mieter in der Lage sein, sich des elektrischen Lichtes zu bedienen, das vor der Petroleum- und Gasbeleuchtung nicht nur den Vorzug der Bequemlichkeit hat, sondern auch noch in mancher anderen Hinsicht empfehlenswert ist.

Daß sowohl Gas- wie Petroleumlicht die Zimmerluft wesentlich verschlechtert und deshalb hygienisch nicht einwandfrei ist, ist eine bekannte Tatsache. Und doch ist dieser gesundheitliche Nachteil gering zu bewerten im Vergleich zu der Region Unglücksfälle, die diese Beleuchtungsarten schon verursacht haben. Wie viele Menschenleben sind durch umgeworfene Petroleumlampen, durch schadhafte Rohrleitungen, durch mangelhafte oder gar nicht geschlossene Gasbahnen schon vernichtet worden. Die elektrische Beleuchtung beseitigt die Ursachen aller solcher Unglücksfälle und damit diese selbst. Deshalb muß das elektrische Licht gerade für die Kleinwohnungen als das Ideallicht bezeichnet werden, denn dort ist die Möglichkeit von Unglücksfällen am größten. Nicht immer und überall kann z. B. die Arbeiterfrau, die in der Regel selbst mitverdienen muß, ihre Kinder unter den Augen haben. Oft ist sie auch gezwungen, um notwendige Besorgungen zu machen oder um ihrer zeitweiligen Arbeit außer dem Hause nachzugehen, ihre Kleinen auf kürzere oder längere Zeit sich selbst zu überlassen, währenddem sie durch Spielen oder ungeschicktes Umgehen mit Gas- oder Petroleumlampen sich selber und andere gefährden können. Ja selbst beim harmlosen Spiel im Zimmer oder am Tisch bildet die brennende Petroleumlampe eine ständige Gefahr. Wenn es durch Verbilligung des elektrischen Lichtes gelänge, Petroleum- und Gaslampen aus den Kleinwohnungen zu verdrängen, so wäre das als ein bedeutsamer Fortschritt zu begrüßen.

Wie oben schon bemerkt, ist für die Inhaber von Kleinwohnungen in Steglitz jetzt die Möglichkeit geschaffen, sich die Vorteile der elektrischen Beleuchtung zunutze zu machen, und zwar durch den neu eingeführten Pauschalzins mit Strombegrenzer, der auf folgender Grundlage beruht: Der Stromabnehmer installiert in seiner Wohnung eine beliebige Anzahl Lampen von beliebiger Leuchtkraft; seine Stromrechnung ist davon völlig unabhängig. Nur muß er dem Elektrizitätswerk erklären, wie viele Lampen er höchstens gleichzeitig zu brennen wünscht, und abonniert dann gewissermaßen auf diesen Wert. Die Zahl könnte in Kerzenstärken angegeben werden, indem der Abnehmer beispielsweise erklärt, daß er von den 10 installierten Lampen gleichzeitig höchstens 3 von je 50 Kerzenstärken, zusammen also 150 Kerzen, braucht. Weil jedoch der Stromverbrauch der verschiedenen Lampenarten bei der gleichen Helligkeit sehr unterschiedlich ist und das Elektrizitätswerk den Abnehmer bei der Wahl der Lampen nicht beeinflussen kann, wird nicht nach Kerzen gerechnet, sondern es wird ein elektrischer Maßstab, das „Watt“, zugrunde gelegt. Da aber gute Metallfadenlampen für je ein Watt eine Kerzenstärke geben, so ist bei Verwendung solcher Lampen der abonnierte Wattwert praktisch gleich der erreichbaren Kerzenstärke. Das Elektrizitätswerk baut kostenfrei in die Leitung des Abnehmers einen Strombegrenzer ein, der nur den bestellten Elektrizitätswert (beispielsweise 150 Watt) durchläßt und bei Ueberschreitung dieses Wertes ein Flackern des Lichtes verursacht. Die Jahrespauschalgebühr beträgt für je 10 Watt 3,60 M., für 150 Watt also 15 x 3,60 = 54 M. pro Jahr. Der Abonnent kann also für diesen Betrag 3 Lampen von 50 oder 6 Lampen von 25 Kerzen gleichzeitig beliebig lange brennen. Schaltet er jedoch eine Lampe mehr wie abonniert ein, so flackern sämtliche Lampen und erinnern ihn daran, daß er für diese neu eingeschaltete eine andere löschen muß. Innerhalb der Stromgrenze können auch kleinere Apparate eingeschaltet werden. Niemand wird für den Strombegrenzer nicht erhoben. Es wird natürlich erwartet, daß von der Möglichkeit, die Lampen beliebig lange brennen zu lassen, ein Gebrauch gemacht wird, der sich in vernünftigen Grenzen hält und nicht in Verschwendung ausartet.

Die Vorteile des Pauschalzinses sind also folgende: Der Abnehmer kennt genau den zu zahlenden Jahresbetrag, der in Vierteljahrstraten im voraus kassiert wird. Irrendwelse Nebenkosten entstehen nicht. Sämtliche Räume können bei Bedarf erleuchtet werden, weil die Anzahl der Lampen ganz im Belieben des Abnehmers steht. Die Verwendungsdauer der Lampen innerhalb der erklärten Lichtstärke ist unbeschränkt, weil der verbrauchte Strom ohne Einfluß auf die Stromkosten ist.

Das folgende Beispiel soll die Anwendbarkeit des Pauschalzinses auf Kleinwohnungen veranschaulichen: Der niedrigste Pauschalbetrag, zu dem ein Vertrag abgeschlossen werden kann, beläuft sich auf 50 Watt (10 Watt kosten pro Jahr 3,60 M., 50 Watt also 5 x 3,60 = 18 M. pro Jahr). Es kann also eine Metallfadenlampe zu 50 Kerzen oder 2 à 25 Kerzen gleichzeitig brennen. In einer Zweizimmerwohnung kann man nun z. B. im Wohnzimmer 2 Lampen à 25 Kerzen, im Schlafzimmer, in der Küche, auf dem Flur, im etwa vorhandenen Baderraum je eine Lampe von 25 Kerzen anbringen, darf natürlich zu gleicher Zeit stets nur 2 Lampen einschalten. Läßt man die zwei Lampen des Wohnzimmer einzeln leuchten, so ist selbst bei diesem billigen Preise stets ein gleichzeitiges Beleuchten von zwei Räumen möglich. Die Kosten würden pro Woche rund 35 Pf. betragen, was für Petroleum kaum ausreichen würde.

Die Beleuchtungskörper sind in allen Preislagen zu haben; Metallfadenlampen kosten heute wohl kaum mehr als 2 M. pro Stück.

In einer Anzahl der neueren Häuser sind elektrische Leitungen eingebaut, dort ist also die Möglichkeit vorhanden, ohne große Geldopfer sich die Neuverlegung nutzbar zu machen. Aber die große Mehrzahl der Ein-, Zwei- und Dreizimmerwohnungen ist nicht so neuzeitlich eingerichtet, und deren Bewohner müssen deshalb darauf verzichten, da die Installationskosten immerhin erheblich sind. Doch werden mit der Zeit die Hauswirte mehr und mehr darangehen müssen, die Häuser mit elektrischem Anschluß zu versorgen, wenn sie leerstehende Wohnungen vermieten wollen.

Auf jeden Fall ist der in Steglitz gemachte Versuch der Beachtung wert. Hier wird ein anscheinend gangbarer Weg gezeigt, der elektrischen Energie ein neues Wirkungsfeld zu erobern, auf dem ihre geheimnisvolle Kraft auch den minder mit Glücksgütern gesegneten Mitbürgern dienstbar gemacht werden kann.

2. Landtagswahlkreis.

Bei der gestern vorgenommenen Erziehung für den verstorbenen Abgeordneten Dr. Gerschl wurden zunächst die Mandate von 7 sozialdemokratischen und 13 freisinnigen Wahlmännern für ungültig erklärt. Bei der Stimmenabgabe haben erhalten:

ParteiSekretär Hermann Müller (Soz.) 104 Stimmen  
Bankdirektor Karl Rommsen (Sp.) . . . 373  
Gewählt: Rommsen.

Verwerfliche Ausbeutung eines Geisteskranken hat sich der Fuhrherr Tönies, Soldiner Straße 11, zuschulden kommen lassen. Derselbe erhielt auf seinen Antrag vor etwas länger als Jahresfrist einen völlig harmlosen, durch Lähmung am linken Arm verkrüppelten und in der Sprache beeinträchtigten 27jährigen Patienten der Irrenanstalt Dallorf zur Pflege gegen ein monatliches Pflegegeld von 25 M. zugewiesen. Die Pflege sah nun Herr T. so auf, daß er glaubte, den Patienten in seinem Fuhrbetriebe nach Belieben beschäftigen zu dürfen. Der geistig sehr rege Patient hat fast das ganze Jahr über 5-6 Pferde besorgen, zwei auf verschiedenen Grundstücken belegene Pferdefälle reinigen und gelegentlich zur Nachmittags Droschke fahren müssen. Sechs Wochen lang nahm T. den Patienten ins Manöver mit, wo er für T. in dessen Kantinenbetriebe tätig sein und nebenbei auch die Pferde besorgen mußte. Die fürstliche Entlohnung für alle diese schweren Arbeiten bestand in wöchentlich einer einzigen Mark. Der Fuhrherr hat also, da der Patient ihm völlig einen Stallmann ersetzte und da ja die Verpflegung von der Stadt Berlin bezahlt wurde, das Jahr hindurch mindestens tausend Mark gespart, die an den arbeitenden Patienten zu zahlen gewesen wären. Letzterer hatte nicht den Mut, Lohn zu verlangen, weil er fürchtete, sonst nach der Anstalt zurückgeschoben zu werden. Zudem war in der Anstalt erklärt worden, daß der Patient seine Entlassung bekomme, wenn er in der Pflege bei T. ein Jahr lang aushalte. Die Verpflegung entsprach nicht einmal den berechtigten Anforderungen, so daß wiederholt mitleidige Nachbarn nachhelfen mußten. Ende Februar wurde der Patient von den betrunkenen Söhnen des T. mißhandelt, weil er vor Ermüdung denselben am späten Abend nicht eine Arbeit abnehmen wollte. Der Mißhandelte begab sich zu einer benachbarten Familie und klagte hier seine Geschicksverleugungen. Nun lief der Fuhrherr T. zur Anstalt, machte hier entsetzliche Angaben und wollte den Patienten los sein, weil dieser „ihn in der Nachbarschaft schlecht mache“. Zur Vorbeugung hatte aber der Patient gleichzeitig den „Bund für Irrenrechts-Reform“ auf die bevorstehende Vergewaltigung aufmerksam gemacht und um Schutz gebeten. Tatsächlich wurde der Patient am 1. März, als er in der Anstalt über das Pflegegeld für Februar quittiert hatte, nicht mehr fortgeschickt. Der Assistenzarzt Dr. van Heuten, der zugleich Pflegschaftsarzt ist und sich das ganze Jahr über um den Patienten nicht gekümmert haben soll, äußerte: „Sie kommen jetzt überhaupt nicht mehr raus!“ Auf energisches Verlangen des „Bundes für Irrenrechts-Reform“ ist der Patient, dem die Anstaltsärzte zuvor noch das Versprechen abtrotzen wollten, gegen den tüchtigen Geschäftsmann und seine mißhandelnden roten Söhne nichts zu unternehmen, vorgefesselt aus Dallorf entlassen worden.

Es wird über die schweren Mißstände in derartigen Pflegeanstalten an der Hand amtlichen Materials noch mehr zu reden sein.

Billige Arbeitskräfte für einen verlassenen Beruf.

Ausstellungen werden, selbst wenn sie nicht eigentlich der Förderung von Gewerbe und Handel dienen sollen, sondern nach der Absicht ihrer Veranstalter in erster Linie einen sozialpolitischen oder einen wissenschaftlichen Zweck haben, von den zur Beteiligung zugelassenen Gewerbe- und Handelstreibenden doch nur als eine andere Form des Marktes betrachtet. Weist beides hin, welcher Art die Ausstellungen auch sein mögen, diese nur aus dem Wunsch, mit ihren Erzeugnissen und Waren sich sehen zu lassen und durch solche Schau ihren Umsatz und Profit zu steigern. Das braucht man ihnen nicht weiter zu verübeln, denn man wird dem, dessen Lebensberuf es ist, sein Geschäft zu machen, im allgemeinen nicht zumuten wollen, daß er an etwas anderes als an den Profit denkt. Ein besonderes Mittel, in dem Wettbewerb all der Aussteller sich selber den Schulstücken recht auffällig vor Augen zu rücken, besteht darin, daß Proben eines Betriebes vorgeführt werden, wobei dann leibhaftige Arbeiter, ihre Tätigkeit ausübend, sich mitanzustellen lassen müssen. Dieses Verfahren, das zweifellos die Ausstellung angehender macht, hat nicht selten die Nebenwirkung, daß Unkundige so einen Betrieb lediglich nach der auf der Ausstellung gebotenen Probe beurteilen zu dürfen meinen und aus ihr eine der Wirklichkeit widersprechende Vorstellung von der Tätigkeit der in dem Berufszweig beschäftigten Arbeiter und von ihrer wirtschaftlichen Lage empfangen.

Ein lehrreiches Beispiel hierfür erfahren wir jetzt aus der soeben geschlossenen Ausstellung „Die Frau in Haus und Beruf“, die ja ebenfalls als eine Veranstaltung sozialpolitischen Charakters gewertet werden sollte. Zu den Ausstellern, die die Bedeutung der Frauenarbeit zeigen wollten und dabei durch praktische Vorführung ihres Betriebes zu wirken suchten, gehörte die Kunstankalt für Glasmalerei von Gottfried Deinersdorf in Berlin (Rangener Str. 49-50). Sie ließ

den Besuchern die Glasmalerei vordemonstrieren, und zwar durch drei ihrer Lehrdamen, so daß Unkundige auch die Glasmalerei wie viele andere kunstgewerbliche Tätigkeiten für einen unbedeutenden Frauenberuf gehalten haben werden. Ob dieser Beruf eine sichere Existenz verspricht, darüber wird mancher sich aus den ausgelegten Prospekten zu unterrichten versucht haben, die die Bedingungen der Ausbildung in der Glasmalerei mitteilten. Ziel sei die praktische Ausführung auf Glas, die an den Aufträgen der Werkstatt erlernt werden solle. Geeignet zur Ausbildung seien Damen mit Talent und Lust, auch wenn sie nicht vorher Mal- oder Zeichnungsunterricht gehabt haben. Der Kursus sei unentgeltlich, doch müßte die Schülerin selber sich Pinsel usw. beschaffen. Bei geeigneten Fleiß sei in zwei Jahren die Ausbildung zu beenden, worüber die Schülerin ein Zeugnis erhalte. Die Arbeitszeit dauere von morgens 7 1/2 Uhr bis abends 4 1/2 Uhr, am Sonnabend von morgens 7 1/2 Uhr bis mittags 1 1/2 Uhr; die Zeiten seien genau inne zu halten. Der Lohn einer Glasmalerei betrage pro Stunde anfangs 60 Pf., normal 74 Pf.; Nachfrage nach tüchtigen Arbeitskräften sei stets vorhanden.

Der Kursus wird und geschrieben: Daß es sich hier um Heranziehung kostenloser Arbeitskräfte handelt, geht ja schon aus dem Prospekt hervor. Da die Firma nicht die geringste Entschädigung in den zwei Jahren gewährt, so kann es sich nicht um Arbeiterberufshandeln, man sucht die sogenannten besseren Damen aus dem Mittelstand zu gewinnen. Man sollte nun denken, es würden sich nicht so leicht Eltern finden, die hierzu ihre Töchter zur Verfügung stellen und auch noch die Ausgaben für Pinsel, Arbeitskleidung, Fahrgehalt usw. bestreiten. Die Erfahrung hat leider das Gegenteil bewiesen. Burszeit werden schon 8 Damen neben 6 männlichen, welche letztere allerdings vier Jahre lernen müssen, ausgebildet. Da neben diesen 13 Lehrkräften jetzt bei gutem Geschäftsgang nur 7-8 Malergehilfen in Betracht kommen, kann sich schon der Augenstehende ein Bild von der Lehrlingszukunft machen. Wie liegen nun die Verhältnisse in der Glasmalerei? Der Beruf ist ein äußerst kleiner, für ganz Groß-Berlin kommen vielleicht höchstens 50 Glasmaler in Betracht, die sich auf noch nicht ein Duzend Geschäfte verteilen. Der Lohn pro Stunde beträgt nach vierjähriger Lehrzeit 64 Pf. (nicht 60), für tüchtige selbständige Kräfte 74 Pf. und ist laut Tarif wie bei den Blei- und Bauglasern festgelegt. Die Arbeitslosigkeit bei den Glasmalern beträgt nicht selten 50 Proz., da auch in diesem Gewerbe Saisonarbeit in Frage kommt. Deshalb wird es selbst tüchtigen Gehilfen mit jahrzehntelanger Berufserfahrung immer schwerer, auch nur einigermaßen dauernde Stellung zu finden.

Dem Verfasser der Zeitschrift kann man nur recht geben, wenn er schließlich darauf hinweist, daß hier ein Stamm von Glasmalerinnen ausgebildet wird, die dann als Lohnrückerinnen wirken werden. Es liegt ihm vollständig fern, die Meinung vertreten zu wollen, daß in diesem Beruf die Damen nichts zu suchen hätten. Er fordert aber, daß für geleistete Arbeit auch ein entsprechender Lohn bezahlt werde. Und scheint es in der Tat sehr nötig, daß öffentlich festgesetzt wird, wie gering der Bedarf an Arbeitskräften in der Glasmalerei ist und wie sehr durch weitere Steigerung des schon bestehenden Ueberangebots an Arbeitskräften die Lage der in der Glasmalerei beschäftigten Personen noch verschlechtert werden kann. Wenn Ausstellungen den meisten der beteiligten Gewerbe- und Handelstreibenden nichts weiter als ein Warenmarkt sind, so können sie für manche Firmen, die durch praktische Vorführung ihres Betriebes zu wirken suchen, nebenbei auch noch zu einem Arbeitsmarkt werden. Die auf einer Ausstellung gewonnene unzutreffende Meinung über die Tätigkeit und wirtschaftliche Lage der Arbeiter und Arbeiterinnen eines Berufszweiges verleitet leicht dazu, sich vornehmlich einem Beruf zuzuwenden, der sich hinterher als sehr viel weniger empfehlenswert erweist.

Die Arbeiten auf der Museumsinsel sind seit Eintritt der günstigen Witterung wieder rüstig fortgeschritten. Die Abbruchsarbeiten des ehemaligen Steuergebäudes bieten gegenwärtig noch große Schwierigkeiten, da die frühere, aus sehr langen und dicken Pfählen bestehende Tiefgründung des alten Gebäudes nur ganz allmählich entfernt werden kann. Der Pfahlrost, auf dem das Fundament des Steuerhauses ruhte, besteht aus etwa 800 Pfählen, die jetzt bis zu einer Tiefe von 7 Metern unter dem Grundwasserpiegel freigelegt sind. Der sie umgebende Boden, eine Art Infiltrationserde oder Kujfelschlamm, füllte jene Ausklopfung, die bei der Fundamentierung des nördlichen Flügels im vergangenen Herbst so außerordentliche Schwierigkeiten bereitete. Die Schlammsticht beginnt in einer Tiefe von ungefähr 8 Metern am Kupfergraben und senkt sich dann plötzlich nach der kleinen Museumstraße ab. Sie durchdringt bei einer Tiefe von 60 Metern die diluviale, feste Sandsticht. Ihre Enttiefung führt man auf einen riesigen Eisblock zurück, der sich allmählich senkte und den Boden mit hinabdrückte. Auf Rippwagen wird der Schlamm an die Oberfläche befördert. Ein mächtiges Pumpwerk hält das Grundwasser aus der Baugrube fern. Besondere Aufmerksamkeit muß darauf gerichtet werden, den Einbruch des Kupfergrabens, von dem die Baustelle nur wenige Meter abliegt, zu verhindern. Die Ruinen sollen in Hufeisenform mit der offenen Seite nach dem Kupfergraben, welcher überbrückt wird, angeordnet werden. Man wird zunächst in einen Vorhof gelangen, dann zur Linken das Deutsche, gegenüber der Brücke das Pergamonische und zur Rechten das Vorderasiatische Museum haben. Mit den Unterkellernungen des letzteren dürfte bereits in vier bis fünf Wochen begonnen werden können.

Zwei unheimliche Funde im Eisenbahnwagen beschäftigten die Behörden. Auf dem Siedebühnenhof an der Mödener Straße stand seit Sonnabend ein ganzer Viehwagen auf Reserve. Als Arbeiter ihn gestern gründlich reinigten, fanden sie in einem Abteil 2. Klasse unter der Bank die Leiche eines neugeborenen Mädchens. Wahrscheinlich ist das Kind ermordet worden. In dem Danziger Zuge, der in der vergangenen Nacht um 2 Uhr auf dem Siedebühnenhof eintraf, fand man ein Kind in einem Abteil einen Mann sitzen, der schwer krank war. Ein Gepäcksträger brachte ihn nach der Dilschwache in der Eichendorffstraße. Dort starb er gleich nach der Ankunft. Er hatte sich mit Strichrin vergiftet. Wer der Tote ist, ließ sich noch nicht feststellen. Es ist ein Mann von ungefähr 35 Jahren, seinem Neukleider nach aus dem Mittelstand. Er ist mittelgroß und dunkelblond, hat einen struppigen Schnurrbart und blaue Augen und trug einen schwarzen Jodettanzug, einen Ledenumhang, einen schwarzen steifen Hut und einen Siegelring am kleinen Finger. Seine Wäsche ist H. B. gezeichnet. Seine graue Reisemütze hat kein Zeichen.

Groß-Berliner Hausverwaltungsgesellschaft m. B. N. nannte der 30 Jahre alte Kaufmann Wilhelm Wiemer ein Bureau, das er vor einiger Zeit in der Potsdamer Straße 112 einrichtete. Er mietete dort die aus mehreren Zimmern bestehende 2. Etage, kaufte sich auf Leihvertrag eine vornehme Kontoreinrichtung und mehrere Schreibmaschinen und suchte in Zeitungsanzeigen Geschäftsführer, Kassierer, Schreibmaschinendamens usw. Er stellte auch so viel Personen an, wie sich meldeten, wenn diese nur in der Lage waren, für ihre „Vertrauensstellung“, die er ihnen in seinem Betriebe versprach, Kauttionen zu stellen. Als Kauttionen nahm Wiemer nicht nur bares Geld, sondern auch Wertpapiere in Empfang, selbst wenn diese gesperrt waren. Diese Papiere benutzte er dann dazu, anderen Angestellten, die bares Geld als Bürgschaft gaben, als Pfand dafür in Verwahrung zu geben. Dadurch gelang es ihm, viele Beträge in Höhe von 200 bis 4000 M. zu erlangen. Wöchentlich verschwand Wiemer jetzt und ließ Bureau und Angestellte im Stich. Als diese



Berücksichtigt, sich an den Wertpapieren schadlos zu halten, sahen sie, daß diese gesperrt waren, und zwar zugunsten eines der anderen Angehörigen. Jetzt ist, wie sie, daß sie wenigstens durch die Pfändung der gediegenen Bureaueinrichtung und der zahlreichen Schreibmaschinen zu ihrem Gelde kommen würden, doch sahen sie sich auch hierin getäuscht. Der Möbelhändler hatte sich, da die Einziehung nicht bar bezahlt worden war, das Eigentumsrecht vorbehalten, ebenso die Schreibmaschinen, die die Maschinen geliefert hatten. Der Kriminalpolizei, die sich jetzt mit dem gefährlichen Kautionspfändler zu befassen hat, gelang es bisher nicht, ihn zu ermitteln. Wahrscheinlich hat sich der Gauner eine größere Summe zusammengehohlet und damit das Weite gesucht, ehe noch an eine Veruntreuung der hinterlegten Kautionen durch den Geschäftsinhaber gedacht wurde. Es wird jetzt eifrig auf ihn gejagt.

**Stellungs- und Mittellosigkeit** haben den 24 Jahre alten Kaufmann Rudolf Meyer aus der Urbanstraße 112 in den Tod getrieben. Meyer kam vor zwei Monaten von außerhalb nach Berlin, um sich hier Stellung zu suchen. Obwohl er eifrig bemüht war, Beschäftigung zu finden, gelang ihm dies nicht. Inzwischen waren aber seine Geldmittel erschöpft, so daß er nichts mehr zu essen hatte und auch keine Miete bezahlen konnte. Dies machte ihn untröstlich, so daß er beschloß, aus dem Leben zu scheiden. Er mietete in einem Hotel in der Schlegelstraße ein Zimmer, drehte die Gasähne auf und vergiftete sich durch das austretende Leuchtgas. Am anderen Morgen, als Hotelangestellte ihn wecken wollten, fanden sie ihn tot daliegend. Die Leiche wurde beflagnath und nach dem Schauhause gebracht.

**Beim Tanzen vom Schläge gerührt und sofort getötet** wurde in der Nacht zu gestern die 48 Jahre alte Witwe Langer aus der Barthstraße 71 zu Neukölln. Frau Langer nahm mit ihrer 19 Jahre alten, taubstummen Tochter an einer Hochzeitsfeier in der Bergstraße teil. Als leidenschaftliche Tänzerin tanzte sie, als der Hochzeitsgast aus der Ecke war, ohne Unterbrechung bis in den frühen Morgen hinein. Als sie um 5 1/2 Uhr früh sich noch mit einer gleichaltrigen Freundin nach dem Klängen der Musik im Kreise drehte, wurde sie plötzlich vom Schläge getroffen. Sie schrie laut auf und fiel im selben Augenblick ihrer Freundin ohnmächtig in die Arme. Ihre Tochter, die den Vorgang gesehen hatte, bekam vor Schreck ebenfalls einen Ohnmachtsanfall und fiel, auch unter einem lauten Aufschrei zu Boden. Die Hochzeitsgäste bemühten sich gleich um die beiden und holten auch sofort zwei Ärzte herbei. Während sich das Mädchen von ihrem Anfall halb wieder erholen konnte, stellten die Ärzte bei der Mutter den Tod fest. Die Hochzeitsfeierlichkeit, die bis dahin so fröhlich und ungetrübt verlaufen war, wurde sofort abgebrochen.

**Deutscher Arbeiter-Sängerbund, Gau Berlin und Umgegend.** In der am Sonntag stattgefundenen Ausschüttung wurde beschlossen, um dem Gauvortag mehr wie bisher den Charakter eines solchen zu geben, daß sich möglichst alle Vereine außer an den Gesamtsitzungen auch an Einzelgängen beteiligen; auch wurde gewünscht, daß diejenigen Vereine, welche unter einem Dirigenten stehen, sich zu diesem Zwecke zusammenziehen möchten. Die Vereine, welche sich an Einzelgängen beteiligen, werden ersucht, sich bis zum 7. April beim Vorsitzenden Paul Kupfer, Landberger Allee 88, zu melden, möglichst mit Angabe der Ueber. Auch soll in Zukunft beim Sängertag der Festzug als veraltet in Fortfall kommen. Bei der Waisfeier werden die Vereine in der bisherigen Weise mit, die Lokale, in denen die Vereine singen, werden ihnen demnächst bekannt gegeben. Es wird der Wunsch ausgesprochen, daß sich die Vereine auch an den Vormittagsversammlungen der Gewerkschaften gesamtlich beteiligen. Der Bund als solcher wie auch mehrere Vereine des Gaues sind von der Behörde für politische Vereine erklärt worden, so in Hegermühle, Reinickendorfer-West und Neue Schleuse. Während der Verein in Hegermühle in erster Instanz freigesprochen wurde, schweben die anderen Sachen noch. Gegen die Freisprechung ist aber seitens des Amtsanwalts Berufung eingelegt.

**Selbstmord eines Restaurateurs.** In seiner Wohnung Palaststraße 2 jagte sich gestern Abend der Restaurateur Karl Bergemann eine Revolverkugel in den Kopf. Er wurde schwer verletzt nach dem Elisabeth-Krankenhaus gebracht, starb dort aber kurz nach der Einlieferung. Das Motiv des Selbstmordes ist nicht bekannt, und man nimmt an, daß er die Tat in einem Anfall von Geistesstörung begangen hat.

**Schwerer Sturz eines Fensterputzers.** Ein schwerer Unfall ereignete sich gestern Nachmittag in der Lindenstraße. Als dort der 40 Jahre alte Fensterputzer Dietrich Schaumburg aus der Wäldingstraße 25 in der zweiten Etage eines Hauses die Fenster reinigen wollte, trat er plötzlich einen Fehltritt und stürzte ab. Er erlitt einen Schädelbruch und einen Unterschenkelbruch, so daß er von der Unfallstation in der Kommandantenstraße, wo er die erste Hilfe erhielt, nach dem Krankenhaus Am Friedrichshain gebracht werden mußte.

**In der Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes** vom Sonntag, den 24. d. M., im Saal der Brauerei Friedrichshain ist ein Spozierstod gefunden worden. Der Eigentümer kann ihn vom Bureau, Charitéstr. 8, abholen.

## Vorort-Nachrichten.

### Neukölln (Nizdorf).

**Stadtvorordneten-Versammlung.** Am Montag fand die erste Sitzung zur Beratung des Etats für 1912/13 statt, nachdem dieser durch den Rechnungsausschuß vorgeprüft worden ist. Referenten des letzteren waren die Stadtvorordneten Winter und Klotz (Sog.). Auf Wunsch des Magistrats wurde die Feststellung des Titels 8 im Kapitel „Gemeindebesteuern“ die Gewerbesteuer, vorweg genommen. Die vorgesehene neue Steuerordnung sieht eine Progression für diese Steuer vor; von der damit verbundenen Erhöhung bleiben jedoch die Betriebe mit einem Reingewinn bis zu 4000 M. unberührt. Der Mehrertrag beliefert sich auf 89.300 M., so daß insgesamt 890.000 M. für den Titel Gewerbesteuer eingestellt werden konnten. Die Versammlung stimmte dem einstimmig zu.

Das Ordinarium der Sanalisationsverwaltung erforderte einen Zuschuß von 147.880 M. und schließt in Einnahme und Ausgabe mit 968.300 M. ab. Im Extraordinarium sind größere Summen für Umbauten der Sanalisationsanlagen, Neubauten und Landenerwerb auf den Rieselplätzen vorgesehen; es belaufen sich auf 854.000 M. Die Gutsverwaltung Wagnersdorf weist einen Ueberschuß von 58.500 M., Waddinsfelde einen solchen von 50.000 M. nach.

Das städtische Gaswerk schließt im Ordinarium mit 5.041.000 M. ab. Der Reingewinn ist um 130.500 M. höher als im Vorjahre und beliefert sich auf 1.768.000 M. Das Extraordinarium sieht für Erweiterung und Erneuerung des Werkes aus Anleihemitteln 1.184.000 M. vor und balanciert mit 2.029.000 M. Neukölln gänzlich entwickelt sich das feinerzeit im bürgerlichen Sager heftig bekämpfte städtische Elektrizitätswerk, das schon jetzt mit einem Reingewinn von 450.800 M. rechnet. Der Etat desselben schließt mit 967.000 M. ab; das Extraordinarium sieht für Erweiterung und Erneuerung des Werkes aus Anleihemitteln 1.335.000 M. vor.

Das städtische Rathaus hat in Einnahme und Ausgabe eine Erhöhung um 1500 M. erfahren; der Abschluß ergibt 13.800 M. Bei dem Sammelfonds siehe die notwendige Erhöhung der Einkommensteuer zu vermeiden. Die aus dem Ordinarium beabsichtigte Zuführung an den Pflasterfonds sollte nach Ansicht der

Mehrheit des Rechnungsausschusses um 50.000 M. gefügt werden. Stadlv. Scholz (Sog.) bekämpfte dies, indem er auf die umfangreichen Straßenbauten und die dazu nötigen hohen Kosten hinwies; die Verringerung der letzteren aus Anleihen müsse eingeschränkt werden. Auf Vorschlag des Stadtv. Grapler beschloß die Versammlung trotzdem gegen die Stimmen der Sozialdemokraten die Erhebung der 50.000 M.

Der Grundstücks-Erwerbssfonds braucht einen Zuschuß aus dem Extraordinarium von 607.100 M., 246.800 M. mehr als im Vorjahre. Im Extraordinarium sind mit Rücksicht auf die großartigen Straßendurchführungsprojekte u. a. aus alten Anleihemitteln 1.700.000 M. und aus einer eigens für die Zwecke des Fonds aufzunehmenden Anleihe von 20 Millionen eine Rate von 1.500.000 M. vorgesehen. Der Abschluß beliefert sich auf 5.275.888,48 M.

Beim Kapitel III des Haupttitels „Gewerbliche Unternehmungen“ hat der Magistrat den Antrag unterbreitet, das öffentliche Anschlagwesen mit dem 15. November d. J., an welchem Tage der Vertrag mit der Firma Hier u. Glasemann abläuft, in eigene Verwaltung zu übernehmen. Es wird mit einem Jahresgewinn von 50.000 M. gerechnet; für die Zeit vom genannten Tage ab bis zum Ablauf des Etatsjahres sind 15.800 M. Ueberschuß eingeplant. Die Versammlung stimmte demnach zu. Das ganze Kapitel weist einen Ertrag von 423.900 M. auf.

Kapitel IV „Veranstaltungen und Einrichtungen“ erfordert einen Zuschuß von 81.000 M., das sind 24.000 M. mehr als im Vorjahre. — Beim Titel „Friedhöfe“ wurden Vorschläge des Magistrats genehmigt, welche die Erweiterung des Friedhofs an der Gottlieb-Dunkelstraße und Neubauten auf demselben für einen Arbeiter-Ausentloosraum mit verschließbaren Spinden und für die unzulänglichen Aborträume vorsehen. — Die städtische Berufsfeuerwehr erhält eine weitere Ausgestaltung. Für die Leitung derselben soll eine feuertechnisch vorgebildete Kraft eingestellt werden. Ferner werden neu geschaffen: eine Feldwache, zwei Oberfeuermann- und vier Feuermannstellen. Die der freiwilligen Feuerwehr bisher gewährte Ehrengabe der Stadt wurde mit Rücksicht auf die inzwischen um die Hälfte zurückgegangene Mitgliederzahl von 8000 auf 2400 M. herabgesetzt. — Im Titel „Wohlfahrtspflege“ wurden die Ausgaben für „Säuglingsfürsorge“ um 2800 M. erhöht. Zur Errichtung einer Kinderkrippe sind 8000 M. neu eingeplant. Dem freiwilligen Erziehungsbeitrag werden auf Antrag des Stadtv. Müller (Sog.) die Beiträge für Ferienkolonien und Kindervollschulen um je 2000 M. erhöht. Der Antragsteller wies als Begründung auf die alljährlich erfolgenden vielen Abweisungen bedürftiger Kinder und auf die soziale Notwendigkeit möglichst umfassender Maßnahmen in den bezeichneten Einrichtungen hin. Stadtv. Conrad (Sog.) betonte die prophylaktische Wirkung solcher kommunalen Institute für die Volksgesundheit und wünschte, daß diese in eigene Verwaltung übergeführt werden. Vor allem müsse besichtigt werden, daß den Ferienkolonien resp. deren Eltern noch Zuschüsse von 10 bis 20 M. abgefordert würden; dadurch könnten wirklich bedürftige Kinder überhaupt nicht an den Ferienkolonien teilnehmen. Dem Vorschlag für Obdachlose in Berlin wurde auf Antrag des Stadtv. Dr. Silberstein (Sog.) die Beihilfe von 1000 auf 2000 M. erhöht. Die Berlin-Brandenburgische Krüppel-Heil- und Erziehungsanstalt soll 1000 M., das Widmerinnenheim am Urban 800 M. erhalten.

### Schöneberg.

Aus der Stadtvorordnetenversammlung. Zunächst wurde davon Kenntnis genommen, daß die Beamten, Lehrer und andere Bediensteten verpflichtet sind, an ihrem Dienstorte zu wohnen. Hierauf wurde der Antrag der Liberalen, zur Prüfung der Ventilationsanlage im Krankenhaus eine gemischte Deputation einzusetzen, angenommen. Der Kommission gehören u. a. die Genossen Küter und Peterson an. Die Grundzüge für die Bewilligung schulgeldfreien Unterrichts an den städtischen höheren Lehranstalten und den Mittelschulen wurden genehmigt. Auswärtigen Schülern werden Preisstellen nur in besonders dringenden Fällen bei hervorragender Begabung gewährt. Die Gesamtzahl der Preisstellen soll 9 vom Hundert nicht übersteigen; diese Festsetzung wird zunächst versuchsweise für ein Jahr getroffen. Der Antrag, 10 Proz. Preisstellen zu bewilligen, wurde abgelehnt mit dem Hinweis, daß die Preisstellen für familiäre höhere Lehranstalten übertragbar wären. Hierauf erfolgte die zweite Beratung des Etats. Bei dem Krankenhausetat montierte Salinger (Lib.), daß die Verwaltung die erforderliche Rücksicht nicht vom städtischen Rieselgut entnimmt, obwohl der Preis nur 1/4 Pf. beträgt, dagegen der jetzige Preis 18 Pf. beträgt. Stadtv. Rabnow meinte, die Gutsverwaltung sei aufgefordert worden, sich an der Submission für Riesellieferung zu beteiligen, dem sei dieselbe bis jetzt nicht nachgekommen. Genosse Mohs rügte, daß es wohl dem Krankenhauspersonal, das im Krankenhaus wohne, gestattet sei, einen Vertrauensmann zu wählen, während dies den Handwerker, die außerhalb der Anstalt wohnen, nicht erlaubt sei. Stadtv. Rabnow erwiderte, die außerhalb der Anstalt wohnenden Handwerker seien der Krankenhausverwaltung nicht direkt unterstellt, es könne nur durch besondere Bestimmungen das Gewünschte festgelegt werden. Der Etat wurde genehmigt.

Amnuehr wurde der Vertrag mit der Großen Berliner Straßenbahn verhandelt. Der Vertrag gibt der Stadt erhebliche Verbesserungen. Ausbau vorhandener Linien und Errichtung neuer Linien. Besonders die Insel, der Friedenauer Dreieck, das Südgelände und der neue Bahnhofsplatz sollen berücksichtigt werden. Die Stadtgemeinde verpflichtet sich dafür, bei der Herstellung der Straßenbahnmonolog mitzuwirken, wenigstens soweit das Südgelände in Betracht kommt. Zwischen die Gleise sollen Rasenstreifen gelegt werden. Oberleitungsomnibuslinien dürfen nicht angelegt und auch einem anderen nicht gestattet werden. Eine besondere Konzessionsverlängerung über 1937 hinaus findet nicht statt. Aus den auf Grund dieser Abmachungen zu bauenden Straßenbahnstrecken dürfen keine Konkurrenzansprüche im Falle des Wagens einer Untergrundbahn hergeleitet werden. Dem wurde allgemein zugestimmt. Bei dem Etat der Straßenreinigung beurteilte Genosse Mohs, daß den auf Kosten der Stadt ausgebildeten Automobil-Waschmaschinenführer ein Revers vorgelegt worden sei, worin die Retirenden durch eigene Unterschrift sich verpflichten mußten, innerhalb fünf Jahren nicht aus dem städtischen Dienst zu scheiden bzw. in keinen ähnlichen Betrieb einzutreten, widrigenfalls der Retirende sämtliche Antosen zurückzahlen hat. Allerdings sei in jüngster Zeit eine kleine Abänderung vorgenommen, indem es heißt, wer im ersten Jahre austritt, zahlt den vollen Betrag, im zweiten Jahre zwei Drittel und im dritten Jahre ein Drittel der Kosten, die insgesamt mehrere Hundert Mark betragen. Derartige Bestimmungen verstoßen gegen die guten Sitten. Auch seien die Kolonnen der Straßenreinigung durch Kranke, Uebermüdete und Abkommandierte erheblich verkleinert worden, so daß die Straßen nur mangelhaft gereinigt werden können. Stadtv. Bergmann verbat, seine getrockneten Maßnahmen zu verteidigen, indem er sagte, das Ausbilden der Arbeiter zu Jockern liege in deren Interesse; dieselben erhielten den dazu erforderlichen Urlaub, Fortzahlung des Lohnes und den Betrag für den Fahrlohn. Die Stadt müsse sich dagegen schützen, da die Leute sonst zum Privatbetrieb übergehen könnten. Genosse Peterson fragte an, warum auf dem früheren Druckenmüllerschen Gelände so große Mengen Staubbindemittel lagern. Die Sache löste sich auf und gehörte alles, so daß großer Schaden dadurch entsteht. Ebenfalls sollte die Stadt darauf dringen, daß der Abfuhrunternehmer seinen Lerten wenigstens anhängende Löhne zahlt, denn 18 M. pro Woche entzogene seit langem nicht mehr den wirtschaftlichen Verhältnissen. — Genosse Küter erklärte, daß die Deputation erst durch Zufall von dem Revers Kenntnis erhalten habe. Es sei indessen nur eine kleine Milderung ermöglicht worden, da außer den sozialdemokratischen Mitgliedern niemand für Befreiung dieser Rigorosität zu haben gewesen sei. Der Vertrag verstoße gegen die guten Sitten. Die sozialdemokratische Fraktion bantagte:

1. Den Revers aufzuheben. 2. Die Kolonnen der Straßen-

reinigung auf die frühere Stärke zu bringen. Sämtliche Fraktionen stimmten dagegen. So sieht das warme bürgerliche Herz für die Arbeiter aus.

Bei dem Kanaleit fragte Genosse Mohs an, wann die Kanaleitungsarbeiten im Pumpwerk eingeführt wird. Oberbürgermeister Dominicus erwiderte, daß die Frage jetzt nicht beantwortet werden könne, da die Arbeiten der zuständigen Deputation erst im April wieder beginnen. Bei dem Etat der Allgemeinen Verwaltung teilte Genosse Mohs mit, daß in der Gartenverwaltung geplant werde, die Arbeitszeit von 9 auf 10 Stunden zu erhöhen. Wegen eine derartige Verschlechterung müsse entschieden Protest erhoben werden. — Stadtv. Harder erklärte, daß allerdings im Winter die Arbeitsstunden und damit auch der Lohn verfürst, im Sommer aber die Arbeitszeit verlängert werden solle, so daß im Durchschnitt nicht mehr als 9 Stunden Arbeitszeit herauskommen. Amnuehr gelangte der Steueretat zur Beratung. Der Referent Jodel empfahl, die abgeänderte Magistratsvorlage anzunehmen, die verlangt: 100 Proz. Zuschlag zur Staatseinkommensteuer, 3 Proz. vom gemeinen Wert der bebauten und 6 pro Mille der unbebauten Grundstücke, ferner 5,5 pro Mille der Grundstücke am Stadtpark und 3 pro Mille der an der Rubens- und Spohlerstraße gelegenen Grundstücke zu erheben. 165 Proz. der Gewerbesteuer in Klasse I, 150 Proz. der Klasse II und III und 100 Proz. der Klasse IV der Gewerbesteuer. Letztere bleibt wie bisher.

Gattheiner (Fortf. Nr.) trat für Erhöhung der Einkommensteuer auf 110 Proz., der Grundsteuer auf 2,25 Proz., unter Befreiung der bisherigen Gewerbesteuer ein.

Genosse Bernstein meinte, die Gründe des Vorredners seien wohl beachtenswert, jedoch voller Widersprüche. Die Erhöhung der Einkommensteuer habe die Wirkung, das steuerkräftige Publikum vom Bezug fernzuhalten. Eine Gemeinde könne nicht allein vorgehen. Eine Reihe Gemeinden hätten die Steuer umgangen, dabei seien notwendige Einrichtungen zurückgestellt worden. Es ist eine skandalöse Finanzpolitik, die viele Gemeinden treiben. Die sozialdemokratische Fraktion unterbreitete der Versammlung folgende Resolution: „Die Stadtvorordnetenversammlung drückt ihre Besorgnis darüber aus, daß es auch diesmal nicht gelungen ist, eine Einigung der Gemeinden Groß-Berlins über die kommunalen Zuschläge zur Staatseinkommensteuer zustande zu bringen. Sie ersucht den Magistrat, im nächsten Jahre, sofern die gleichen Widersprüche sich geltend machen, durch reichhaltige Belanngabe der Sachlage eine Meinungsbildung der Bevölkerung Groß-Berlins zu der gegenwertigen, einer gesunden Finanzwirtschaft der Gemeinden feindlichen Steuerkonkurrenz zu ermöglichen.“ — Oberbürgermeister Dominicus betonte, von einer skandalösen Finanzwirtschaft der Gemeinden sollte nicht gesprochen werden. Der Resolution könne man zustimmen.

Nach längerer Debatte, in der die verschiedenen Redner ihre verschiedenen Anschauungen zum Vorschein brachten, wurde die Steuervorlage mit großer Mehrheit und die Resolution einstimmig angenommen.

Die dritte Lesung des Etats wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen. Um 11 1/2 Uhr erfolgte geheime Sitzung.

**Ein schwerer Automobilunfall** ereignete sich vorgestern in der Klagenstraße. Der bei der Firma Höpfer, Wielandstraße 4 in Charlottenburg, beschäftigte 34jährige Schlosser Robert Rehdorf, Schloßstraße 20 in Steglitz wohnhaft, unternahm vorgestern Abend eine Probefahrt mit einem seinem Arbeitgeber gehörigen Automobil und fuhr dabei, als er einem Fuhrwerk ausweichen mußte, so scharf gegen die Vordschwelle, daß er von seinem Sitz geschleudert wurde. Er stieg mit dem Kopf so heftig auf das Straßenpflaster auf, daß er einen Schädelbruch erlitt. Der Verunglückte wurde nach der Unfallstation in der Vorbergstraße gebracht, wo er einen Rotterband erhielt, und von dort in bedenklichem Zustande nach dem Schöneberger Krankenhaus überführt.

### Charlottenburg.

**Ergebnisse für Säuglinge**, jedoch nur in Charlottenburg, werden gegen ein monatliches Pflögegeld von 25 M. und Bekleidung, ärztliche Behandlung und Arznei gesucht. Meldungen sind baldigt an die Geschäftsstelle der Waiserverwaltung, Charlottenburg, Kirchhofstraße 9, Hinterhaus, Zimmer 21, zu richten. — Sprechstunde werktäglich von 12—2 Uhr.

### Weihensee.

Aus der Gemeindevorstellung. Für den am 1. April aus der Vertretung ausscheidenden Genossen Beukert sowie für zwei bürgerliche Vertreter wurden Ersatzwahlen in verschiedenen Kommissionen vorgenommen; Genosse Frey wurde in die Revolutions- und Gesundheitskommission, Genosse Rahmann in den Wahlausschuß und die Hochbaukommission, Genosse Schlemmer in die Wohlfahrts- und Elektrizitätskommission, sowie in das Kuratorium des Säuglingskrankenhauses gewählt. Eine Firma Tröde u. Co. erbot sich, im Orte öffentliche Fernsprechzellen aufzustellen, in denen auch ein automatischer Briefkasten und Postkastenverlauf enthalten ist, die Außenstellen finden für Reklame Verwendung, oberhalb soll eine Normaluhr angebracht werden. Als Entschädigung soll die Firma pro Jahr und Jelle 100 M. zahlen. Die Aufstellung eines Elektrogrammen auf dem Hause Antonplatz, Ecke Gäßlerstraße, soll durch das Gemeinde-Installationsbureau erfolgen. Durch diese Lichtreklame glaubt die Gemeinde einen erheblichen Ueberschuß zu erzielen. In der gemeinsamen Sitzung fand dann noch eine längere Aussprache über die Einrichtung einer Omnibuslinie von der Danziger Straße resp. Bahnhof Weihensee nach dem Säuglingskrankenhause und Hohen Schönhausen statt. Alle Verhandlungen mit den bestehenden Omnibusgesellschaften sind an den hohen Forderungen derselben gescheitert, so daß man nicht abgeneigt ist, eine Omnibuslinie in eigener Regie einzurichten. Die vom Schöffen Reines aufgestellten Unterlagen sollen geprüft und einer früheren Sitzung zur eventuellen Beschlußfassung übergeben werden. Für die Etatsberatung sind der Donnerstag und Freitag vorgesehen.

**Ein tödlicher Betriebsunfall** ereignete sich vorgestern in der Rubens- und Markaronistraße von Wag Henniger, Berliner Allee 2. Der dort seit mehr als 18 Jahren beschäftigte Maschinist Adolf Kleins wollte den Transmissionsriemen einer Maschine mit Kolophonstanz absumpfen und nahm die Arbeit vor, ohne die Maschine außer Betrieb zu setzen. Er stand dabei auf einer Leiter, die er an einen Lagerbock der Transmissionswelle angelehnt hatte. Uglücklich rutschte die Leiter infolge einer heftigen Bewegung des Maschinisten ab und Kleins griff im Fallen unwillkürlich nach einem Stützpunkt. Unglücklicherweise faßte er in das Getriebe der Maschine hinein und geriet in die Transmission. Er wurde gegen die Wand geschleudert und erlitt einen schweren Schädelbruch. Der Unglücksfall wurde bald bemerkt und der Schwerverletzte auf Anforderung eines Arztes nach dem Krankenhaus übergeführt, wo er wenige Stunden nach seiner Einlieferung verstarb, ohne die Besinnung wiedererlangt zu haben.

### Groß-Westen.

Die Generalversammlung des Wahlvereins beschloß, das bisherige Parteimitglied Jul. Schulze wegen seines parteilichbedingten Verhaltens bei der Gemeindevwahl aus dem Wahlverein auszuscheiden. Hierauf erstattete der Vorsitzende den Vierteljahrsbericht. Der Kassenericht weist eine Einnahme von 88,88 M. und eine Ausgabe von 72,75 M. auf. Zum Schluß wurden vier neue Mitglieder, darunter eine Genossin, aufgenommen.

### Zegel.

Auf dem am Sonnabend, den 16. März, in Trappes Festjalen abgehaltenen Straußabend ist eine Prose gefunden worden. Dieselbe ist abzuholen beim Genossen Meyer, Schlieperstr. 69 II.

**Leser- und Bibliotekler „Edok“.** Heute Mittwoch, 24. Uhr, bei Rehdorf, Südlicher Str. 58: Sitzung. Vortrag. Gäste willkommen.



Abzahlungsgeschäfte

Berliner Credit - Haus Kommandantenstr. 57.
Alkoholfreie Getränke
Franz Abraham

Si-Si Bestes alkoholfreies Getränk.
Berliner O. Hahnef. 4

Arbeiter-Bekleidung
F. Falk!
Hamburger Laden, Charl. Wallst. 69

Blottner's Großbäckerei
Geschäfte in Berlin, Charlottenburg, Schöneberg, Wilmersdorf.

Adlerhofer Bäckerei, M. Zoganz
Max Becker, Ramlisstr. 38.

Brot-Fabrik, Vorwärts
Hermann Ulrich, Köpenick.

Brotfabrik
Brotfabrik
Buehl & Sohn, Spandau.

Engel's Landbrot
Helmendorfer Mühle

Willy Engel
Wollense, Fackstr. 4.

Max Giese, Neuland
Pankow

Oskar Hanke's Brotbäckerei
75 Geschäfte in allen Stadtteilen Berlins

Landrot-Krabbäckerei
O. Seuf, Nchf. Krug, Waldstr. 4

Conrad Richter
Brotfabrik Nied-Schönhausen

Otto Szillat
Schütt, G.

Conrad Richter
Brotfabrik Nied-Schönhausen

Otto Szillat
Schütt, G.

Conrad Richter
Brotfabrik Nied-Schönhausen

Otto Szillat
Schütt, G.

Conrad Richter
Brotfabrik Nied-Schönhausen

Otto Szillat
Schütt, G.

Conrad Richter
Brotfabrik Nied-Schönhausen

Otto Szillat
Schütt, G.

Conrad Richter
Brotfabrik Nied-Schönhausen

Erscheint 2 mal wöchentlich.

Kuranstalt M. Schulz
Römer-Bad
Silesia-Bad

Viktoria-Bad
Friedrich-Wilhelmsbad

Bade-Einrichtungen
Das gesündeste und billigste

Badungen, Gummilw.
R. Hauke, Straßener Str. 56.

Wende, A.
Reiche, A.

Zaremba
Beerdig.-Anst., Sarg.

Bunzel, R.
Carl Imme jun.

Schrammar, H.
Vettin, H.

Wecker, A.
Bettfedern u. Betten

Max Hausknecht, Copenick
Mögelheimerstr. 8

W. Adelung & A. Hoffmann
Akt.-Brauer, Potsdam, Eg. Norder.

Brauerei Königstadt
feinste Qualitätsbiere.

Brauerei Pfefferberg
Versand- und Pilsener-Bier.

Brauerei Tivoli
Bier-Brauerei, Fruchstr. 37

Caramel-Weißbier
ist alkoholfrei, erfrischend, bekömmlich.

Groterjans
Malzbier, Schick-Allee 130, T. III, 1003.

C. Habels Brauerei
heiß - Nabelbräu - dunkel.

F. W. Hildebrandt
Lagerbier und Malzbier

Goldbier
ist nicht nur ein Erfrischungsgetränk, sondern auch ein Gesundheitsbier.

Berliner Unions-Brauerei, Berlin S.
Luisenbrauerei Wollense.

Münchener Brauhaus Berlin.
F. W. Hildebrandt

Victoria-Brauerei
Victoria-Saazerbräu

Weissbier, C. Breithaupt,
Pallasdenstr. 37, Tel. A. VII, 204.

Bezugsquellen-Verzeichnis.

Bertha Herhold, Garmesbystr. 164
Janiszewski, Felix, Bismarckstr. 20

G. Laurent
Gustav Mal, Schönhaus-Allee 177.

Butter, Eier, Käse
Butterhandlung
J. F. Assmann

Oskar Beck
Dresdenerstr. 97, Bismarckstr. 11

Buntrock, W.
Drei Kronen
Fischer, Ernst

Fried. Göseke, 7 Filialen.
Gebrüder Groh

August Holtz
Kersten, Gebr. Wörther-Str. 23a.

Kosmalla, E., 4 Detail-Geschäfte
Paul Linder, Streifgasse 63.

Gebrüder Manns
48 eigene Detailgeschäfte

Nordstern
Schönefeld, Britz, Chausseestr. 61

Schröter, R.
Schulz, Arthur, R. Hermannstr. 65

Uhlly & Wolfram
Franz Schönbeck, Oberschöneweide.

Vereinigte Pommersche Meiereien
H. G. Schultz, Möllersstr. 106a.

Stettiner Butterhalle
Invalidenstr. 123, Berliner Bahnhof

Georg Wunder, Ecke Mischelbergstr.
Cacao, Chocolate

Cylix, G., Pilläsen-Lall-
Städtelien.

Die Fabrikate der "Sarotti"
Chokoladen- u. Cacao-Industrie-

Bonbonhaus Fr. Schröder
Spandau, Filialen i. all. Stadt.

Seiffert, Erich, Filialen in Berlin
C. Senff, Berolinastr. 80

Stollwerck
Gold Silber Kupfer

Schokolade - Kakao
In drei Preislagen.

Fordern Sie
Kakao und Schokolade
Wesenberg

Cigarrenhandlungen
Fr. Behrend, N. Fruchstr. Allee 17.

Westmann
1. Geschäft: Mohrenstr. 37a.
2. Geschäft: Gr. Frankstr. 113.

Paul Zuteremann
Kaufmann - Chausseestr. 68

Damenkleiderstoffe
Adolf Dannemann
Oranienstr. 189

Drogen u. Farben
Adler-Drogerie, O. Müggelstr. 8.

Rh. Bocalios, Pankow, Berliner Str. 48

Ebert, Max
Edison-Drogerien, 8-Schneide.

Aifr. Götting, Allee 17.
Günther, "Lives-Drogerie" Strass 37

Knebeck-Drog., Hermannstr. 119.

Alf. Meyer, vorm. Lemcke
R. Kaiser, Friedr. Str. 242

Preinzenstr. 103
Franz Schönbeck, Oberschöneweide.

Eisen- u. Stahlw., Weiß.
Aln, O. H., Kaiser-Friedrichstr. 6

Otto Heider, Brunnenstr. 159.

H. Berger, Eisenwerk, Werkzeuge

Brenneke, C., Berlin 80.
G. Brenneke, Schick-Allee 154.

G. Brucklacher, Straß 63.

Carl Jung, Stromstr. 21.

Junghuth, Hermannstr. 172.

Klose, Ad. Kuntze, Rixd., Kaiser-Friedrichstr. 178

H. Rockstroh, Göstz 25, 26.

Paul Lucht, Copenickerstr. 128

Georg Reiner, Rummelsburg

C. Schröder, Grünäckerstr. 23

Max Schöningh, Watiestr. 14.

Fischhandlungen
C. Ahlers & Co., Seefischhandlung.

C. Dittmann, Rixdorf.
Kahl, Weidenweg 79, auch Wild u. Geflügel.

Köhler, Grünauerstr. 8

Hans Kunkel, Geestemünde.

Werner, Langestr. 55.

Winkler & Barthold, N. Neuk. Str. 25

Fleischer u. Wurstw.
Hermann Albrecht, Metzgerstr. 7

Jul. Amandowicz, Glasgower-Str. 5.

W. Becker, 8. Fleisch- u. Wurstw.

August Bienert, Augusta Allee 9.

Wilhelm Behr
Wurstfabrik, Speck- und Schinkensalzer.

Brugrad, A. Mantelstr. 106.

P. Buckwitz, Rigerstr. 100.

A. Bentele, Theaterstr. 21.

Danziger Fleisch-Centrale
Dannenberg, Neue Hohestr. 9.

Rich. Deckert, 33.

P. Dreyer, Prinz Eugenstr. 21.

Arno Fischer, Großgörschen-Str. 6

Wurst, Speck, Schinken
Anton Fehlau, Gonthardstr. Stadtbahnhof-Ecke

Fleisch- u. Wurst-Centrale
Frankfurter-Allee 183

C. Gerlach, Rixdorf, Warthestr. 70.

Otto Grube, Neue Hohestr. 37.

Gusinde, Rich.
Gutschmann, O. Aufsehn-Centr.

Eduard Schmied, Lobbenerstr. 15

Max Schubert, Mollerstr. 156a.

Albert Schucht, Stargarderstr. 95.

Thaleiser, Invalidenstr. 103

Wagner, Landbergerstr. 118

Westheimer, Sess Allee 12.

W. Tauche, Rixdorf, Pannierstraße 25.

Fr. Thiel, Frankfurter-Chausseest.

Josef Weber, Raumerstr. 24.

Wiedmann & Swunke, Weissenhof-Str. 111

Glas u. Porzellan
G. Krüger, Weissenburgerstr. 79.

Oberländer
A. Wilborn, Brunnenstr. 15.

Haar-Artikel
Special-Haar-Haus Chausseestr. 121.

E. Joel, Chausseestr. 121.

F. Milster, Golestr. 44.

Haus- u. Küchengeräte
Gomgowski, Prinzen-Allee 57

Magazin England
Kath. Damm 78, Oranienstr. 165

Horren-Artikel
Andreasstr. 37, Kravallstr. 10.

Willy Knobe, Palladen-Str. 97.

Karl Mercier, Huttenstr. 3

Amerikan. Verkaufshaus
Frankfurter-Allee 186.

J. Baer, Badstr. 26, Ecke Prinzen-Allee.

Hamburg-Steglitz
Liesl, Oranienstr. 21.

Wolner, H., Grelswalderstr. 23.

Zum Hutwinkel
S. Kohls, Chausseestr. 85.

Kaffee-Spezialhaus.
Oskar Krösche, Schönhauser-Str. 40.

Rauers Mischungen
Welt-sperman-Hasenrasen betongel!

Kaffee-Surrogat
Otto Goetze, Lützowstr. 14/17

Kartoffeln, Gemüse
Paul Henkel, Schweinmünder-Str. 48.

Kaufhäuser
Z. Alexander & Co., Badstr. 55.

B. Hennig & Co., Landsberger-Allee 29.

C. Kurtzahn, Ob. Schönneweide

H. Weiß & Co., Friedrichshagen.

Kohlen, Koks, Briketts
Paul Bieger, Knippenstr. 111.

Aug. Graatz in Moabit.
Jungerstr. 11, Teleph. VII 1294

Ferd. Gräning
Gründerstr. 11, Tel. 22-25, III, 4433

J. Mannheim, Filialen im Osten.

S. A. R., Kolonialwaren

Abend, H., Rumstr. 3, Sonntagstr. 5.

Heinrich R., Bergstr. 144.

Kakao-Würfel "Sarotti"
5 Pfg. überall zu haben

Willy Knobe, Palladen-Str. 97.

Karl Mercier, Huttenstr. 3

Amerikan. Verkaufshaus
Frankfurter-Allee 186.

J. Baer, Badstr. 26, Ecke Prinzen-Allee.

Hamburg-Steglitz
Liesl, Oranienstr. 21.

77 Kottbuserdamm 77
August Schega

Hüte, Mützen u. Pelzw.
Bazar Norden







### Die Methylalkoholvergiftungen vor Gericht.

Im großen Schwurgerichtssaale begann gestern vor der 10. Strafkammer des Landgerichts I die Hauptverhandlung gegen den Drogisten Scharmach und Genossen, denen die Schuld an den Massenvergiftungen zugeschrieben wird, welche am Schlusse des Jahres 1911 so bedrückendes Aufsehen erregten und weite Kreise der Bevölkerung in Unruhe versetzten. Die Verhandlung verlief aus formellen Gründen der Vertagung.

Angeschuldigt sind: 1. Der Drogist Julius Scharmach aus Charlottenburg, 2. der Reisende und Effizienzfabrikant Karl Jastraw aus Charlottenburg, 3. der Reisende Bruno Mehen aus Berlin, 4. der Gastwirt Otto Redomste aus Charlottenburg, 5. der Schankwirt Gustav Dahle.

Die ersten drei Angeklagten werden beschuldigt, im Jahre 1911 und im Januar 1912 gemeinschaftlich 1. sich des Betruges und des versuchten Betruges schuldig gemacht zu haben; 2. Scharmach durch dieselbe Handlung vorsätzlich Gegenstände, die bestimmt sind, anderen als Genußmittel zu dienen, derart hergestellt zu haben, daß der Genuß derselben die menschliche Gesundheit zu beschädigen geeignet ist, ingleichen wissentlich diese Gegenstände verkauft und feilgehalten zu haben, durch welche Handlung eine schwere Körperverletzung, Verlust des Sehevermögens von mindestens 5 und der Tod von 92 Menschen verursacht worden ist; 3. Jastraw durch dieselbe Handlung aus Fahrlässigkeit Gegenstände, deren Genuß die menschliche Gesundheit zu beschädigen und zu zerstören geeignet ist, als Genußmittel verkauft zu haben, durch welche Handlung der Tod von mehreren Menschen verursacht worden ist; 4. Mehen desselben Fahrlässigkeitsvergehens wie Jastraw; 5. Redomste der Beihilfe zum Betruge und zum Vergehen gegen das Nahrungs-mittelgesetz; 6. Dahle wegen Vergehens gegen das Nahrungs-mittelgesetz.

Eine Nachtragsanfrage beschuldigt ferner den Angeklagten Scharmach: Verheimlichen, deren Verkauf nur den Apotheken gestattet ist, feilgehalten und stark wirkende Gifte nicht in der von der Polizei vorgeschriebenen besonderen Weise aufbewahrt zu haben.

In Frage stehen Verbrechen und Vergehen gegen §§ 263, 48, 47, 73 des Strafgesetzbuches und §§ 12 und 14 des Gesetzes vom 14. Mai 1879 betr. den Verkehr mit Nahrungsmitteln, Genuß-mitteln und Gebrauchsgegenständen.

Den Vorsitz im Gerichtshofe führt Landgerichtsrat Brieskorn, die Anklage vertritt Staatsanwalt Dr. Gutjahr; die Verteidigung führen die Rechtsanwältinnen Dr. Albers und Dr. Werthauer für Scharmach, Dr. Jaffe für Mehen, Justizrat Dr. Franz Jvers für Jastraw, Rechtsanwältin Dr. Puppe für Redomste. — Als Nebenkläger für einen Privatschreiber Lehmann tritt Rechtsanwältin Bahn auf.

Als Zeugen sind circa 50 Personen geladen, außerdem 41 Sachverständige.

#### Tatbestand

Ist noch in frischer Erinnerung. Er ist kurz folgender: Am 26. Dezember 1911 und an den folgenden Tagen traten im Städtischen Hof für Obdachlose in der Friedrichstraße Vergiftungserscheinungen in großer Anzahl auf, die in zahlreichen Fällen zum Tode führten. Die Zahl der Erkrankten betrug 174, von denen 130 Personen nach dem Krankenhaus Friedrichshain gebracht wurden. Von diesen starben aber 80 Personen nicht an Vergiftungserscheinungen erkrankt sein. Andere Erkrankte fanden im Rudolf-Wirchow-Krankenhaus, im Krankenhaus Moabit und im Krankenhaus Am Urban Aufnahme. Nach Ausschleiden aller zweifelhaften Fälle ist der

#### Tod von insgesamt 92 Personen auf Methylalkoholvergiftung zurückzuführen.

Viele andere, die am Leben erhalten worden sind, haben schwere körperliche Schäden zurückbehalten. So sind allein 5 der im Krankenhaus Am Friedrichshain behandelten Personen völlig erblindet; auch von den im Virchow-Krankenhaus behandelten Kranken haben einige Schlämungen erlitten.

Bekanntlich nahmen anfänglich die Ärzte im Städtischen Hof, daß eine Infektionskrankheit an; diese Annahme wurde aber durch die Obduktionen widerlegt. Auch die dann auftretende und festgestellte Ansicht, daß es sich um Fleisch- oder Fischvergiftungen (Botulismus) handelte, wurde durch ein Gutachten des königlichen Instituts für Infektionskrankheiten widerlegt. Am 29. Dezember kam der Verdacht auf, daß die Vergiftungen auf den Genuß von Methylalkohol zurückzuführen seien, und Professor Jüdenow, der die in der Nähe des Obdachlosen gelegenen Schankwirtschaften durchsuchte, hat dann in der Tat in den dort feilgehaltenen Schnäpsen Methylalkohol nachgewiesen. Auch durch die dann folgenden eingehenden Untersuchungen der Sachverständigen, durch

die Obduktionen soll nachgewiesen sein, daß Methylalkohol die Ursache der Vergiftungen gewesen ist.

Als Verkäufer des Methylalkohols sind die Angeklagten Scharmach, Jastraw und Mehen ermittelt worden. Scharmach gedachte ein gutes Geschäft zu machen, wenn er den billigen Methylalkohol den Gastwirten als Spiritus verkaufte. Da der Methylalkohol geruchlos ist, soll er ihm einen Teil verfeinerten Spiritus zugesetzt haben, um vorzutäuschen, daß es sich um reinen Spiritus handle. Der Vertrieb dieses Gemisches wurde durch die Angeklagten Mehen und Jastraw bewirkt, und auch Redomste soll an einem Schankwirt zehn Liter Methylalkohol verkauft haben, unter der Angabe, daß es Spiritus sei.

#### Formelle Mängel.

Rechtsanwalt Dr. Puppe beantragt formell, daß seinem Klienten Redomste, dem nur eine Nachtragsanfrage zugegangen, aus der man sich so gut wie gar nicht informieren könne, ordnungsmäßig die Hauptanfrage zugestellt werde.

Staatsanwalt Dr. Gutjahr erklärt, daß er gar nicht die Pflicht habe, den Angeklagten die Hauptanfrage zuzustellen. Dafür, daß die Verteidigung nach der Nachtragsanfrage die Sache nicht verfolge, könne er nicht.

Rechtsanwalt Dr. Werthauer macht darauf aufmerksam, daß dem Angeklagten Dahle überhaupt nur die Nachtragsanfrage und der Eröffnungsbeschluss sogar erst vor drei Tagen zugestellt worden sei. Dies deutet doch auf eine große Ueberkürzung hin. Er beantragt deshalb, die Sache nicht nur auf morgen, sondern überhaupt zu vertagen, da die Sache wegen der ungenügenden Vorbereitung weit über die Osterferien hinaus dauern würde. Die Grundrechte der Angeklagten und Verteidiger seien in dieser Sache schwer verletzt. Die Frist zur Terminanbahnung sei nicht eingehalten. Die Angeklagten seien in Untersuchungshaft genommen und dadurch schon, obwohl Rückverhaftung nicht vorliegt, erheblich benachteiligt. Besonders schlimm sei aber gerade gegenüber dem Angeklagten Scharmach die Lage, denn er habe einige Gelder bei sich gehabt und diese mit in das Gefängnis genommen. Da habe die Staatsanwaltschaft die Gerichtskosten veranlaßt, wegen der zu erwartenden großen Gerichtskosten das Privatvermögen des Angeklagten zu beschlagnahmen, obwohl er doch noch nicht verurteilt sei. Die Beschlagnahme sei besonders mißbillig mit den hohen Kosten für die Sachverständigen, die er in so großer Menge zitiert hat; dadurch werde der Angeklagte gehindert, seinerseits Sachverständige vorladen zu lassen. Hier werde also jemand eines schweren Verbrechens beschuldigt, er werde in Haft gesetzt und man nehme ihm sein Geld weg, so daß er sich nicht verteidigen könne. Wenn dies Brauch werde, sei theoretisch jeder verloren, gegen den eine Anklage erhoben werde. Die Untersuchungsgefängnisse seien zu Angeklagten mit milderem Recht" objektiv geworden. Das fünftägige Urteil in dieser Sache sei zu einer Bedingung des staatlichen Erfahrungsbruchs gemacht. Die Einhaltung der Prozessordnung sei neben der Nichtigkeit des Urteils die Garantie des Ansehens der Rechtspflege, und die Strafprozessordnung sei die Bibel der Angeklagten.

Rechtsanwalt Albers protestiert gleichfalls gegen die Zulassung des Rechtsanwalts Bahn als Nebenkläger, denn der Beschluss über die Zulassung des Nebenklägers ist dem Angeklagten nicht zugestellt worden. Auch juristisch sei die Zulassung als Nebenkläger nicht zutreffend begründet, denn es liege nach dem Eröffnungsbeschluss gar kein Delikt vor, aus dem eine Nebenklage gestattet ist. Man weiß außerdem vom Nebenkläger Lehmann noch gar nichts, und deshalb bitte er, einen Beschluss dahin zu fassen, daß ein Nebenkläger nicht zugelassen sei.

Rechtsanwalt Dr. Jaffe schließt sich dem Vorredner an und beantragt gleichfalls die Vertagung der ganzen Verhandlung. Die Sache sei doch so sehr überkürzt worden, daß es den Verteidigern nicht mehr möglich war, die Akten einzusehen. Es sei alles derartig überkürzt, daß eine geordnete und zweckmäßige Vorbereitung der Angeklagten unmöglich war.

Justizrat Dr. Jvers ist gegen die Vertagung; die Sache sei genügend vorbereitet und überkürzt sei doch gar nichts. Wir haben doch alle Zeit genug gehabt, um zu wissen, um was es sich handelt.

Rechtsanwalt Bahn: Kollege Albers möchte mich aus der Verhandlung gern heraus haben, aber das geht nun einmal nicht. Es liegt ein unanfechtbarer Gerichtsbeschluss vor, wonach der Nebenkläger zugelassen ist. Dem Antrage fehlt also die Legitimation, er ist auch undenkbar, denn es kommt nicht nur fahrlässige Körperverletzung in Betracht, sondern auch die §§ 223 und 223a. Die Gesundheit des Privatschreibers Lehmann ist so zerrüttet, daß er seinem Beruf nicht mehr obliegen kann.

Staatsanwalt Dr. Gutjahr hält die Ausführungen des Rechtsanwalts Bahn für völlig zureichend und tritt den Behauptungen der Rechtsanwältinnen Dr. Werthauer und Dr. Albers entgegen. Von einer Ueberkürzung könne keine Rede sein. Daß sich die Verteidiger des Scharmach nicht genügend vorbereiten konnten, mag wohl auch daran liegen, daß der Retternahprozess so lange gebauert hat. Die betreffenden Rechtsanwältinnen sollten dann eben nicht so viel Mandate annehmen, wenn sie durch eine andere Sache verhindert sind, sich für diese Sache genügend vorzubereiten.

Der Vorsitzende, der außerordentlich leise spricht, macht hierzu einige Bemerkungen, die vollständig unverständlich bleiben.

Rechtsanwalt Dr. Werthauer: Ich bitte, mich gegen eine derartige Behauptung entschieden in Schutz zu nehmen. Was der Herr Vorsitzende soeben gesagt hat, genügt mir als Schutz gegen den Staatsanwalt keineswegs. Es wäre doch pflicht- und gewissenlos von uns, wenn wir aus solchen Worten, wie sie der Staatsanwalt hier ausgesprochen hat, die Vertagung beantragten. Ich kann dem Staatsanwalt sagen, daß ich im Retternahprozess allerdings einige Stunden anwesend war, aber doch Gelegenheit gehabt habe, in anderen Prozessen meine Pflichten wahrzunehmen. Hier aber haben uns die Akten nicht 5 Minuten zur Verfügung erstanden. Ganz unerhört erscheint doch die Forderung der Gelder des Angeklagten in Höhe von 1250 M. zur Deckung der zukünftigen Kosten dieses Prozesses. Auch das Geschäft des Angeklagten hat man geschlossen und dieses war dem bequemen Balken von Einbrechern preisgegeben. In einer so wichtigen Sache müßten doch die Vorschriften der Prozessordnung sehr prägnant eingehalten werden, aber bei der bewiesenen Ueberkürzung häufen sich hier Verletzungen auf Verletzungen der Strafprozessordnung. Durch die Beschlagnahme der Gelder wird das zukünftige Urteil gewissermaßen schon vorweg genommen. Es kann doch nicht so weit gehen, daß wegen eines Fahrlässigkeitsdelikts nicht nur die Untersuchungshaft berührt, sondern auch noch dem Angeklagten sein bisheriges Geld weggenommen wird.

Rechtsanwalt Albers: Es ist doch nicht möglich, daß jemand als Nebenkläger zugelassen wird und völlige Nullarbeit darüber verrichtet, auf welches Delikt die Nebenklage gestützt wird. Die Ausbringung des Arrestes ist ganz exzptionell, und es ist doch auch sehr erheblich, daß zwei Angeklagten die Hauptanfrage nicht zugestellt worden ist.

Rechtsanwalt Dr. Jaffe protestiert auch seinerseits gegen die Unterstellung des Staatsanwalts, daß die Verteidiger aus persönlichen Motiven hier solche Anträge stellen und erbitte Schutz gegen derartige Vorwürfe. Was wurde, der Staatsanwalt sagen, wenn die Gegenseite ihm sagen würde: Die ganze Sache sei nur deswegen so überkürzt worden, weil die Zustimmung in der Öffentlichkeit über das traurige Ereignis noch so frisch ist. Wir Verteidiger legen meinetwegen bis übers Jahr und tun unsere Pflicht, aber die Interessen unserer Klienten stehen uns am höchsten. Wenn hier beispielsweise der Staatsanwalt nachträglich noch 15 Sachverständige vorgeladen hat, so muß doch dem Angeklagten die Möglichkeit gegeben werden, Gegenfachverständige zu benennen.

Justizrat Dr. Jvers: Ich erkläre hier: Ich brauche den angestützten Schutz des Gerichts nicht; ich verteidige mich selbst.

Rechtsanwalt Bahn: Der § 486 der Strafprozessordnung schreibt nur vor, daß der Antrag auf Zulassung als Nebenkläger bei dem Gericht schriftlich einzureichen ist. Wenn Rechtsanwältin Dr. Albers geltend macht, daß ihm die Zulassung als Nebenkläger nicht mitgeteilt worden sei, so erwidere ich darauf, daß der gleiche Paragraph nur sagt: „Das Gericht hat über die Berechtigung zum Anschlusse als Nebenkläger nach Anhörung der Staatsanwaltschaft zu entscheiden.“ Jegendeine Benachrichtigung der Verteidiger braucht demnach nicht zu erfolgen. — Wenn wir übrigens solange warten sollten, bis die Angeklagten genügend Geld haben, um sich für die günstige Sachverständigen zu machen, so hieße dies, die ganze Sache ad calendas graecas zu stellen.

Staatsanwalt Dr. Gutjahr: Die Staatsanwaltschaft habe auf Grund interner Dienstvorschriften die Pflicht, dafür zu sorgen, daß die Kostenfrage rechtzeitig in einer Weise karze gestellt wird, die später jede Schädigung des Staates ausschließt. Dies und nichts weiter ist in der vorliegenden Sache getan worden. Die Staatsanwaltschaft hat gerade in dem vorliegenden Falle berechnete Veranlassung gehabt, für die rechtzeitige Sicherstellung der enorm hohen Kosten dieses Prozesses zu sorgen, da es ihr zu Ohren gekommen war, daß Scharmach gewisse unerlaubte Manipulationen vorgenommen beabsichtigt, um Vermögensstücke beiseite zu schaffen. Vom Rechtsanwältin Dr. Werthauer war, gleich als er die Verteidigung übernommen hatte, ein Antrag gestellt worden, die Gelder und das Geschäftsinventar an den in Leipzig wohnhaften Bruder des Scharmach heranzugeben. Dieser Antrag ist natürlich abgelehnt worden, da die Staatsanwaltschaft doch nicht ihre Hand dazu bieten konnte, angesichts des bevorstehenden Anlaufes des Scharmach Vermögensstücke zu beschließen, denn offenbar handelte es sich um nichts weiter. Eine ähnliche Schiebung hat Scharmach schon einmal vorgenommen; als er wegen einer Alimentenforderung gepfändet worden sollte, da gehörte pöblich das ganze Geschäft seinem Bruder. Da offenbar wieder eine solche Schiebung vorgenommen werden sollte, hat die Staatsanwaltschaft sämtliche Vermögensstücke mit Arrest belegt.

Nachdem die Rechtsanwältinnen Bahn und Dr. Jvers gegen eine Vertagung protestiert haben, zieht sich der Gerichtshof zur Vertagung zurück.

Der Beschluss des Gerichts geht dahin: Die Hauptanfrage soll nach den Angeklagten Dahle und Redomste zugestellt werden. Die Verhandlung wird aus diesem Grunde auf Freitag 9 Uhr vertagt.

# 4 billige Pelerinen-Tage

Mittwoch = Donnerstag = Freitag = Sonnabend

## Loden-Pelerinen

grauer oder grünlicher Strichloden. „Imprägniert.“ Vorzüglich im Tragen. Mit abknöpfbarer Kapuze, Tragbändern, Armdurchgriffen und Taschen.

Für Herren und Damen

Längen 120 u. 125 cm

Für Knaben und Mädchen

Längen 70, 80, 90 cm

Längen 100 u. 110 cm

Qual. I 12.90 Qual. II 7.30 7.30 u. 4.35 9.80 u. 5.85

Gummi-Mäntel Echt englisch, für Damen 12.50 Für Herren 11.50

# BaerSohn

Chausseestraße 29-30 | 11 Brückenstraße 11  
Gr. Frankfurter Straße 20 | Schöneberg, Hauptstr. 10

== Nächsten Sonntag bis 6 Uhr geöffnet. ==

Die Besichtigung unserer „Kleiderwerke“ ist unseren Kunden nach vorheriger Anmeldung gern gestattet.

Der Haupt-Katalog Nr. 44 (Neueste Moden) kostenlos und portofrei



Loden-Hüte 1.90 u. 3.40



